

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1980

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

INHALT

Entwicklung der kommunalen Finanzen	145	Am 1. Januar 1980 traten einige Neuregelungen des Steueränderungsgesetzes 1979 in Kraft, die Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben.
Zerlegung der Lohnsteuer	149	Seit rund zehn Jahren erfolgt eine Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip. Auf diese Weise wird die an ein Betriebsstätten-Finanzamt in anderen Bundesländern abgeführte Lohnsteuer einheimischer Lohnsteuerpflichtigen nach dem Wohnort aufgerechnet. Dies hat beträchtliche Auswirkungen auf die Höhe der Steuereinnahmen von Land und Gemeinden.
Lohnsteuerpflichtiges Einkommen und Besteuerung 1977	152	Die Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1977 vermittelt erstmals seit 1974 wieder einen detaillierten Überblick über die Entwicklung und Verteilung der Arbeitnehmereinkommen. An ihren Ergebnissen lassen sich die Auswirkungen der Steuerreform 1975 darstellen.
Umsatz und Besteuerung 1978	159	Von 1976 bis 1978 hat die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen erneut zugenommen. Die Umsatzsteigerung war jedoch schwächer als in den vorangegangenen Perioden.
Gebäude, Wohnungen und Mieten 1978	166	Die Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe vom Frühjahr 1978 vermitteln neue Anhaltspunkte über den Gebäude- und Wohnungsbestand sowie die Mietenstruktur.
Straßenverkehrsunfälle von Jugendlichen	170	Unter den Altersgruppen ist in letzter Zeit insbesondere für Jugendliche das Unfallrisiko im Straßenverkehr stark gestiegen.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Kommunale Steuereinnahmen um nahezu ein Drittel gestiegen

Die bereinigten Bruttoausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften beliefen sich im ersten Vierteljahr 1980 auf 2 060 Mill. DM. Das ist gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 10,4%. Zur Deckung dieses Finanzbedarfs verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände im gleichen Zeitraum Bruttoeinnahmen von 2 102 Mill. DM (+ 9,1%). Den kommunalen Kassen verblieb damit ein Überschuß von 42 Mill. DM.

Größter Einzelposten unter den Ausgaben des Verwaltungshaushalts waren mit 409 Mill. DM die Personalausgaben; die sächlichen Verwaltungsausgaben beanspruchten 291 Mill. DM. Beim Vermögenshaushalt zeigt sich eine kräftige Ausweitung der Bauausgaben, die mit 354 Mill. DM um rund 42 % höher lagen als im ersten Quartal 1979. Nach den kommunalen Finanzplanungen sollen die Bauausgaben im gesamten Jahr 1980 sogar um 49,5% steigen.

Wichtigste Einnahmen sind die Steuern. Sie erreichten in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 729 Mill. DM, das bedeutet einen Zuwachs um nahezu ein Drittel. Diese vergleichsweise hohe Steigerungsrate ist vor allem auf die Gewerbesteuer sowie den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückzuführen. Das Gewerbesteueraufkommen lag um 29,2% über dem Ergebnis des vierten Quartals 1979. Da zum Ausgleich für den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1980 die Gewerbesteuerumlage um ein Drittel gesenkt wurde, verblieben den Gemeinden an Gewerbesteuerereinnahmen netto 309 Mill. DM, was einem Plus von 54,5% gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stiegen im gleichen Zeitraum um 29% auf 295 Mill. DM.

Neben den Steuereinnahmen kommt den Zuweisungen eine erhebliche Bedeutung zu. Im ersten Vierteljahr beliefen sich die allgemeinen Zuweisungen auf 215 Mill. DM (+ 12%) sowie die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen auf 139 Mill. DM (+ 21,8%). he

Mehr über dieses Thema auf Seite 145

Zerlegung der Lohnsteuer

Nach der Zerlegung der Lohnsteuer anhand der Lohnsteuerkarten kamen 1977 in anderen Bundesländern 1 312 Mill. DM an Lohnsteuer auf, die von Arbeitnehmern aus Rheinland-Pfalz stammten. Die Zahl der Zerlegungsfälle belief sich auf 271 652. Es handelt sich größtenteils um berufliche Auspendler in die Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen mit je gut 28%, Baden-Württemberg (21,2%) und das Saarland (10,9%).

Im gleichen Jahr vereinnahmten rheinland-pfälzische Finanzämter Lohnsteuer in Höhe von annähernd 348 Mill. DM von Arbeitnehmern mit Wohnsitz außerhalb des Landes. Die Gesamtzahl dieser Lohnsteuerpflichtigen belief sich auf rund 55 600, wovon 28,9% in Baden-Württemberg, 25,8% in Hessen und jeweils etwas über 11% im Saarland und in Nordrhein-Westfalen wohnhaft waren.

Die für 1977 ermittelten 271 652 Zerlegungsfälle entsprechen 22,6% der von der Lohnsteuerstatistik insgesamt erfaßten Steuerpflichtigen, das Zerlegungsvolumen in Höhe von 1 312 Mill. DM bedeutet sogar einen Anteil von 28,7% der von Rheinland-Pfalzern erbrachten Lohnsteuer. Im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978 machten die Einnahmen aus der Zerlegung 16,1% des gesamten kassenmäßigen Lohnsteueraufkommens von Rheinland-Pfalz aus. An den Zerlegungseinnahmen sind das Land mit 42,5% und die Gemeinden mit 15% beteiligt. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 149

Jeder zehnte Umsatzsteuerpflichtige mit Millionen-Umsatz

Die im Jahre 1978 in Rheinland-Pfalz veranlagten 113 514 Umsatzsteuerpflichtigen erzielten einen Umsatz von 111,6 Mrd. DM. Die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen erhöhte sich gegenüber 1976 um 5,4%. Die Umsatzsteuervorauszahlungen, das sind die Zahlungen, die sich nach Abzug der Vorsteuerbeträge ergeben, betrugen 1978 insgesamt 2,4 Mrd. DM, was einer Steigerung gegenüber 1976 von 29,2% entspricht. Das verarbeitende Gewerbe erbrachte mit 45,1% den weitaus größten Anteil am Umsatzsteueraufkommen. Die Umsatzsteigerung 1978 gegenüber 1976 war mit 12,6% deutlich geringer als in den Jahren zuvor.

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Branchen verlief unterschiedlich. Während die chemische Industrie mit 5,9% nur einen unterdurchschnittlichen Anstieg verzeichnen konnte, erzielte der Straßenfahrzeugbau Zuwachsraten von 27,1%. Eine ähnlich starke Umsatzverbesserung konnte mit 32,5% bei den Dienstleistungsunternehmen registriert werden. Auch im Handel war der Zuwachs mit 14,4% überdurchschnittlich.

Die 66,6% Umsatzsteuerpflichtigen, die einen Umsatz von weniger als 250 000 DM tätigten, waren nur mit 6,2% am steuerbaren Umsatz beteiligt. Jeder zehnte Umsatzsteuerpflichtige erzielte einen Umsatz von mehr als 1 Mill. DM. Die Umsatzmillionäre vereinigten 82,2% des steuerbaren Umsatzes auf sich. Im produzierenden Gewerbe und im Handel setzte fast jeder Sechste mehr als 1 Mill. DM um. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 159

Zwei von fünf Lohnsteuerpflichtigen verdienen zwischen 25 000 DM und 50 000 DM

Die für das Jahr 1977 durchzuführende Lohnsteuerstatistik gibt erstmals seit 1974 wieder einen Gesamtüberblick über die Entwicklung und Verteilung der Arbeitnehmerinkommen. Die Gesamtzahl der in Rheinland-Pfalz erfaßten Steuerfälle ist gegenüber 1974 geringfügig um 0,7% gesunken und betrug 1977 insgesamt 1,43 Mill. Die auch in den weiter zurückliegenden Erhebungen zu beobachtende Tendenz, daß die Lohnsteuerpflichtigen in immer höhere Bruttolohngruppen hineinwachsen, setzte sich 1977 fort. Der Anteil derjenigen, die weniger als 20 000 DM im Jahr verdienten, verringerte sich von etwa 70% im Jahre 1971 auf 38% im Jahre 1977. Im gleichen Zeitraum gewannen die mittleren Bruttolohngruppen zwischen 25 000 DM und 50 000 DM an Bedeutung. Auf sie entfielen 1977 rund 40% der Lohnsteuerpflichtigen mit einem Anteil von gut 53% des gesamten Bruttolohns. Mehr als 50 000 DM im Jahre verdienten 1977 schon 8,8% der Lohnsteuerpflichtigen. Sie waren mit einem Anteil von 22% am gesamten Bruttolohn überdurchschnittlich beteiligt.

Die Lohnsteuerpflichtigen hatten von den insgesamt 31 360 Mill. DM Bruttolohn 4 568 Mill. DM Lohnsteuer abzuführen, was einer durchschnittlichen Lohnsteuerbelastung von 14,6% entspricht. Der Anteil der Nichtsteuerbelasteten - es handelt sich hier um Steuerpflichtige, deren Einkommen unter Berücksichtigung von Freibeträgen unterhalb der Besteuerungsgrenze bleibt - ist erstmals seit 1968 gestiegen. Dies war eine Folge der Steuerreform 1975, die kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlasten wollte. Die Steuerreform konnte zwar das Ansteigen der durchschnittlichen Lohnsteuerbelastung um 0,6% auf 14,6% nicht verhindern, führte aber trotzdem zu einer zum Teil spürbaren Entlastung der Einkommen bis 50 000 DM. In den Einkommensgruppen zwischen 12 000 DM und 16 000 DM beispielsweise betrug die Entlastung 2,8%. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß infolge der Lohnsteigerungen immer mehr Arbeitnehmer in die Progressionszone des Steuertarifs hineinwachsen. Solange es sich nur um nominelle Lohnsteigerungen handelt, führen diese zwangsläufig zu einer höheren Steuerbelastung, wenn dieser Entwicklung nicht durch zielgerichtete steuerpolitische Maßnahmen entgegengesteuert wird. Ia

Mehr über dieses Thema auf Seite 152

Nach 628 rechtskräftig abgeschlossenen Adoptionen noch über 1 100 freie Adoptionsstellen

Die rheinland-pfälzischen Jugendämter führten Ende 1979 die Aufsicht über 3 469 Pflegekinder, die sich außerhalb ihres Elternhauses in Familienpflege be-

fanden. Das sind 151 oder 4,6% Minderjährige mehr als im Jahre 1978. Daneben bestanden 18 289 Amtspflegschaften, die gegenüber dem Vorjahr um 53 oder 0,3% zurückgegangen sind. Rückläufig war auch die Zahl der Amtsvormundschaften; sie verringerten sich von 4 577 auf 4 542.

Im Laufe des letzten Jahres konnten insgesamt 628 Minderjährige zur Adoption freigegeben werden. Während die am Jahresende zur Adoptionsvermittlung vorgemerkten Fälle (167) unter der Vorjahreszahl (200) blieben, erhöhten sich die Adoptionsstellen, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte, um 3,5% auf 1 117. Die Zahl der Jugendlichen in vorläufiger und endgültiger Fürsorgeerziehung ging von 263 auf 211 zurück. Kaum verändert war dagegen die Inanspruchnahme der freiwilligen Erziehungshilfe; von dieser machten 1 184 Minderjährige Gebrauch. Die Möglichkeit einer schulischen oder beruflichen Förderungsmaßnahme im Rahmen der Fürsorgeerziehung oder der freiwilligen Erziehungshilfe (§ 75 a Jugendwohlfahrtsgesetz) nutzten 94 Jugendliche. In Fürsorgeerziehung oder freiwilliger Erziehungshilfe befanden sich Ende 1979 insgesamt 1 380 Jugendliche.

Im Jahre 1979 wurden 301 Mill. DM für die Jugendhilfe ausgegeben, das sind 10,7% mehr als im Vorjahr. An diesen Ausgaben waren die Zuschüsse für die Träger der freien Jugendhilfe mit 40% beteiligt.

Die Einnahmen stiegen seit 1978 um 15,7% auf 22,6 Mill. DM. Sie deckten damit die Ausgaben zu 7,5%. ki

Zwei Drittel der Abiturienten und Fachoberschüler wollen studieren

Die zu Beginn des Jahres 1980 durchgeführte Erhebung der Studien- und Berufswünsche der Schüler und Schülerinnen in den Abschlußklassen der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen hat ergeben, daß von 10 726 Befragten 7 236 (67,5%) studieren wollen. Im Vorjahr waren von 10 368 Befragten 7 006 (67,6%) an einem Studium interessiert. Von den Schülern wollen 71,6% und von den Schülerinnen 61,9% studieren. Mit 72,2% ist die Neigung zum Studium bei den ca. 2 200 Schülern und Schülerinnen, die die Fachhochschulreife anstreben, stärker ausgeprägt, als bei den 8 500 Abiturienten und Abiturientinnen, von denen 66,2% studieren wollen.

Die Zahl der Unentschlossenen ist mit 2 276 Befragten (21,2%) weiter gestiegen (1979: 20,4%). Hier kann jedoch davon ausgegangen werden, daß sich ein erheblicher Anteil dieses Personenkreises noch zu einem Studium entschließt.

Die Zahl der Befragten, die keine Studienabsicht äußerten, hat mit 11,3% (1 214) geringfügig abgenommen (1979: 12,0%). Während von den befragten Schülern 7,1% (440) nicht studieren wollen, sind es bei den befragten Schülerinnen 17,1% (774). we

Ausbildungsplatzsituation der Schulabgänger weiter verbessert

Die Ausbildungsplatzsituation der rheinland-pfälzischen Schulabgänger hat sich 1980 weiter verbessert. Dies zeigen die Ergebnisse einer Befragung von 76 100 Schulabgängern im Mai 1980. Weit mehr als die Hälfte dieser Schulabgänger (40 700) streben eine Ausbildung im dualen System, also eine Lehre, an. Zum Zeitpunkt der Befragung hatten bereits mehr als drei Viertel der Schüler, die eine Lehre absolvieren wollen, einen gesicherten Ausbildungsplatz. Vor zwei Jahren hatte dieser Anteil noch bei etwas mehr als zwei Dritteln gelegen.

Die Zahl der Schulabgänger, die im Mai 1980 noch einen Ausbildungsplatz suchten, hat sich dagegen stark verringert. Gegenüber dem Vorjahr nahm sie von 11 300 auf 9 900 ab. Ihr Anteil an der Zahl der Entlaßschüler, die eine berufliche Ausbildung im dualen System anstreben, ging von 27% (1979) auf 24% zurück.

Die Situation der Schulabgänger, die im Mai noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, wird dadurch erschwert, daß sich ihre Berufswünsche auf nur wenige Ausbildungsberufe konzentrieren. So wollen allein über ein Drittel der Ausbildungsplatzsuchenden in kaufmännische oder Verwaltungsberufe, 16% in Gesundheits- und Körperpflegeberufe und 14% in Metallberufe. Doch in diesen Berufsgruppen ist die Nachfrage nach Ausbildungsstellen wesentlich höher als das Angebot. ke

38 600 Studenten in Rheinland-Pfalz

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sind im Sommersemester 1980 insgesamt 38 601 Studenten (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten) eingeschrieben. Dies sind 5,6% mehr als im Sommersemester 1979. Der Anteil der Frauen beträgt 38,3%, 4,6% aller Studenten sind Ausländer.

Die meisten Studenten (71,5%) haben sich an den drei Universitäten des Landes immatrikuliert. Hier erhöhte sich die Zahl der Studenten gegenüber dem Sommersemester 1979 um 6,5%. Auch die anderen Hochschulen haben gegenüber 1979 Zunahmen zu verzeichnen: Theologische Fakultät Trier + 7,7%, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer + 6,9%, Fachhochschulen + 3% und Erziehungswissenschaftliche Hochschule + 2%.

Insgesamt wurden im laufenden Sommersemester 1 565 Studienanfänger gezählt, davon an den Universitäten 799, den Fachhochschulen 548, an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule 204 und an den Theologischen Hochschulen in Trier und Vallendar 14. Der Anteil der weiblichen Studienanfänger beträgt 44,3%. Von den Erstimmatrikulierten sind 9,7% Ausländer. we

kurz + aktuell

Auftragseingänge zurückgegangen

Die Nachfrage bei Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz war im April 1980, wie meist um diese Jahreszeit, im Vergleich zum März rückläufig (— 7,2%). Von den Bestellrückgängen war das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (— 9,4%) besonders betroffen. Im Investitionsgüter- (— 6,4%) und Verbrauchsgüterbereich (— 3,7%) wirkte sich die negative Entwicklung weniger stark aus. Die verhältnismäßig günstige Ordertätigkeit im Verbrauchsgütersektor ist im wesentlichen auf beachtliche Nachfragezunahmen in der Schuhindustrie (+ 10,6%) und in der Lederverarbeitung (+ 7,8%) zurückzuführen. fn

Starker Zuwachs der Auslandstätigkeit

Das Volumen der Auslandstätigkeit des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes belief sich im Jahre 1978 auf 200 Mill. DM und war damit doppelt so hoch wie im Jahr zuvor. Insgesamt 2 400 Personen sind 1978 für rheinland-pfälzische Bauunternehmen im Ausland tätig gewesen. Die Leistungen wurden im Jahre 1977 von 12 und im Jahre 1978 von 18 Firmen erbracht, wobei 96 bzw. 92,3% der Aufträge Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten ausführten. Im Jahre 1977 dominierte der Wirtschaftszweig Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall, Erschütterung mit einem Anteil von nahezu 80% des Volumens, ein Jahr später lag der Hauptanteil beim Fertigteilbau (60%).

Wenn auch die Jahresbauleistung im Ausland, gemessen an der Gesamtleistung, einen relativ geringen Anteil aufweist, so haben die Auslandsaufträge für die großen Unternehmen der Bauwirtschaft ein beachtliches Gewicht. Während 1977 erst 2,8% der Jahresbauleistung im Ausland erbracht wurden, waren es 1978 bereits 4,9%. br

Kurzfristig leichter Preisrückgang bei Heizöl

Von Mitte Mai bis Mitte Juni verteuerten sich in Rheinland-Pfalz die in die Preisbeobachtung einbezogenen Waren und Dienstleistungen etwa in gleichem Maße wie im Vormonat. Die Preise von mehr als der Hälfte der Verbrauchsgüter stiegen bis zu 2% an, bei einem Drittel der Güter blieben sie unverändert und nur bei etwa 5% der Waren und Dienstleistungen waren sie rückläufig.

Billiger geworden sind im Juni gegenüber Mai einige Gemüsearten, darunter Kopfsalat (— 24%), Salatgurken (— 19%) und Tomaten (— 12%). Während die Benzinpreise leicht anstiegen, gab es beim Heizöl einen Preisnachlaß um fast 3%. Zur Monatsmitte mußten für 100 Liter Heizöl im Landesdurchschnitt 63,64 DM bezahlt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Benzinpreis um rund 20% und der für Gas um 17%. Überdurchschnittliche Steigerungen ergaben sich ferner für Schuhe und Möbel (etwa 10%) sowie für Dienstleistungen (5 bis 8%). hr

Entwicklung der kommunalen Finanzen

Eine Reihe von Regelungen des am 30. November 1978 verabschiedeten Steueränderungsgesetzes 1979 betreffen - direkt oder indirekt - die Finanzwirtschaft der Kommunen. Zu nennen sind insbesondere der Wegfall der Lohnsummensteuer, die Anhebung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer, die Senkung der Gewerbesteuerumlage, die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie verschiedene Entlastungen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen. Die wichtigsten Neuregelungen sind zum 1. Januar 1980 in Kraft getreten. Mit den Ergebnissen der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik für das erste Quartal 1980 liegen erste Zahlen über die kassenmäßige Entwicklung der kommunalen Einnahmen nach neuem Recht vor. Sie vermitteln interessante Informationen über die Situation der kommunalen Haushaltswirtschaft.

Deutliche Ausweitung der Bauausgaben

Die bereinigten Bruttoausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften beliefen sich im ersten Vierteljahr 1980 auf 2 060 Mill. DM, das bedeutet gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 10,4%, wobei die Gesamtentwicklung maßgeblich durch das hohe Wachstum der Bauausgaben bestimmt wurde. Zur Deckung dieses Finanzbedarfs verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände im gleichen Zeitraum Bruttoeinnahmen von 2 102 Mill. DM (+ 9,1%). Den kommunalen Kassen verblieb damit ein Überschuß von 42 Mill. DM.

Größter Einzelposten unter den Ausgaben des Verwaltungshaushalts waren mit 409 Mill. DM die Personalausgaben, die gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 5% stiegen. Dieser Betrag ist jedoch insofern nicht ganz repräsentativ, als im ersten Quartal des laufenden Jahres die sich aufgrund der diesjährigen Tarifverhandlungen ergebenden linearen Lohn- und Gehaltserhöhungen noch nicht berücksichtigt sind. Nach der Personalstandstatistik zum 30. Juni 1979 waren im kommunalen Sektor zu diesem Stichtag 1,2% mehr Vollbeschäftigte und 4,9% mehr Teilzeiterkräfte tätig als ein Jahr zuvor. Ob und inwieweit weitere Personalvermehrungen wirksam werden, wird die Personalstatistik per 30. Juni 1980 zeigen. Die Personalausgaben des Jahres 1979 hatten mit einer Gesamthöhe von 1 655 Mill. DM gegenüber 1978 eine Zunahme von 6% aufgewiesen.

Relativ hohe Zuwächse um jeweils rund ein Sechstel gegenüber dem ersten Vierteljahr 1979 ergaben sich beim laufenden Sachaufwand, der sich auf 291 Mill. DM belief, sowie bei den Zinsausgaben, für die 73

Mill. DM aufgebracht werden mußten. Die Erhöhung der Zinsaufwendungen dürfte auch durch das innerhalb der letzten Monate gestiegene Niveau der Zinssätze bedingt sein.

Die Ausweitung der Ausgaben des Vermögenshaushalts im ersten Vierteljahr ist geprägt durch eine überdurchschnittliche Erhöhung der Bauausgaben. Für eigene Baumaßnahmen verausgabten die Gemeinden (Gv.) insgesamt 354 Mill. DM, das sind nahezu 42% mehr als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Seinerzeit waren die entsprechenden Ausgaben um 9,8% zurückgegangen, sie erreichten im gesamten Jahr 1979 einen Betrag von 1 597 Mill. DM. Nach den Ergebnissen der kommunalen Finanzplanungsstatistik des Planungszeitraums 1979 bis 1983 kann erwartet werden, daß die günstige Entwicklung der Bauinvestitionen des ersten Quartals 1980 nicht auf diesen Zeitraum beschränkt bleibt, sondern sich auch im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen dürfte. Denn nach den vorgelegten Haushaltsansätzen haben die Gemeinden (Gv.) für 1980 Baumaßnahmen in Höhe von 2 388 Mill. DM geplant, dies bedeutet gegenüber dem Jahresergebnis 1979 eine Zunahme um nicht weniger als 49,5%. Neben den Baumaßnahmen weisen die Kommunen im ersten Vierteljahr 1980 an weiteren investiven Ausgaben noch 103 Mill. DM für den Vermögenserwerb aus, das entspricht einer Steigerungsrate um 4,2%.

Steuereinnahmen wichtigster Einnahmeposten

Wichtigster Posten unter den kommunalen Einnahmen sind die Steuern. In den Jahren 1977 bis 1979 vereinnahmten die Gemeinden (Gv.) netto jeweils zwischen 2,2 und 2,4 Mrd. DM an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen. Im ersten Vierteljahr 1980 beliefen sich die Steuereinnahmen bereits auf 729 Mill. DM, das ist fast ein Drittel mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Eine derart hohe Zuwachsrate wurde in den zurückliegenden Zeiträumen auch nicht annähernd erreicht. Die ersten Quartale der Jahre 1978 und 1979 wiesen lediglich Steigerungsraten von 4,5 bzw. 2,6% auf, das Gesamtergebnis der Jahre 1978 und 1979 war jeweils um 2,8 bzw. 3,9% höher als das des vorangegangenen Jahres. Um Aufschluß über die Ursachen der expansiven Entwicklung der ersten drei Monate des Jahres 1980 zu erhalten, wurde eine Aufgliederung der Gesamtsteuereinnahmen nach Steuerarten vorgenommen.

Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes

Die stark gestiegenen Steuereinnahmen im ersten Quartal 1980 sind auf die Gewerbesteuer nach Ertrag

Jahr Vierteljahr	Steuereinnahmen		Grund- steuer A und B	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital				Lohn- summen- steuer	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	
	insgesamt (netto)	Verän- derung 1)		Aufkommen (brutto)	Verän- derung 1)	Einnahmen (netto) 2)	Verän- derung 1)		Einnahmen	Verän- derung 1)
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%		
1969	964 257	22,9	150 019	694 166	29,0	694 166	29,0	42 521	-	-
I.	192 433	7,6	33 893	128 905	6,4	128 905	6,4	11 001	-	-
II.	208 379	2,1	40 495	138 916	1,4	138 916	1,4	9 434	-	-
III.	246 159	19,3	41 722	173 648	22,2	173 648	22,2	11 091	-	-
IV.	317 286	62,3	33 909	252 697	83,3	252 697	83,3	10 995	-	-
1970	953 212	- 1,1	153 952	550 106	- 20,8	329 949	- 52,5	50 654	347 480	.
I.	212 960	10,7	31 652	121 716	- 5,6	121 716	- 5,6	13 088	74 392	.
II.	226 820	8,8	39 983	148 366	6,8	110 015	- 20,8	11 293	68 292	.
III.	245 403	- 0,3	48 030	143 258	- 17,5	72 737	- 58,1	12 946	81 457	.
IV.	268 030	- 15,5	34 287	136 766	- 45,9	25 482	- 89,9	13 327	123 339	.
1976	1 963 619	13,5	275 333	1 054 044	14,9	665 714	16,0	97 320	776 219	9,6
I.	440 613	7,9	51 964	233 868	- 0,9	147 640	0,9	25 758	179 859	7,0
II.	443 990	13,0	63 102	254 625	6,1	160 679	6,8	22 611	157 625	10,2
III.	507 746	13,5	86 015	263 835	13,4	167 611	14,8	24 002	193 472	12,6
IV.	571 270	18,5	74 252	301 716	44,8	189 784	44,4	24 950	245 262	8,8
1977	2 222 617	13,2	284 362	1 239 073	17,6	791 069	18,8	105 703	911 025	17,4
I.	518 190	17,6	59 247	280 254	19,8	178 966	21,2	29 442	212 778	18,3
II.	515 583	16,1	75 958	304 232	19,5	194 239	20,9	23 727	186 947	18,6
III.	581 506	14,5	85 417	329 066	24,7	211 244	26,0	26 274	226 586	17,1
IV.	607 338	6,3	63 740	325 521	7,9	206 620	8,9	26 260	284 714	16,1
1978	2 285 944	2,8	302 575	1 254 788	1,3	814 336	2,9	89 038	928 930	2,0
I.	541 757	4,5	60 884	307 011	9,5	199 138	11,3	28 954	217 558	2,2
II.	537 299	4,2	84 705	302 127	- 0,7	196 327	1,1	19 706	192 611	3,0
III.	586 221	0,8	90 262	321 720	- 2,2	208 389	- 1,4	20 262	231 089	2,0
IV.	620 667	2,2	66 724	323 930	- 0,5	210 482	1,9	20 116	287 672	1,0
1979	2 375 520	3,9	309 298	1 334 486	6,4	864 724	6,2	86 630	971 046	4,5
I.	555 872	2,6	67 889	307 276	0,1	199 704	0,3	23 749	228 692	5,1
II.	583 621	8,6	85 647	348 987	15,5	227 135	15,7	19 857	208 924	8,5
III.	625 837	6,8	87 674	366 703	14,0	237 690	14,1	21 686	244 608	5,9
IV.	610 190	- 1,7	68 088	311 520	- 3,8	200 195	- 4,9	21 338	288 822	0,4
1980/I.	729 249	31,2	68 151	402 362	30,9	308 638	54,5	20 530	294 945	29,0

1) Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. - 2) 1969 ohne Berücksichtigung des Gewerbesteuer-
ausgleichs.

und Kapital und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückzuführen. Das Gewerbesteuer-
aufkommen betrug brutto, das heißt vor Abzug der Gewerbesteuerumlage, 402 Mill. DM. Es lag damit um 30,9% über demjenigen der ersten drei Monate 1979 und um 29,2% über dem Ergebnis des vierten Quartals 1979. In den zurückliegenden Vergleichszeiträumen ist ein derartiges Vierteljahresergebnis weder hinsichtlich der Höhe des absoluten Betrags noch, was die Steigerungsrate betrifft, ermittelt worden. Bei der Betrachtung des Jahres 1979 fällt allerdings auf, daß im vierten Quartal das Aufkommen der Gewerbesteuer mit 312 Mill. DM rückläufig war, und zwar um 3,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum und gar um 15% im Vergleich zum vorhergehenden Quartal, während sich im zweiten und dritten Vierteljahr 1979 noch ein deutlicher Aufwärtstrend (+ 15,5 bzw. + 14%) ergab. Eine mögliche Erklärung für die vorerwähnte Entwicklung könnte sein, daß in einem Teil der Kommunen Zahlungen, die an sich das Jahr 1979 betrafen, von Gewerbesteuerpflichtigen erst im ersten Vierteljahr 1980 geleistet wurden.

Landesdurchschnittlicher Gewerbesteuerhebesatz nahezu unverändert

Da die Gestaltung der Hebesätze entscheidenden Einfluß auf das Gewerbesteueraufkommen hat, wurden Untersuchungen darüber angestellt, wie sich das Hebesatzniveau 1980 im Vergleich zu 1979 entwickelt hat. Nach den vorliegenden, in einer geringen Zahl

von Fällen allerdings noch vorläufigen Daten beträgt der gewogene Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1980 im Landesdurchschnitt 345% gegenüber 341% im Jahre 1979.

Die Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze war in den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen allerdings nicht ganz einheitlich. Sie vollzog sich jedoch - nach oben wie nach unten - in einem relativ eng begrenzten Rahmen. Unterscheidet man nach Gemeinden, die 1979 Lohnsummensteuer erhoben und solchen, bei denen dies nicht der Fall war, dann ergibt sich für die von der Abschaffung der Lohnsummensteuer betroffenen Kommunen eine Anhebung des gewogenen Durchschnitts-
hebesatzes der Gewerbesteuer von 320 auf 345%, also um 25 Prozentpunkte. Eine Hebesatzkorrektur in gleicher Höhe zeigt sich hier auch im Durchschnitt der fünf kreisfreien Städte, während bei den kreisangehörigen Gemeinden die Anhebung 15 Prozentpunkte betrug. Unter den Ortsgemeinden haben diejenigen mit weniger als 5 000 Einwohnern, welche mit einer Anzahl von 280 das Gros der Lohnsummensteuer erhebenden Gemeinden stellten, im Durchschnitt eine Hebesatzerhöhung um 6 Prozentpunkte vorgenommen.

Bei denjenigen Gemeinden, die 1979 keine Lohnsummensteuer erhoben hatten, wurde der gewogene durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz 1980 gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozentpunkte reduziert, wobei

Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten 1977 – 1980

Ausgabeart/Einnahmeart	1977 ¹⁾	1978	1979	1.Vj. 1980	1978	1979	1.Vj. 1980
	1 000 DM				Veränderung in % ²⁾		
Ausgaben							
Personalausgaben	1 576 475	1 560 558	1 654 736	409 230	- 1,0	6,0	5,0
Sächliche Verwaltungsausgaben	824 611	860 740	955 453	290 654	4,4	11,0	17,0
Kalkulatorische Kosten	215 709	205 595	168 392	78 308	- 4,7	- 18,1	8,5
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke ³⁾	747 541	748 148	830 914	274 467	0,1	11,1	12,3
an öffentlichen Bereich	450 434	445 717	524 099	161 042	- 1,0	17,6	6,9
Soziale Leistungen	593 295	645 269	685 971	191 232	8,8	6,3	6,1
Zinsausgaben	420 269	371 254	374 164	72 613	- 11,7	0,8	17,6
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	787 113	796 683	843 028	153 413	1,2	5,8	3,2
an Gemeinden und Gemeindeverbände	779 825	787 956	832 543	152 078	1,0	5,7	3,0
Zuführung zum Vermögenshaushalt	518 565	603 283	684 928	404 993	16,3	13,5	- 5,4
Sonstige Ausgaben	6 614	11 542	12 385	3 317	74,5	7,3	- 48,0
Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts ⁴⁾	5 690 192	5 803 073	6 209 969	1 878 229	2,0	7,0	5,5
Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts ⁴⁾	4 690 204	4 790 372	5 143 512	1 635 461	2,1	7,4	5,8
Zuführungen an Rücklagen	178 807	181 294	201 057	99 218	1,4	10,9	- 9,7
Gewährung von Darlehen	31 869	23 205	15 784	3 101	- 27,2	- 32,0	10,7
Vermögenserwerb	332 548	355 635	399 075	103 055	6,9	12,2	4,2
Baumaßnahmen	1 192 347	1 394 189	1 596 742	354 000	16,9	14,5	41,9
Tilgung von Krediten, Rückzahlung innerer Darlehen	528 713	518 617	476 100	110 593	- 1,9	- 8,2	- 18,1
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	162 759	182 628	143 496	40 090	12,2	- 21,4	5,0
an öffentlichen Bereich	129 738	134 604	81 614	26 454	3,8	- 39,4	3,4
Sonstige Ausgaben	24 493	39 232	20 317	7 105	60,2	- 48,2	2,4
Bruttoausgaben des Vermögenshaushalts ⁴⁾	2 451 534	2 694 800	2 852 570	717 162	9,9	5,9	11,9
Gesamtausgaben des Vermögenshaushalts ⁴⁾	2 392 862	2 633 472	2 788 338	697 212	10,1	5,9	12,8
Gesamtausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts	7 083 066	7 423 844	7 931 850	2 332 673	4,8	6,8	7,8
Bereinigte Gesamtausgaben ⁵⁾	6 245 243	6 502 386	6 989 829	1 796 984	4,1	7,5	10,5
Einnahmen							
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	2 222 617	2 285 944	2 375 520	729 249	2,8	3,9	31,2
Allgemeine Zuweisungen	644 273	755 689	875 921	214 804	17,3	15,9	12,0
Allgemeine Umlagen	791 786	795 476	835 070	167 672	0,5	5,0	7,9
Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	1 034 133	924 682	942 991	216 420	- 10,6	2,0	1,1
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke ⁶⁾	732 246	759 671	725 232	229 254	3,7	- 4,5	4,7
vom öffentlichen Bereich	582 898	611 868	578 260	161 647	5,0	- 5,5	0,6
Zinseinnahmen und Schuldendiensthilfen	45 431	46 276	48 783	21 880	1,9	5,4	49,6
vom öffentlichen Bereich	16 350	14 682	12 597	2 789	- 10,2	- 14,2	- 21,6
Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen	39 625	37 935	48 249	12 349	- 4,3	27,2	- 4,8
Sonstige Einnahmen	510 007	494 817	469 271	151 345	- 3,0	- 5,2	6,7
Bruttoeinnahmen des Verwaltungshaushalts ⁴⁾	6 020 117	6 100 492	6 321 037	1 742 975	1,3	3,6	15,8
Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushalts ⁴⁾	5 020 130	5 087 791	5 254 580	1 500 208	1,3	3,3	17,9
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	518 565	603 283	684 928	404 993	16,3	13,5	- 5,4
Entnahmen aus Rücklagen	154 724	162 171	193 987	82 464	4,8	19,6	13,4
Rückflüsse von Darlehen	26 574	28 255	27 196	6 525	6,3	- 3,7	- 19,2
Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	198 443	226 482	269 246	69 314	14,1	18,9	3,8
Beiträge und ähnliche Entgelte	238 698	221 835	218 447	57 978	- 7,1	- 1,5	11,3
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	557 371	578 115	621 182	138 637	3,7	7,4	21,8
vom öffentlichen Bereich	532 166	549 158	589 004	130 811	3,2	7,3	25,8
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	621 462	700 461	733 206	135 278	12,7	4,7	- 40,7
Bruttoeinnahmen des Vermögenshaushalts ⁴⁾	2 315 836	2 520 602	2 748 191	895 189	8,8	9,0	- 7,7
Gesamteinnahmen des Vermögenshaushalts ⁴⁾	2 257 164	2 459 275	2 683 959	875 240	9,0	9,1	- 7,6
Gesamteinnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts	7 277 294	7 547 066	7 938 539	2 375 447	3,7	5,2	7,0
Bereinigte Gesamteinnahmen ⁵⁾	6 438 085	6 626 606	6 995 947	1 839 271	2,5	5,5	9,5

1) Einschl. Krankenanstalten. – 2) Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. – 3) Einschl. Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts und Schuldendiensthilfen. – 4) Bruttoausgaben bzw. Bruttoeinnahmen abzüglich Zahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden. – 5) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen abzüglich haushaltstechnische Verrechnungen. – 6) Einschl. Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts.

diese Differenz bei den kreisfreien Städten im Schnitt 22 Punkte ausmachte. Bei den kreisangehörigen Gemeinden ergab sich dagegen eine Verringerung um 7 Prozentpunkte, darunter bei den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern eine solche von 5 Punkten.

Aus der Übersicht über die Veränderungen der Hebesätze der Gewerbesteuer 1980 gegenüber 1979 geht hervor, daß von den 2 303 Städten und Gemeinden des Landes 1 819 im Jahre 1980 keine Hebesatzkorrektur vorgenommen haben. Von den 1 977 Kommunen, die 1979 keine Lohnsummensteuer erhoben haben, ist bei 1 574 oder annähernd 80% der Gewerbesteuerhebesatz unverändert geblieben.

Versucht man, die Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes zumindest in ihrer Größenordnung zu quantifizieren, so ergibt sich - bezogen auf die Gesamtheit der Gemeinden - auf der Basis der Daten des Jahres 1979 folgendes Bild: Die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 470 Mill. DM reduziert sich um ein Drittel, also um rund 157 Mill. DM. Der Einkommensteueranteil, der den Gemeinden 1979 Einnahmen von 971 Mill. DM brachte, ergibt bei Heraufsetzung um einen Prozentpunkt Mehreinnahmen von 69 Mill. DM. Dieser Besserstellung um insgesamt 226 Mill. DM steht der Wegfall der Einnahmen aus der Lohnsummensteuer gegenüber, die sich 1979 auf 87 Mill. DM beliefen. Somit ergibt sich ein positiver Saldo von 139 Mill. DM. Dabei handelt es sich um einen Mindestbetrag, da 1980 zunächst noch Restbeträge an Lohnsummensteuer anfallen und die Gemeinden mit Mehreinnahmen aus dem höheren Einkommensteueranteil rechnen können. Hieraus errechnet sich ein aufkommensneutraler landesdurchschnittlicher Hebesatz von 305%. Das sind 36 Prozentpunkte weniger als der effektive Hebesatz des Jahres 1979.

Veränderung der Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1980¹⁾ gegenüber 1979

Veränderung	Gemeinden		
	ins- gesamt	mit	ohne
		Lohnsummensteuer im Jahr 1979	
		Anzahl	
<u>Senkung</u>			
unter 10 Prozentpunkte	6	-	6
10 - 20 "	86	3	83
20 - 30 "	179	9	170
30 - 40 "	114	-	114
40 - 50 "	25	-	25
50 - 60 "	-	-	-
60 u.mehr "	2	1	1
<u>Erhöhung</u>			
unter 10 Prozentpunkte	1	1	-
10 - 20 "	4	4	-
20 - 30 "	33	32	1
30 - 40 "	16	14	2
40 - 50 "	8	8	-
50 - 60 "	6	5	1
60 u.mehr "	4	4	-
<u>Unverändert</u>	1 819	245	1 574
<u>Insgesamt</u>	2 303	326	1 977

1) Vorläufige Ergebnisse.

Einnahmen aus Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 29% gestiegen

Die Zahlen des ersten Vierteljahres 1980 weisen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nicht nur eine deutliche Zunahme des Bruttoaufkommens der Gewerbesteuer aus, sondern zeigen auch die Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes im Hinblick auf die um ein Drittel von 120 auf 80% der Umlagegrundlage reduzierte Gewerbesteuerumlage sowie den höheren Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die von den Gemeinden an Land und Bund abzuführende Gewerbesteuerumlage war im ersten Quartal 1980 mit 94 Mill. DM um 15,8% niedriger als im Vorvierteljahr. Infolge der geringeren Umlage verblieben den Gemeinden entsprechend höhere Netto-Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Sie betrugen 309 Mill. DM, was einer Zuwachsrate von 54,5% gegenüber den ersten drei Monaten 1979 entspricht, gegenüber einem Zuwachs der Brutto-Einnahmen um 30,9%. Die Einnahmen der Gemeinden aus ihrem Anteil an der Einkommensteuer machten im ersten Vierteljahr 1980 annähernd 295 Mill. DM aus. Neben einer steigenden Tendenz des zur Verteilung gelangenden Gesamtaufkommens der Einkommen- und Lohnsteuer sind die im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 29% höheren kassenmäßigen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil naturgemäß auch Folge der Erhöhung des Anteilsatzes von 14 auf 15% ab 1980.

Obwohl die Lohnsummensteuer im Jahre 1980 nicht mehr erhoben wird, ergaben sich in den ersten drei Monaten 1980 noch kassenmäßige Zuflüsse aus dieser Steuerart in Höhe von knapp 21 Mill. DM (— 13,6%). Hierbei handelt es sich um Restzahlungen für im Jahre 1979 entstandene Steuerverpflichtungen, die allerdings in den folgenden Quartalen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen werden. Die den Landkreisen und kreisfreien Städten zufließende Grunderwerbsteuer erbrachte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 27 Mill. DM (+ 6,3%). Das Aufkommen aus den Grundsteuern A und B schließlich machte im ersten Vierteljahr 1980 etwas über 68 Mill. DM aus. Es überstieg damit nur ganz geringfügig (+ 0,4%) den entsprechenden Vorjahreswert und blieb gegenüber dem vorhergehenden Quartal (+ 0,1%) praktisch konstant.

Über den mutmaßlichen weiteren Verlauf der kommunalen Steuereinnahmen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur grobe Schätzungen vornehmen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die rheinland-pfälzischen Gemeinden 1980 mit einer recht günstigen Entwicklung ihrer Steuereinnahmen rechnen können. Auch wenn zu berücksichtigen ist, daß vor allem die auf die zeitlichen Verlagerungen beim kassenmäßigen Gewerbesteuer-Aufkommen zurückzuführenden Mehreinnahmen des ersten Quartals im weiteren Jahresverlauf 1980 eine Normalisierung erfahren werden, wird mit einer Steigerungsrate der kommunalen Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz von rund 20% gerechnet werden können.

Höhere Finanzausweisungen des Landes

Neben den Steuereinnahmen kommt den Zuweisungen aus öffentlichen Mitteln eine erhebliche Bedeu-

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner	Insgesamt			Gemeinden, die 1979					
				keine Lohnsummensteuer erhoben haben			Lohnsummensteuer erhoben haben		
	1979	1980	Verän- derung in	1979	1980	Verän- derung in	1979	1980	Verän- derung in
	%		Prozent- punkten	%		Prozent- punkten	%		Prozent- punkten
Kreisfreie Städte	367	370	+ 3	400	378	- 22	337	362	+ 25
100 000 - 200 000	359	371	+ 12	415	385	- 30	333	363	+ 30
50 000 - 100 000	379	367	- 12	390	373	- 17	356	355	- 1
20 000 - 50 000	379	366	- 13	390	365	- 25	330	370	+ 40
Kreisangehörige Gemeinden	322	321	- 1	331	324	- 7	299	314	+ 15
50 000 - 100 000	380	370	- 10	380	370	- 10	-	-	-
20 000 - 50 000	336	325	- 11	350	332	- 18	270	300	+ 30
10 000 - 20 000	313	319	+ 6	321	319	- 2	301	319	+ 18
5 000 - 10 000	318	321	+ 3	332	320	- 12	300	322	+ 22
unter 5 000	318	316	- 2	324	319	- 5	303	309	+ 6
Insgesamt	341	345	+ 4	354	345	- 9	320	345	+ 25

1) Vorläufige Ergebnisse.

tung zu. Im ersten Quartal 1980 beliefen sich die allgemeinen Zuweisungen auf 215 Mill. DM, während erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 139 Mill. DM ausmachten, das entspricht Steigerungsraten von 12 bzw. 21,8% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden (Gv.) im Steuerverbund stiegen nach dem Haushaltsansatz 1980 um 22%. Dabei ist allerdings die Erhöhung des Verbundsatzes von 21,5 auf 23% wegen der Kommunalisierung des Schülertransports zu berücksichtigen. Ohne die Änderung des Verbundsatzes errechnet sich eine Steigerungsrate von 14,2%.

Weniger günstig verlief die Entwicklung der Verwaltungs- und Betriebseinnahmen, die im ersten Quartal 1980 lediglich um 1,1% auf 216 Mill. DM anstiegen.

Die Gegenüberstellung der gesamten Einnahmen und Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge ergibt für das erste Vierteljahr 1980 einen positiven Finanzierungssaldo von 31 Mill. DM, der den Kommunen eine Netto-Rücklagenbildung von 17 Mill. DM erlaubte. Da sich gleichzeitig die Nettoaufnahme von Kreditmarktmitteln auf 28 Mill. DM belief, errechnet sich ein kassenmäßiger Überschuß von 42 Mill. DM.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Zerlegung der Lohnsteuer

Mit dem Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 erfolgte eine Neuregelung des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs. Folge davon war das Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 17. Dezember 1970, mit dem eine Präzisierung der Zerlegung der Körperschaftsteuer und der Lohnsteuer vorgeschrieben wurde. Nach dem bis dahin geltenden Zerlegungsgesetz von 1952 gab es für die Lohnsteuer kein bundeseinheitliches Zerlegungsverfahren. Ein Ausgleich der Lohnsteuer blieb in den Fällen, in denen ein Arbeitnehmer seinen Wohnsitz in einem anderen Land als dem der Betriebsstätte hatte, Vereinbarungen zwischen den beteiligten Ländern vorbehalten. Eine Ausgleichsregelung bestand lediglich zugunsten der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein für ihre in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen beschäftigten Lohnsteuerpflichtigen.

Gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Zerlegungsstatistik bildet das Steuerstatistische Gesetz.

Gründe für die Zerlegung

Mit der wachsenden Konzentration der Wirtschaft und der Zunahme der zentralen Lohnabrechnung am

Verwaltungssitz der Unternehmen führte die Aufteilung von Steuereinnahmen unter den Ländern nach dem örtlichen Aufkommen zu erheblichen Verzerrungen der Steuerkraft. Bei der Abführung der Steuern am Unternehmenssitz erhielten einige Länder Steuereinnahmen über ihre eigentliche Wirtschaftskraft hinaus, wogegen andere Länder mit ihren Steuereinnahmen hinter der Wirtschaftsleistung zurückblieben. Diese Verfälschung der Steuerkraft sollte durch die Zerlegung beseitigt werden.

Nach dem Einkommensteuergesetz hat der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer grundsätzlich an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt abzuführen. Dabei gilt gemäß § 41 Abs. 2 EStG als Betriebsstätte der Betrieb oder Teil des Betriebs des Arbeitgebers, in dem die Berechnung des Arbeitslohns und der Lohnsteuer vorgenommen wird. Das beim Quellenabzugsverfahren der Lohnsteuer vorgeschriebene Betriebsstättenprinzip hat nun zur Folge, daß die Steuer dem Land zufließt, innerhalb dessen das Betriebsstättenfinanzamt, häufig jedoch nicht der Wohnsitz des Arbeitnehmers liegt. Für eine Verteilung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitz der Steuerpflichtigen

sprach auch eine Angleichung an das bei der Einkommensteuer praktizierte Verfahren, wonach bei natürlichen Personen das Finanzamt zuständig ist, in dessen Bezirk der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat.

Ein weiterer Grund für die Zerlegung der Lohnsteuer zugunsten der Wohnsitzländer der Arbeitnehmer ergab sich aus der Neufassung des Artikels 106 Abs. 5 GG als Folge des Finanzreformgesetzes. Dort war festgelegt, daß ab 1970 die Gemeinden einen Anteil am Einkommensteuer-Aufkommen erhalten, der von den Ländern auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner weiterzuleiten ist. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat die Lohnsteuerzerlegung ein erhebliches Gewicht.

Das Verfahren der Lohnsteuerzerlegung

Die Ermittlung der Zerlegungsbeträge erfolgt anhand der Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten. Dabei wurden zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand bestimmte Schematisierungen vorgesehen. So gilt ein Arbeitnehmer als in dem Land ansässig, in welchem seine Steuerkarte ausgeschrieben wurde. Weiterhin gilt bei mehreren hintereinander folgenden Arbeitsverhältnissen die Lohnsteuer als von dem Land vereinnahmt, zu dessen Bereich das Betriebsstättenfinanzamt gemäß der letzten Eintragung auf der Lohnsteuerkarte gehört. Schließlich wurde festgelegt, daß bei Ehegatten mit beiderseitigem Arbeitslohn die Eintragungen auf der Steuerkarte des Ehemannes maßgeblich sind.

Die Statistischen Landesämter haben die nicht vom Wohnsitzland vereinnahmte Lohnsteuer je Einnahmeland zu ermitteln und den zuständigen obersten Finanzbehörden bis 30. Juni des zweiten auf den Feststellungszeitraum folgenden Jahres mitzuteilen. Die Einhaltung dieses Termins hat den Landesämtern in der Vergangenheit Schwierigkeiten bereitet, weil ihnen die erforderlichen Erhebungsunterlagen bis zum festgelegten Schlußtermin zumeist nicht vollständig vorlagen. Daher wurden von der Finanzministerkonferenz Überlegungen angestellt, den vorgenannten Termin (30. Juni) durch eine entsprechende Änderung des Zerlegungsgesetzes zu verlängern.

Umstritten war seinerzeit bei den Gesetzesberatungen, ob der auf der Basis des Feststellungszeitraums ermittelte absolute Zerlegungsbetrag unverändert drei Jahre lang - bis zum Vorliegen der nächsten Lohnsteuerstatistikergebnisse - Gültigkeit haben sollte. Dies hätte bedeutet, daß zwischenzeitliche Änderungen der Höhe des Lohnsteueraufkommens unberücksichtigt geblieben wären. Man entschloß sich daher zu einer Lösung mit dynamischer Wirkung durch die Anwendung von Prozentsätzen. Sie sind von den Finanzbehörden der Einnahmeländer als Anteilsatz der von den Wohnsitzländern mitgeteilten Beträge an der im Feststellungszeitraum insgesamt von ihnen vereinnahmten Lohnsteuer zu errechnen. Diese Hundertsätze gelten für die Zerlegung der Lohnsteuer im zweiten bis vierten auf das Feststellungsjahr folgenden Kalenderjahr, also zum Beispiel für die Jahre 1979 bis 1981 auf der Basis der Lohnsteuerstatistik 1977. Die Überweisung der Zerlegungsanteile an die Wohnsitzländer durch die ausgleichsverpflichteten Länder er-

folgt vierteljährlich. Die Beträge werden ermittelt durch Anlegen der Hundertsätze an die im jeweiligen Kalendervierteljahr vereinnahmte Lohnsteuer. Die Ausgleichszahlungen werden über eine Clearingstelle beim Bundesminister der Finanzen koordiniert.

1 312 Mill. DM als Zerlegungsbetrag für 1977 ermittelt

Die erstmalige Ermittlung der Zerlegungsanteile im Rahmen der Lohnsteuerstatistik 1968 ergab, daß damals durch Finanzämter anderer Bundesländer insgesamt 239 Mill. DM an Lohnsteuer von in Rheinland-Pfalz wohnhaften Arbeitnehmern vereinnahmt worden waren. Neun Jahre später belief sich der entsprechende Betrag bereits auf 1 312 Mill. DM, das ist mehr als das Fünffache. Dieser Zuwachs dürfte primär auf die in der Zwischenzeit gestiegenen Löhne und Gehälter in Verbindung mit den Auswirkungen der Steuerprogression zurückzuführen sein. Inwieweit hier auch ein eventueller Anstieg der Anzahl der Steuerpflichtigen eine Rolle spielt, läßt sich aus den vorliegenden Unterlagen nicht feststellen, weil für 1968 nur die Lohnsteuer, nicht aber die Zahl der Zerlegungsfälle ermittelt wurde. Bereits 1971 hatte sich der Zerlegungsbetrag mit 479 Mill. DM gegenüber 1968 genau verdoppelt. Er belief sich drei Jahre später auf 841 Mill. DM.

Im Jahre 1977 wurden 271 652 Lohnsteuerpflichtige gezählt, deren Lohnsteuer von Finanzämtern außerhalb des Landes vereinnahmt worden war. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um berufliche Auspendler. Ein Teil dieser Zerlegungsfälle betrifft allerdings auch solche Beschäftigte, die zwar in einer rheinland-pfälzischen Zweigniederlassung angestellt waren, deren Lohnabrechnung und damit auch Lohnsteuerabführung aber durch die Hauptniederlassung des Unternehmens in einem anderen Bundesland erfolgte, so daß sich daraus ein rheinland-pfälzischer Zerlegungsanspruch ergab. Diese zentrale Lohnabrechnung wurde in den vergangenen Jahren von den Mehrbetriebsunternehmen in verstärktem Maße eingeführt, was mit der zunehmenden Nutzung zentraler EDV-Anlagen im Rahmen der Lohn- und Gehaltsabrechnung zusammenhängt. Trotz der auf zentrale Lohnabrechnungen zurückzuführenden Zerlegungsfälle, deren exakte Zahl sich nicht herausrechnen läßt, gibt die Aufgliederung der Steuerpflichtigen nach ausgleichsverpflichteten Ländern interessante Hinweise auf die Pendlerbewegungen. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die aus der Zerlegungsstatistik gewonnenen Daten nur Aussagen über die beruflichen Auspendler und ihre Zielländer innerhalb der Bundesrepublik ermöglichen. Auslandspendler sind nicht Gegenstand der Lohnsteuerzerlegung. Weiterhin ist zu beachten, daß von den Berufspendlern lediglich die abhängig Beschäftigten, für die Lohnsteuer abgeführt wurde, erfaßt werden, nicht also sonstige Berufspendler wie insbesondere freiberuflich Tätige oder Gewerbetreibende. Ausbildungspendler sind - mit Ausnahme der in einem Lehrverhältnis stehenden Auszubildenden, die Lohnsteuerabzüge verzeichneten - ebenfalls nicht einbezogen.

In erster Linie sind die an Rheinland-Pfalz angrenzenden Bundesländer das Ziel einheimischer Auspendler. Allein neun Zehntel der Zerlegungsfälle entfielen

Ausgleichs- verpflichtetes Land	1968		1971		1974		1977			
	DM	Anteil in %	DM	Anteil in %	DM	Anteil in %	Anzahl der Lohnsteuer- pflichtigen 1)	Anteil in %	DM	Anteil in %
Schleswig-Holstein	2 760 026	1,2	4 188 747	0,9	6 418 209	0,8	1 653	0,6	8 807 731	0,7
Hamburg	5 357 435	2,2	10 859 013	2,3	17 925 168	2,1	4 135	1,5	28 119 140	2,1
Niedersachsen	5 457 680	2,3	9 896 585	2,1	17 852 136	2,1	4 605	1,7	24 244 901	1,8
Bremen	1 035 835	0,4	2 669 380	0,6	3 389 145	0,4	988	0,4	5 044 802	0,4
Nordrhein-Westfalen	69 687 446	29,2	152 299 758	31,8	243 930 986	29,0	77 155	28,4	356 105 918	27,2
Hessen	76 163 622	31,9	130 646 291	27,3	252 523 809	30,1	77 958	28,7	398 014 765	30,3
Baden-Württemberg	45 157 919	18,9	103 572 697	21,6	168 672 355	20,1	57 590	21,2	285 976 235	21,8
Bayern	12 613 733	5,3	23 560 109	4,9	49 814 402	5,9	16 682	6,1	85 690 974	6,5
Saarland	19 218 106	8,0	39 166 240	8,2	77 252 273	9,2	29 677	10,9	114 834 773	8,8
Berlin (West)	1 446 967	0,6	1 683 627	0,3	2 807 379	0,3	1 209	0,5	4 686 941	0,4
Insgesamt	238 898 769	100,0	478 542 447	100,0	840 585 862	100,0	271 652	100,0	1 311 526 180	100,0

1) Ehegatten mit beiderseitigem Arbeitseinkommen zählen als ein Steuerpflichtiger.

1977 auf die Nachbarländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und das Saarland, davon allein jeweils gut 28% auf die beiden erstgenannten Länder und 21,2% auf Baden-Württemberg. Das Saarland und Bayern waren mit 10,9 bzw. 6,1% beteiligt. In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß 1977 jeweils über 77 000 Lohnsteuerpflichtige in Nordrhein-Westfalen und Hessen, weitere 57 590 in Baden-Württemberg sowie 29 670 im Saarland arbeiteten bzw. - in einer geringeren Zahl von Fällen - ihre Lohnabrechnung dort durchgeführt wurde. In Grenznähe ist die Pendlerverflechtung zwischen den Ländern im allgemeinen relativ groß, da die Grenzen der Bundesländer keinerlei Hemmnis für die Wahl des Arbeitsplatzes bilden.

Während es sich bei den in den benachbarten Ländern Beschäftigten ganz überwiegend um Tagespendler handeln dürfte, kommen bei den auf die norddeutschen Länder und Berlin entfallenden Zerlegungsfällen - abgesehen von Fällen zentraler Lohnabrechnung - nur Fernpendler in Betracht. Ihre Zahl ist jedoch relativ gering und nur von untergeordneter Bedeutung (4,7%), wenn auch der auf sie entfallende Lohnsteuerbetrag 1977 gut 70 Mill. DM betrug (5,4%).

Nimmt man die prozentualen Anteile der auf die einzelnen ausgleichsverpflichteten Länder entfallenden Zerlegungsbeträge zum Maßstab, so ergibt sich in den Jahren 1968 bis 1977 eine in etwa gleiche Verteilung wie sie sich bei der Zahl der Fälle für 1977 zeigte. Auch im Hinblick auf die Höhe der vereinnahmten Lohnsteuer rheinland-pfälzischer Einwohner liegen Hessen und Nordrhein-Westfalen mit Anteilen, die im vorgeannten Zeitraum jeweils zwischen rund 27 und 32% schwanken, an der Spitze, gefolgt von Baden-Württemberg mit etwa einem Fünftel. 8,8% der Zerlegungssumme betrafen 1977 das Saarland und 6,5% Bayern.

Natürlich stehen den Auspendlern auch Einpendler nach Rheinland-Pfalz gegenüber. Ihre Zahl ist wegen der bereits erwähnten Fälle mit zentraler Lohnabrechnung zwar nicht völlig identisch mit den durch die Zerlegungsstatistik ausgewiesenen Gesamtwerten, je-

doch sind zumindest Aussagen über die Größenordnung sowie die Verteilung der Einpendler nach Herkunftsländern möglich. So vereinnahmten rheinland-pfälzische Finanzämter im Jahre 1977 knapp 348 Mill. DM an Lohnsteuer von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in anderen Bundesländern. Die Gesamtzahl dieser Lohnsteuerpflichtigen belief sich auf ca. 55 600, wovon 16 100 (28,9%) in Baden-Württemberg, 14 330 (25,8%) in Hessen, 6 550 (11,8%) im Saarland und 6 235 (11,2%) in Nordrhein-Westfalen wohnhaft waren. Insgesamt entfielen also auf die an Rheinland-Pfalz angrenzenden Nachbarländer über drei Viertel aller Einpendler.

Ein Viertel der Lohnsteuer wird in anderen Ländern vereinnahmt

Nach den im Rahmen der Lohnsteuerzerlegung ermittelten Daten erreichte die von anderen Bundesländern vereinnahmte Lohnsteuer 1968 einen Anteil von 25,7% der gesamten, von rheinland-pfälzischen Arbeitnehmern entrichteten Lohnsteuer. In den Jahren 1971 und 1974 belief sich diese Quote auf jeweils rund 23% und erhöhte sich 1977 sogar auf 28,7%. Die für das Jahr 1977 ebenfalls ausgewiesene Zahl der Zerlegungsfälle in Höhe von 271 652 Lohnsteuerpflichtigen bedeutet einen Anteil von 22,6% der von der Lohnsteuerstatistik insgesamt erfaßten Arbeitnehmer. Durch die vorstehenden Zahlen wird deutlich, daß im Durchschnitt der Jahre jeweils rund ein Viertel der Rheinland-Pfalz nach dem Wohnsitz der Arbeitnehmer zustehenden Lohnsteuer zunächst in anderen Bundesländern aufkommt und erst im Wege der Zerlegung dem Land zugeführt wird. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß Rheinland-Pfalz seinerseits ebenfalls Steuerbeträge von Einpendlern oder infolge zentraler Lohnabrechnung vereinnahmt, die dann im Rahmen des Zerlegungsausgleichs an die ausgleichsberechtigten Wohnsitzländer abzuführen sind. Nach Saldierung der Ansprüche und Forderungen gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder ergibt sich für Rheinland-Pfalz als Land mit einem Auspendler-

überschuß jeweils ein positiver Saldo zugunsten der Zerlegungsansprüche.

Aus der Statistik über das Aufkommen an Bundes- und Landessteuern geht hervor, daß das Land im Jahre 1977 ein kassenmäßiges Aufkommen aus der Lohnsteuer in Höhe von 4 682 Mill. DM verzeichnete, darunter waren 744 Mill. DM oder 15,9% an Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. Im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1978 machten die Zerlegungseinnahmen 16,1% des gesamten kassenmäßigen Lohn-

steueraufkommens aus. Das Land ist an den aus der Lohnsteuerzerlegung zufließenden Einnahmen analog der Verteilung des Lohnsteueraufkommens mit 43% (ab 1980: 42,5%) beteiligt, die Gemeinden partizipieren an den Zerlegungseinnahmen seit 1980 mit 15%. Die Lohnsteuerzerlegung bedeutet für Land und Gemeinden mithin eine beträchtliche Stärkung der originären Steuereinnahmen.

Diplom-Volkswirt K.-J. Hesse

Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 1977

Nach dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) sind ab 1965 in dreijährigem Turnus Statistiken über das lohnsteuerpflichtige Einkommen durchzuführen. Die jetzt vorliegende Statistik ist die neunte dieser Art seit dem Kriege. Sie gibt Auskunft über die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und deren Besteuerung im Jahre 1977. In die Lohnsteuerstatistik wurden alle Arbeitnehmer einbezogen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Rheinland-Pfalz hatten. Gemäß § 1 Abs. 1 LStDV sind Arbeitnehmer Personen, die angestellt oder beschäftigt sind oder waren und die aus diesem

Dienstverhältnis oder einem früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Zum Arbeitslohn gehören Gehälter, Löhne, Provisionen, Gratifikationen, Tantiemen, Warte- und Ruhegelder sowie Witwen- und Waisengelder.

Will man die Ergebnisse dieser Statistik mit den vorhergehenden vergleichen, so muß man die Steuerreform 1975 bei der Analyse der Daten beachten. Von besonderer Bedeutung waren folgende Steuerrechtsänderungen:

- (1) Reform des Familienlastenausgleichs
- (2) Neugestaltung des Einkommensteuertarifs

Lohnsteuerpflichtige nach Bruttolohngruppen 1955 - 1977
(Individualnachweis)

Bruttolohngruppe	1955	1957	1961	1965	1968	1971	1974	1977
Anzahl								
unter 2 400 DM	243 430	220 360	180 017	163 731	157 599	150 417	119 915	116 629
2 400 - 4 800 "	372 525	338 650	222 208	140 306	117 241	105 216	98 061	81 859
4 800 - 7 200 "	195 361	268 600	319 031	186 295	142 120	101 852	77 225	67 655
7 200 - 9 600 "	42 403	66 460	212 873	244 224	184 565	112 302	84 124	60 170
9 600 - 12 000 "	14 199	25 520	75 063	212 470	214 530	127 238	86 312	68 608
12 000 - 16 000 "	} 9 635	13 086	42 072	168 631	230 806	280 073	157 441	115 888
16 000 - 20 000 "		4 243	12 128	44 271	75 332	245 883	221 280	133 722
20 000 - 25 000 "	} 1 856	1 350	5 250	17 685	37 392	145 258	262 512	232 546
25 000 - 36 000 "		1 095	2 297	10 654	17 216	85 246	258 213	372 586
36 000 - 50 000 "	} 157	268	882	2 114	3 615	16 644	68 346	132 994
50 000 - 75 000 "		} 129	224	825	1 355	4 345	16 784	41 119
75 000 - 100 000 "	} 74		180	240	759	2 557	6 396	
100 000 und mehr "	} 33		53	117	171	441	1 140	3 371
I n s g e s a m t	879 566	939 794	1 072 172	1 191 503	1 182 182	1 375 674	1 443 910	1 433 543
Anteil der Lohnsteuerpflichtigen in %								
unter 2 400 DM	27,7	23,5	16,8	13,7	13,3	10,9	8,3	8,1
2 400 - 4 800 "	42,4	36,0	20,7	11,8	9,9	7,6	6,8	5,7
4 800 - 7 200 "	22,2	28,6	29,8	15,6	12,0	7,4	5,3	4,7
7 200 - 9 600 "	4,8	7,1	19,9	20,5	15,6	8,2	5,8	4,2
9 600 - 12 000 "	1,6	2,7	7,0	17,8	18,2	9,2	6,0	4,8
12 000 - 16 000 "	} 1,1	1,4	3,9	14,2	19,5	20,4	10,9	8,1
16 000 - 20 000 "		0,5	1,1	3,7	6,4	17,9	14,6	9,3
20 000 - 25 000 "	} 0,2	0,1	0,5	1,5	3,2	10,6	18,2	16,2
25 000 - 36 000 "		0,1	0,2	0,9	1,5	6,2	17,9	26,0
36 000 - 50 000 "	} 0,0	0,0	0,1	0,2	0,3	1,2	4,7	9,3
50 000 - 75 000 "		} 0,0	0,0	0,1	0,1	0,3	1,2	2,9
75 000 - 100 000 "	} 0,0		0,0	0,0	0,1	0,2	0,5	
100 000 und mehr "	} 0,0		0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Lohnsteuerpflichtige¹⁾, deren Bruttolohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen 1971, 1974 und 1977

Bruttolohngruppe	1971	1974	1977	1971	1974	1977
	Anzahl/1 000 DM			‰ 2)		
Lohnsteuerpflichtige						
unter 2 400 DM	118 410	93 382	94 307	10,1	7,7	7,8
2 400 - 4 800 "	73 762	72 072	60 405	6,3	5,9	5,0
4 800 - 7 200 "	67 710	52 351	50 050	5,7	4,3	4,2
7 200 - 9 600 "	76 246	55 614	40 178	6,5	4,6	3,3
9 600 - 12 000 "	90 913	56 548	45 215	7,7	4,6	3,8
12 000 - 16 000 "	206 111	109 152	74 347	17,5	9,0	6,2
16 000 - 20 000 "	199 763	150 508	92 074	16,9	12,3	7,7
20 000 - 25 000 "	162 945	194 455	157 743	13,8	15,9	13,1
25 000 - 36 000 "	144 221	269 826	296 791	12,2	22,1	24,7
36 000 - 50 000 "	30 243	123 757	185 642	2,6	10,2	15,4
50 000 - 75 000 "	7 429	35 887	87 477	0,6	2,9	7,3
75 000 - 100 000 "	907	4 551	13 551	0,1	0,4	1,1
100 000 und mehr "	465	1 466	4 784	0,0	0,1	0,4
Insgesamt	1 179 125	1 219 569	1 202 564	100,0	100,0	100,0
Bruttolohn						
unter 2 400 DM	139 156	113 513	114 216	0,8	0,4	0,4
2 400 - 4 800 "	252 542	258 962	218 760	1,4	1,0	0,7
4 800 - 7 200 "	408 435	309 644	296 743	2,2	1,2	0,9
7 200 - 9 600 "	643 459	467 993	338 879	3,5	1,8	1,1
9 600 - 12 000 "	987 094	610 821	486 776	5,3	2,3	1,6
12 000 - 16 000 "	2 897 353	1 538 964	1 039 959	15,6	5,9	3,3
16 000 - 20 000 "	3 578 810	2 719 922	1 666 607	19,3	10,4	5,3
20 000 - 25 000 "	3 625 484	4 365 469	3 562 829	19,5	16,7	11,4
25 000 - 36 000 "	4 208 408	8 008 677	8 914 761	22,7	30,6	28,4
36 000 - 50 000 "	1 233 663	5 127 456	7 823 121	6,6	19,6	24,9
50 000 - 75 000 "	431 539	2 084 774	5 106 543	2,3	7,9	16,3
75 000 - 100 000 "	76 179	381 523	1 142 409	0,4	1,4	3,6
100 000 und mehr "	69 651	201 406	648 489	0,4	0,8	2,1
Insgesamt	18 551 774	26 189 127	31 360 092	100,0	100,0	100,0
Lohnsteuer						
unter 2 400 DM	547	551	575	0,4	0,5	0,5
2 400 - 4 800 "	3 705	4 471	1 524	1,5	1,7	0,7
4 800 - 7 200 "	18 847	16 924	4 542	4,6	5,5	1,5
7 200 - 9 600 "	45 246	32 897	12 131	7,0	7,0	3,6
9 600 - 12 000 "	83 570	54 846	24 912	8,5	9,0	5,1
12 000 - 16 000 "	266 298	161 572	79 031	9,2	10,5	7,6
16 000 - 20 000 "	351 526	319 518	161 260	9,8	11,7	9,7
20 000 - 25 000 "	399 295	539 454	399 445	11,0	12,4	11,2
25 000 - 36 000 "	569 121	1 120 706	1 166 864	13,5	14,0	13,1
36 000 - 50 000 "	200 113	848 730	1 205 545	16,2	16,6	15,4
50 000 - 75 000 "	82 835	404 015	1 003 473	19,2	19,4	19,7
75 000 - 100 000 "	18 448	88 649	292 217	24,2	23,2	25,6
100 000 und mehr "	22 414	63 081	216 670	32,2	31,3	33,4
Insgesamt	2 061 966	3 655 414	4 568 189	11,1	14,0	14,6

- 1) Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen. -
2) Lohnsteuerpflichtige und Bruttolohn: Anteil der Bruttolohngruppen an der Gesamtsumme; Lohnsteuer: Anteil am Bruttolohn.

(3) Neuregelung des Abzugs von Vorsorgeaufwendungen

(4) Einführung bzw. Erhöhung von Freibeträgen.

Diese Änderungen wurden durchgeführt, um Steuerpflichtige mit kleinerem und mittlerem Einkommen und Familien steuerlich zu entlasten.

Zahl der Steuerfälle nahezu konstant

In der Statistik der Arbeitnehmerinkommen werden zum einen Einzelpersonen nachgewiesen (Individualnachweis) und zum anderen Steuerpflichtige, das sind Einzelpersonen und Familien, in denen beide Ehepartner Lohneinkünfte erzielen. Es werden deshalb Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn, deren Lohn-

steuerkarten zusammen geführt werden konnten, stets als ein einziger Steuerpflichtiger, aber als zwei Steuerfälle erfaßt. Dieser getrennte Nachweis der Einkommen hat den Vorteil, daß ein besserer Einblick in die Einkommensstruktur ermöglicht wird.

Die Gesamtzahl der Steuerfälle ist mit 1,43 Mill. zwischen den letzten beiden Erhebungen nur geringfügig um 0,7% gesunken (1971 bis 1974: + 5%). Der insgesamt verdiente Bruttolohn erhöhte sich seit 1971 um 60%, wobei die Steigerung von 1971 bis 1974 mit 41% deutlich höher war als im Zeitraum 1974 bis 1977 mit 19%. Die Verringerung des Anstiegs der Bruttolohnsumme ist nur zum Teil auf die geringeren Lohnsteigerungen zurückzuführen. Seit der Steuerreform 1975 ist das gezahlte Kindergeld nicht mehr im

Bruttolohn enthalten, so daß der Vergleich der Bruttolohnsumme 1977 mit derjenigen aus den vorhergehenden Lohnsteuerstatistiken etwas eingeschränkt ist.

Mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer verdienten zwischen 25 000 DM und 50 000 DM

Von den insgesamt 1,43 Mill. Steuerfällen entfielen etwa 45% auf die Lohngruppen bis unter 20 000 DM Bruttolohn. Die zahlenmäßige Besetzung der unteren Lohngruppen hat seit 1971 ständig abgenommen. Auf diese Lohngruppen entfielen 1977 nur noch ein Fünftel des gesamten Bruttolohnes. Als Folge der ständig steigenden Bruttolöhne verschob sich das zahlenmäßige Schwergewicht in immer höhere Lohngruppen. Mehr als ein Drittel aller Steuerfälle entfielen 1977 auf die Lohngruppen von 25 000 DM bis 50 000 DM und hatten einen Anteil am gesamten Bruttolohn von 53%. Im Jahre 1974 (1971) verdienten erst 22% (7%) der Arbeitnehmer zwischen 25 000 und 50 000 DM. Dies belegt deutlich die sprunghafte Entwicklung der Lohneinkommen.

40% der Lohnsteuerpflichtigen entfielen auf die Bruttolohngruppen von 25 000 DM bis 50 000 DM

Betrachtet man die Lohnsteuerpflichtigen - man kann hier unter Beachtung bestimmter Einschränkungen von einem Nachweis des Familieneinkommens sprechen -, so kann man eine wesentlich stärkere Konzen-

Nichtsteuerbelastete Lohnsteuerpflichtige¹⁾
und Lohnsteuer in % des Bruttolohns der Lohnsteuer-
pflichtigen nach Bruttolohngruppen 1971, 1974 und 1977

Bruttolohngruppe	1971	1974	1977
Nichtsteuerbelastete in % der Lohnsteuerpflichtigen			
unter 2 400 DM	94,9	94,2	95,4
2 400 - 4 800 "	67,2	58,9	90,8
4 800 - 7 200 "	29,5	18,2	58,7
7 200 - 9 600 "	9,7	8,1	34,8
9 600 - 12 000 "	5,8	4,7	26,1
12 000 - 16 000 "	3,7	3,6	6,8
16 000 - 20 000 "	1,0	1,8	1,4
20 000 - 25 000 "	0,2	0,4	0,4
25 000 - 36 000 "	0,0	0,0	0,1
36 000 - 50 000 "	0,0	0,0	0,1
50 000 - 75 000 "	} 0,1	0,0	0,1
75 000 - 100 000 "		-	0,1
100 000 und mehr "		-	0,3
Insgesamt	17,3	12,7	17,2
Lohnsteuer in % des Bruttolohns der Lohnsteuerpflichtigen			
unter 2 400 DM	6,7	7,1	9,1
2 400 - 4 800 "	3,9	3,7	7,5
4 800 - 7 200 "	6,5	6,7	3,5
7 200 - 9 600 "	7,8	7,6	5,5
9 600 - 12 000 "	9,0	9,4	6,9
12 000 - 16 000 "	9,5	10,9	8,1
16 000 - 20 000 "	9,9	12,0	9,8
20 000 - 25 000 "	11,0	12,4	11,3
25 000 - 36 000 "	13,5	14,0	13,1
36 000 - 50 000 "	16,2	16,6	15,4
50 000 - 75 000 "	} 21,4	19,4	19,7
75 000 - 100 000 "		23,2	25,6
100 000 und mehr "		31,3	33,5
Insgesamt	11,5	14,2	15,0

1) Ehegatten, die beide Lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

tration in den Bruttolohngruppen zwischen 25 000 DM und 50 000 DM feststellen als bei den Steuerfällen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß Ehegatten mit beiderseitigen Lohneinkünften, deren Lohnsteuerkarten zusammen geführt werden konnten, als ein Steuerpflichtiger gezählt werden. In der mittleren Lohngruppe erzielten 40,1% der Lohnsteuerpflichtigen einen Anteil von 53,3% des gesamten Bruttolohnes. Diese Einkommensgruppe war damit überdurchschnittlich am Lohnaufkommen beteiligt.

In den Bruttolohngruppen oberhalb 50 000 DM befanden sich mit 8,8% deutlich mehr Lohnsteuerpflichtige als Steuerfälle, die nur einen Anteil von 3,6% hatten. In den oberen Bruttolohngruppen wurden 22% des gesamten Bruttolohnes von den Steuerpflichtigen, dagegen nur 10,8% von Einzelpersonen verdient.

Ein Einkommen von weniger als 20 000 DM im Jahre 1977 hatten 38% der Lohnsteuerpflichtigen gegenüber 45% der Einzelpersonen. Der Anteil der Lohnsteuerpflichtigen, die weniger als 20 000 DM im Jahr zur Verfügung hatten, verringerte sich seit 1971 (70,7%) und 1974 (48,4%) auf 38% im Jahre 1977. Als Folge der Lohnerhöhungen stiegen die Steuerpflichtigen in höhere Bruttolohngruppen auf, so daß sich die Besetzung der unteren Lohngruppen immer mehr verminderte. Diese Entwicklung vollzog sich bei den Lohnsteuerpflichtigen ebenso wie bei den Steuerfällen. Man kann deshalb sagen, daß sich die Familieneinkommen im genannten Zeitraum etwa so stark erhöhten wie die Einkommen von Einzelpersonen.

14% der Arbeitnehmer nicht ganzjährig beschäftigt

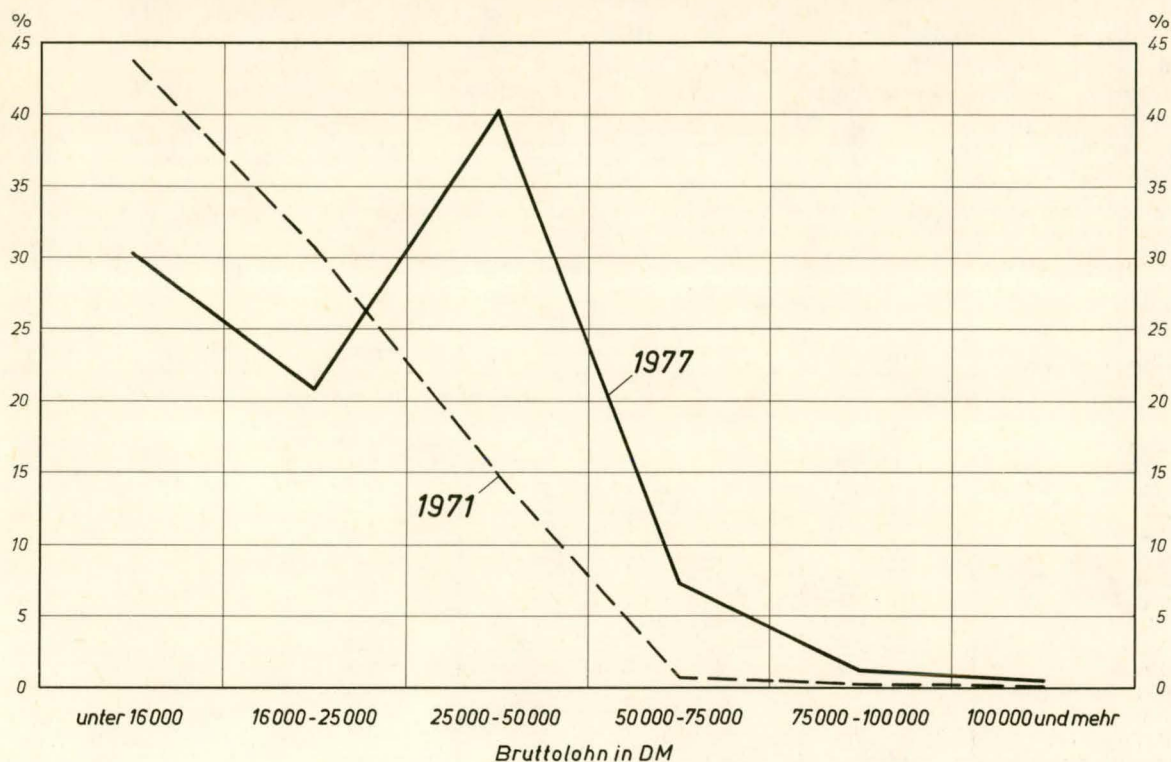
Von den 1,2 Mill. Lohnsteuerpflichtigen waren 1977 rund 1 Mill. (86%) ganzjährig beschäftigt. Als Steuerpflichtige mit nicht ganzjährigen Bezügen gelten alle Arbeitnehmer, die im Kalenderjahr mehr als einen Kalendermonat zusammenhängend keine Bezüge erhalten haben. Zu dieser Gruppe gehören die Berufsanfänger sowie die Steuerpflichtigen, die im Laufe des Jahres aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Hierzu zählen auch Personen, die wegen Arbeitslosigkeit nur zeitweise beschäftigt waren. Die getrennte Erfassung der ganzjährig Beschäftigten ist vorteilhaft, weil hierdurch eine bessere Vergleichbarkeit der Lohnentwicklung gegeben ist. Der Bruttolohn der ganzjährig Beschäftigten ermöglicht außerdem bessere Aussagen über die Einkommensstruktur und ihre Veränderung im Zeitablauf, weil hier echte Jahreseinkommen miteinander verglichen werden.

Erwartungsgemäß konzentrieren sich die nicht ganzjährig beschäftigten Lohnsteuerpflichtigen auf die unteren Bruttolohngruppen. Von den etwa 170 000 nicht ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmern verdienten 1977 144 000 (85%) weniger als 20 000 DM im Jahr. Ein Einkommen zwischen 20 000 DM und 50 000 DM hatten immerhin noch 14,4% der nicht ganzjährig Beschäftigten.

Von den ganzjährig Beschäftigten verdienten noch 1971 nur 32,4% zwischen 20 000 DM und 50 000 DM; 1974 waren es schon 54,6%, und 1977 entfielen auf diese Gruppe 59,6% der Lohnsteuerpflichtigen. Die Steuerpflichtigen in diesen Bruttolohngruppen hatten 1977 einen Anteil von 66,3% am gesamten Bruttolohn.

Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngruppen 1971 und 1977

Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen



Sie waren damit überdurchschnittlich am Lohneinkommen beteiligt.

Die Bedeutung der unteren Lohngruppen verringerte sich seit 1971 ständig. Von den ganzjährig beschäftigten hatten 1977 30,2% weniger als 20 000 DM Lohneinkommen gegenüber 41,4% (66,8%) im Jahre 1974 (1971). Mit 10,6% des Bruttolohnes waren sie 1977 nur unterdurchschnittlich am gesamten Lohneinkommen beteiligt. Das trotz ganzjähriger Beschäftigung geringe Einkommen der Steuerpflichtigen in den unteren Bruttolohngruppen ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß es sich hier um Auszubildende und Teilzeitbeschäftigte handelt.

Ein Einkommen über 50 000 DM erzielte 1977 schon jeder zehnte ganzjährig Beschäftigte gegenüber 4% (0,8%) im Jahre 1974 (1971). Die wachsende Bedeutung der oberen Bruttolohngruppen zeigte sich auch an dem sehr stark gestiegenen Anteil am Bruttolohn. Er betrug 1977 schon 23,1% gegenüber 10,7% (3,3%) im Jahre 1974 (1971). Die Steuerpflichtigen der oberen Lohngruppen waren vorwiegend die gut bis sehr gut verdienenden Angestellten und Beamten sowie die sogenannten Doppelverdiener.

Fast jeder Fünfte ohne Steuerbelastung

Von den insgesamt 1,2 Mill. Lohnsteuerpflichtigen waren 83% (1974: 87%) steuerbelastet. Als Steuerbelastete gelten alle Steuerpflichtigen, für die sich eine Jahreslohnsteuer von 1 DM oder mehr ergibt. Der Anteil der Nichtsteuerbelasteten war damit zum ersten Mal seit 1968 (25% Nichtsteuerbelastete) gestiegen und erreichte im Jahre 1977 das Niveau des

Jahres 1971. Ursache für den Anstieg des Anteils derjenigen, die aufgrund geringerer Einkommen ganz steuerfrei blieben, war die Steuerreform 1975. Es wurden Freibeträge eingeführt bzw. erhöht (z. B. Grund-, Arbeitnehmer-, Sparerfreibetrag), die dazu führten, daß bei mehr Steuerpflichtigen das Einkommen unterhalb der Besteuerungsgrenze blieb. Die Gruppe der Nichtsteuerbelasteten konzentriert sich deshalb auch auf die unteren Lohngruppen. Aus sozialpolitischen Gründen wird hier weitgehend von einer Steuerbelastung abgesehen, so daß fast jeder fünfte Steuerpflichtige ohne Steuerbelastung blieb. Von den etwa 207 000 Nichtsteuerbelasteten verdienten 1977 nicht einmal 2 400 über 16 000 DM im Jahr.

Die Gesamtsteuerbelastung, sie ist der Anteil der gesamten Lohnsteuer am Bruttolohn, gibt Auskunft über die durchschnittliche steuerliche Belastung der Lohnsteuerpflichtigen. Durchschnittssteuersätze sind aussagekräftige Indikatoren der Steuerlastverteilung. Nach dem sprunghaften Anstieg von 1971 (11,1%) bis 1974 (14%) erhöhte sich die Lohnsteuerbelastung im Jahre 1977 auf 14,6%. Die Verringerung dieses Anstiegs ist auf die Steuerreform 1975 zurückzuführen. Der Anstieg der Gesamtsteuerbelastung ist noch geringer, wenn man bedenkt, daß seit 1975 keine Kinderfreibeträge mehr von der Bemessungsgrundlage abzuziehen sind. Die Steuerreform konnte zwar das Ansteigen der Gesamtbelastung nicht verhindern, führte aber trotzdem zu einer Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. In den Einkommensgruppen bis 50 000 DM sank die Steuerbelastung im Vergleich zu

1974 zum Teil recht deutlich. Erst bei einem Brutto-lohn von 50 000 DM und mehr erhöhte sich die durch-schnittliche Steuerbelastung gegenüber 1974 und er-reichte bei einem Einkommen über 100 000 DM 33,4%.

Die relative Steuerentlastung betrug z. B. in der Einkommensgruppe von 16 000 DM bis 20 000 DM 2,2%, was einem absoluten Betrag von etwa 33 DM je Monat bei einem Monatslohn von 1 500 DM entspricht. Die reale Steuerentlastung der Arbeitnehmer dürfte jedoch erheblich geringer gewesen sein, da bei stei-genden Löhnen und Gehältern immer mehr Steuer-

pflichtige in die höheren Progressionszonen des Steuertarifs hineinwachsen. Lohnsteigerungen, die nur der allgemeinen Inflationsrate entsprechen, ha-ben daher zwangsläufig eine höhere steuerliche Be-lastung zur Folge, wenn nicht durch zielgerichtete steuerpolitische Maßnahmen entgegengesteuert wird.

Fast 70% der Arbeitnehmer fielen in die Steuerklassen I, II und III

Für die Durchführung des Lohnsteuerabzugs wurden unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Arbeitneh-mer in Steuerklassen eingeordnet. In den Steuerklas-

Lohnsteuerpflichtige¹⁾ und deren Brutto-lohn nach der Beschäftigungsdauer und Brutto-lohngruppen 1971, 1974 und 1977

Ganzjährig beschäftigte Lohnsteuerpflichtige

Bruttolohngruppe	1971	1974	1977	1971	1974	1977
	Anzahl/1 000 DM			%		
Lohnsteuerpflichtige						
unter 2 400 DM	61 108	47 510	53 018	6,0	4,6	5,1
2 400 - 4 800 "	46 088	43 739	33 905	4,5	4,2	3,3
4 800 - 7 200 "	49 451	32 350	32 066	4,9	3,1	3,1
7 200 - 9 600 "	61 034	39 665	25 929	6,0	3,8	2,5
9 600 - 12 000 "	77 783	42 144	32 672	7,6	4,1	3,2
12 000 - 16 000 "	191 588	87 870	56 254	18,8	8,5	5,4
16 000 - 20 000 "	193 096	136 384	78 300	19,0	13,1	7,6
20 000 - 25 000 "	158 903	184 657	147 593	15,6	17,8	14,3
25 000 - 36 000 "	141 929	260 650	286 427	13,9	25,1	27,7
36 000 - 50 000 "	29 941	121 497	181 752	2,9	11,7	17,6
50 000 - 75 000 "	7 379	35 472	86 632	0,7	3,4	8,4
75 000 - 100 000 "	900	4 505	13 476	0,1	0,4	1,3
100 000 und mehr "	452	1 459	4 747	0,0	0,2	0,5
I n s g e s a m t	1 019 652	1 037 902	1 032 771	100,0	100,0	100,0
Bruttolohn						
unter 2 400 DM	76 519	53 716	58 573	0,4	0,2	0,2
2 400 - 4 800 "	156 169	159 746	126 146	0,9	0,7	0,4
4 800 - 7 200 "	299 520	190 699	189 934	1,7	0,8	0,6
7 200 - 9 600 "	516 242	334 461	219 532	3,0	1,4	0,7
9 600 - 12 000 "	845 583	455 513	351 662	4,8	1,9	1,2
12 000 - 16 000 "	2 697 688	1 242 447	787 339	15,4	5,1	2,7
16 000 - 20 000 "	3 460 374	2 468 548	1 420 369	19,7	10,1	4,8
20 000 - 25 000 "	3 535 893	4 147 111	3 337 043	20,2	16,9	11,3
25 000 - 36 000 "	4 142 717	7 738 860	8 608 229	23,6	31,6	29,1
36 000 - 50 000 "	1 221 423	5 035 491	7 662 833	7,0	20,6	25,9
50 000 - 75 000 "	428 649	2 060 951	5 057 830	2,5	8,4	17,1
75 000 - 100 000 "	75 614	377 591	1 136 041	0,4	1,5	3,8
100 000 und mehr "	66 380	200 470	643 860	0,4	0,8	2,2
I n s g e s a m t	17 522 771	24 465 605	29 599 391	100,0	100,0	100,0

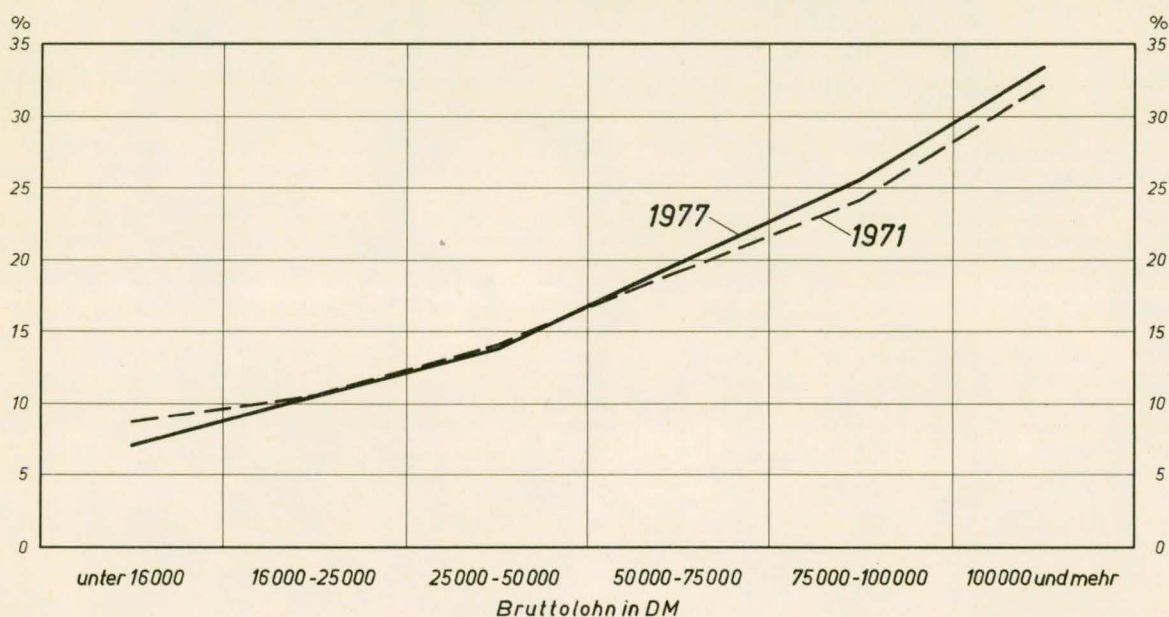
Nicht ganzjährig beschäftigte Lohnsteuerpflichtige

Bruttolohngruppe	1971	1974	1977	1971	1974	1977
	Anzahl			% der Lohnsteuerpflichtigen insgesamt		
unter 2 400 DM	57 302	45 872	41 289	48,4	49,1	43,8
2 400 - 4 800 "	27 674	28 333	26 500	37,5	39,3	43,9
4 800 - 7 200 "	18 259	20 001	17 984	27,0	38,2	35,9
7 200 - 9 600 "	15 212	15 949	14 249	20,0	28,7	35,5
9 600 - 12 000 "	13 130	14 404	12 543	14,4	25,5	27,7
12 000 - 16 000 "	14 523	21 282	18 093	7,0	19,5	24,3
16 000 - 20 000 "	6 667	14 124	13 774	3,3	9,4	15,0
20 000 - 25 000 "	4 042	9 798	10 150	2,5	5,0	6,4
25 000 - 36 000 "	2 292	9 176	10 364	1,6	3,4	3,5
36 000 - 50 000 "	302	2 260	3 890	1,0	1,8	2,1
50 000 - 75 000 "	50	415	845	0,7	1,2	1,0
75 000 - 100 000 "	7	46	75	0,8	1,0	0,6
100 000 und mehr "	13	7	37	2,8	0,5	0,8
I n s g e s a m t	159 473	181 667	169 793	13,5	14,9	14,1

1) Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

Steuerbelastung der Lohnsteuerpflichtigen 1971 und 1977

Lohnsteuer in % des Bruttolohnes der Lohnsteuerbelasteten



sen I bis VI wurden Arbeitnehmer mit jeweils gleichen Besteuerungsmerkmalen zu Gruppen zusammengefaßt mit dem Ziel, das Lohnsteuerverfahren zu vereinfachen. In der statistischen Aufbereitung wurden die Steuerfälle, die nach den Steuerklassen I, II und III besteuert wurden, zusammengefaßt dargestellt. Durch diese Zusammenstellung gingen allerdings zum Teil wertvolle Informationen unter, da hier doch sehr unterschiedliche, steuerlich relevante Tatbestände aggregiert wurden.

Von den insgesamt 1,43 Mill. Steuerfällen entfielen 67,3% auf die Steuerklassen I, II und III. Die Steuerpflichtigen in diesen drei Steuerklassen hatten einen Anteil von zwei Drittel am gesamten Bruttolohn. Zwei von fünf Arbeitnehmern verfügten über ein Einkommen zwischen 20 000 DM und 36 000 DM. Nur jeder Zehnte verdiente zwischen 36 000 DM und 50 000 DM. Fast jeder Zweite (46%) hatte jedoch ein Einkommen von weniger als 20 000 DM. Der relativ hohe Anteil von einkommensschwächeren Arbeitnehmern ist einerseits darauf zurückzuführen, daß es sich hierbei um einen Individualnachweis handelt, andererseits darauf, daß sich insbesondere in Steuerklasse I sehr viele Arbeitnehmer befinden, die nur ein geringes Einkommen haben, zum Beispiel Auszubildende.

In den Steuerklassen III/V verdienten mit 54% deutlich mehr Steuerpflichtige weniger als 20 000 DM im Jahr als in den Steuerklassen I, II und III. Dies dürfte auf die Besonderheit der Steuerklassen III/V zurückzuführen sein, denn in ihr wurden Ehepaare mit beiderseitigen, aber unterschiedlich hohen Lohneinkünften erfaßt. Der Anteil derjenigen, die zwischen 20 000 DM und 40 000 DM verdienten ist in diesen Steuerklassen mit 40% geringer als in der Steuerklasse IV mit 57%. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß in Steuerklasse IV Ehepaare mit beider-

seitigen, etwa gleich hohen Einkünften erfaßt wurden. Der Anteil derjenigen, die weniger als 20 000 DM verdienten, war hier deshalb mit etwa einem Drittel am geringsten.

Zwei Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen wurden in Steuerklasse III erfaßt

Als Familieneinkommen, jedoch ohne das Einkommen der Kinder, läßt sich der Bruttolohn der Steuerpflichtigen in den Steuerklassen II bis V interpretieren. In der Steuerklasse I wurden Alleinstehende eingereiht. In dieser Steuerklasse wurden 1977 rund 340 000 (28,2%) Steuerpflichtige erfaßt, die 5,2 Mrd. DM (16,8%) Bruttolohn verdienten. Die 144 000 (12%) Steuerpflichtigen in Steuerklasse II hatten insgesamt einen Anteil am Bruttolohn von 7,4% (2,3 Mrd. DM). Diese beiden Steuerklassen waren also unterdurchschnittlich am Lohnaufkommen beteiligt. Der Anteil der Steuerpflichtigen mit niedrigem Bruttolohn war in diesen Steuerklassen besonders hoch, während der Anteil der Steuerpflichtigen mit höherem Einkommen deutlich geringer war. Diese Tatsache läßt sich für die Steuerklasse I dadurch erklären, daß es sich hierbei zum Teil um Auszubildende und Berufsanfänger handelt, deren Einkommen naturgemäß unterdurchschnittlich sind.

In die Steuerklasse II wurden Ledige eingereiht, die das 49. Lebensjahr vollendet hatten oder die mindestens ein Kind hatten. Die Steuerpflichtigen in Steuerklasse II hätten sich normalerweise in den mittleren Lohngruppen konzentrieren müssen, da in der Regel ältere Arbeitnehmer ein höheres Einkommen haben. Dies ist jedoch nicht der Fall, so daß andere Momente hier ein wesentlich stärkeres Gewicht haben dürften.

Die Steuerklasse III - in ihr wurden die Familien mit einem Ehepartner als Einkommensbezieher erfaßt - war mit 482 000 (40,1%) Steuerpflichtigen am stärk-

Lohnsteuerpflichtige¹⁾ nach Bruttolohngruppen und Steuerklassen 1977

Bruttolohngruppe	Lohnsteuer- pflichtige insgesamt	Steuer- klasse I	Steuer- klasse II	Steuer- klasse III	Steuer- klasse III/V	Steuer- klasse IV	Steuer- klassen IV - V
					zusammen erfaßte Ehegatten mit lohnsteuerpflichtigem Einkommen		(nicht zusammen- geführte Einzelfälle)
Anzahl							
unter 4 800 DM	154 712	69 124	35 144	46 254	337	519	3 334
4 800 - 9 600 "	90 228	52 374	13 355	21 975	667	1 260	597
9 600 - 16 000 "	119 562	59 862	28 144	27 291	1 710	1 975	580
16 000 - 20 000 "	92 074	42 687	15 953	29 125	2 038	1 876	395
20 000 - 25 000 "	157 743	55 725	19 226	72 647	5 632	3 881	632
25 000 - 30 000 "	153 274	30 211	12 999	90 434	11 824	7 347	459
30 000 - 36 000 "	143 517	16 470	9 510	82 388	20 194	14 702	253
36 000 - 40 000 "	67 103	5 196	3 077	31 012	14 247	13 476	95
40 000 - 45 000 "	67 544	3 651	2 776	26 732	14 419	19 906	60
45 000 - 50 000 "	50 995	1 795	1 456	18 110	9 767	19 836	31
50 000 - 60 000 "	56 791	1 478	1 245	18 305	9 037	26 712	14
60 000 - 75 000 "	30 686	599	560	9 995	} 5 289	15 679	} 11
75 000 - 100 000 "	13 551	249	194	4 880		7 074	
100 000 - 150 000 "	3 901	73	85	2 109		1 382	
150 000 und mehr "	883	16	20	608		198	
I n s g e s a m t	1 202 564	339 510	143 744	481 865	95 161	135 823	6 461
Anteil der Lohnsteuerpflichtigen in %							
unter 4 800 DM	100,0	44,7	22,7	29,9	0,2	0,3	2,2
4 800 - 9 600 "	100,0	58,0	14,8	24,4	0,7	1,4	0,7
9 600 - 16 000 "	100,0	50,1	23,5	22,8	1,4	1,7	0,5
16 000 - 20 000 "	100,0	46,4	17,3	31,6	2,2	2,1	0,4
20 000 - 25 000 "	100,0	35,3	12,2	46,0	3,6	2,5	0,4
25 000 - 30 000 "	100,0	19,7	8,5	59,0	7,7	4,8	0,3
30 000 - 36 000 "	100,0	11,5	6,6	57,4	14,1	10,2	0,2
36 000 - 40 000 "	100,0	7,8	4,6	46,2	21,2	20,1	0,1
40 000 - 45 000 "	100,0	5,4	4,1	39,6	21,3	29,5	0,1
45 000 - 50 000 "	100,0	3,5	2,9	35,5	19,1	38,9	0,1
50 000 - 60 000 "	100,0	2,6	2,2	32,2	15,9	47,1	0,0
60 000 - 75 000 "	100,0	2,0	1,8	32,6	} 10,8	51,1	} 0,0
75 000 - 100 000 "	100,0	1,9	1,4	36,0		52,2	
100 000 - 150 000 "	100,0	1,9	2,2	54,1		35,4	
150 000 und mehr "	100,0	1,8	2,3	68,9		22,4	
I n s g e s a m t	100,0	28,2	12,0	40,1	7,9	11,3	0,5

1) Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

sten besetzt. Nach dieser Steuerklasse wurden 13,6 Mrd. DM (43,3%) Bruttolohn besteuert. Etwa jeder Zweite, der zwischen 20 000 DM und 40 000 DM verdiente, wurde in die Steuerklasse III eingeordnet. Jeder Dritte, der zwischen 40 000 DM und 100 000 DM verdiente, wurde ebenfalls gemäß der Steuerklasse III besteuert.

Die Steuerklassen III/V und IV sind Familien vorbehalten, in denen beide Ehepartner Einkommen beziehen. Deshalb sind diese Steuerklassen mit Steuerpflichtigen, die ein Einkommen unter 30 000 DM beziehen, relativ schwach besetzt. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der über 100 000 DM Verdienenden in der Steuerklasse III wesentlich größer ist, als in den Steuerklassen III/V und IV. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Notwendigkeit zur Berufstätigkeit beider Ehepartner bei einem so hohen Einkommen nicht mehr gegeben ist.

83% der ganzjährig beschäftigten weiblichen Steuerpflichtigen verdienten weniger als 25 000 DM im Jahr

In der statistischen Aufbereitung der Daten der Lohnsteuerstatistik erfolgte eine getrennte Nachwei-

sung der männlichen und weiblichen Steuerpflichtigen in den zusammengefaßten Steuerklassen I, II und III. Dadurch wurde es ermöglicht, Unterschiede in der Einkommensstruktur zu analysieren. Man muß hierbei aber beachten, daß in Steuerklasse III alleinverdienende Ehepartner erfaßt wurden. Da aber noch immer mehr Männer als Frauen die Familie als Alleinverdiener unterhalten, ergibt sich schon aus dieser Tatsache, daß Frauen in den mittleren und oberen Einkommensgruppen unterrepräsentiert sind.

Es werden im folgenden nur die Daten der ganzjährig Beschäftigten verglichen, weil hierdurch bessere Aussagen erzielt werden können. Von den insgesamt 689 000 männlichen (276 000 weiblichen) Steuerpflichtigen waren 1977 15% (16,4%) nicht ganzjährig beschäftigt. Ein Einkommen von weniger als 25 000 DM im Jahr hatten 83,1% (43,1%) der Frauen (Männer). Die geringeren Einkommen der Frauen waren sowohl auf die weniger gut entlohten Tätigkeiten der Frauen als auch auf den höheren Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen zurückzuführen. Während die meisten Frauen (24,1%) ein Einkommen zwischen 9 600 DM und 16 000 DM zur Verfügung hatten, verdienten die meisten Männer (19,5%) zwischen 25 000 DM und

30 000 DM. Mehr als 36 000 DM Einkommen im Jahr hatten 21,1% der Männer gegenüber 4,5% der Frauen. Diese Zahlen belegen deutlich, daß es nur sehr wenigen Frauen gelang, höher bezahlte Tätigkeiten auszuüben.

Fast 60% der Lohnsteuerpflichtigen hatten keine berücksichtigungsfähigen Kinder

Mit der Einkommensteuerreform 1975 hat die steuerliche Bedeutung der Kinder wegen der Ersetzung der Kinderfreibeträge durch das Kindergeld abgenommen. Aber auch nach diesem Zeitpunkt wurden Kinder, die nach § 32 Abs. 5 bis 7 EStG berücksichtigungsfähig waren, für die Festlegung der Steuerklassen und zur Erlangung sonstiger steuerlicher Vergünstigungen berücksichtigt. Aus diesen Gründen ließen sich von den Lohnsteuerpflichtigen 17,9% ein Kind, 14,6% zwei Kinder und 8,3% drei und mehr Kinder auf der Lohnsteuerkarte eintragen. 59,2% der Lohnsteuerpflichtigen hatten keine berücksichtigungsfähigen Kinder.

In den unteren Lohngruppen, bis zu einem Einkommen von 25 000 DM, war der Anteil der Steuerpflich-

tigen ohne Kind überproportional hoch. Bei einem Einkommen von z. B. weniger als 4 800 DM hatten 90,5% der Steuerpflichtigen keine Kinder. Dieser hohe Anteil ist darauf zurückzuführen, daß es sich hier in der Mehrzahl um Auszubildende und Berufsanfänger handeln dürfte. Tendenziell sank der Anteil der Steuerpflichtigen, die kein Kind hatten, mit steigendem Einkommen. In den Einkommensgruppen oberhalb 25 000 DM hatte im Durchschnitt jeder vierte Steuerpflichtige ein Kind. Etwa gleich hoch war in diesen Bruttolohngruppen der Anteil der Steuerpflichtigen mit zwei Kindern.

Unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bruttolohngruppe lagen die Anteilswerte für Steuerpflichtige mit drei und mehr Kindern unter den jeweiligen Anteilswerten für Steuerpflichtige mit einem Kind oder zwei Kindern. In den Bruttolohngruppen zwischen 25 000 DM und 75 000 DM hatten im Durchschnitt 10% der Lohnsteuerpflichtigen drei und mehr Kinder. In den darüberliegenden Bruttolohngruppen erhöhte sich der Anteil auf durchschnittlich 17%.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Der Umsatz und seine Besteuerung 1978

Auf Grund des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) werden Umsatzsteuerstatistiken in zweijährigem Abstand durchgeführt. Die jetzt vorliegende Statistik gibt Auskunft über die Umsatzstruktur im Jahre 1978. Als Erhebungsunterlagen dienen die auf Magnetbändern gespeicherten Angaben aus den Umsatzsteuer-Überwachungsbogen der Finanzämter. In die statistische Aufbereitung wurden alle Unternehmen einbezogen, die für das Jahr 1978 Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben und deren steuerbarer Jahresumsatz 1978 mindestens 12 000 DM betragen hat. Unberücksichtigt blieben die sogenannten Jahreszahler. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, bei denen die Umsatzsteuer-Zahllast 600 DM im Kalenderjahr nicht überstieg. Nicht erfaßt wurden weiterhin Unternehmen, die nur steuerfreie Umsätze tätigten. Es handelt sich hierbei insbesondere um Unternehmen aus dem Bereich des Versicherungs-, des Kredit- und des freiberuflichen Gesundheitswesens. Da die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nicht umsatzsteuerpflichtig ist bzw. sich keine Umsatzsteuer-Zahllast ergibt, führt dies zu einer Untererfassung in der Umsatzsteuerstatistik.

Erhebungseinheit der Statistik ist der Umsatzsteuerpflichtige, das heißt der Unternehmer (§ 2 UStG). Die Zuordnung der Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen erfolgt nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt. Dies bedeutet, daß zum Beispiel ein Unternehmen mit 60% Schlachtereis- und 40% Gaststättenumsatz mit seinem gesamten Umsatz bei der Schlachtereis nachgewiesen wird.

Erfaßt werden die Umsätze nach dem Unternehmenssitz-Prinzip. Die Umsätze von Unternehmen mit

mehreren Betriebsstätten bzw. Filialen werden daher am Ort der Geschäftsleitung des Unternehmens ausgewiesen. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß nicht alle Umsätze dem Verwaltungsbezirk (Land, Kreis, Gemeinde) zugeordnet werden, in dem sie entstanden sind. Dies führt in Rheinland-Pfalz zu einer Untererfassung der hier getätigten Umsätze, da sehr viele Unternehmen, die hier Filialen unterhalten, ihren Sitz außerhalb von Rheinland-Pfalz haben.

Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen um 5,4% gestiegen

Im Jahre 1978 wurden in Rheinland-Pfalz 113 514 Umsatzsteuerpflichtige erfaßt, die insgesamt einen Umsatz von 111,6 Mrd. DM erzielten. Die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen erhöhte sich gegenüber 1976 um 5,4%. Der Anstieg der Anzahl der Umsatzsteuerpflichtigen lag damit über dem Bundesdurchschnitt (+ 4,1%). Der Trend einer wachsenden Umsatzsteuerpflichtigenzahl war in Rheinland-Pfalz besonders ausgeprägt. Zwischen 1970 und 1974 hatte sich die Unternehmenszahl in Rheinland-Pfalz ebenso wie im gesamten Bundesgebiet verringert. Ursachen für den Anstieg der Umsatzsteuerpflichtigenzahl sind neben dem Nachlassen der Konzentrationstendenzen auch die wachsende Zahl von Unternehmensneugründungen. Als weiterer Grund kann angesehen werden, daß bereits bestehende Unternehmen infolge von Erweiterungen umsatzsteuerpflichtig geworden sind.

Der steuerbare Umsatz - es handelt sich bei Regelbesteuerten um den Nettoumsatz, bei nach § 19 UStG Besteuerten um den Bruttoumsatz - erhöhte sich von 1976 auf 1978 in Rheinland-Pfalz um 12,6% gegenüber 11% im Bundesdurchschnitt. Die Steigerungsrate war aber deutlich geringer als in den Jahren 1970 bis 1976, als sie jeweils um die 20% ausmachte. Ursache

Umsatzsteuerpflichtige, deren steuerbarer Umsatz und Umsatzsteuervorauszahlung
nach Wirtschaftsabteilungen 1972 – 1978

Wirtschaftsabteilung	1972	1974	1976	1978	1974	1976	1978
	Anzahl bzw. DM				1972 = 100		
Umsatzsteuerpflichtige							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	11 241	9 467	10 152	11 066	84	90	98
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	634	576	337	322	91	53	51
Verarbeitendes Gewerbe	21 238	20 442	20 040	20 289	96	94	96
Baugewerbe	9 775	9 621	9 549	9 921	98	98	101
Handel	35 368	33 802	33 648	34 422	96	95	97
Großhandel und Handelsvermittlung	11 749	11 741	12 041	12 555	100	102	107
Einzelhandel	23 619	22 061	21 607	21 867	93	91	93
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 600	4 553	4 620	4 866	99	100	106
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	482	451	436	468	94	90	97
Dienstleistungen	26 183	26 885	28 663	31 880	103	109	122
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	335	307	294	280	92	88	84
Insgesamt	109 856	106 104	107 739	113 514	97	98	103
Steuerbarer Umsatz ¹⁾ (Mill. DM)							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	696	722	1 003	1 165	104	144	167
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	1 435	1 881	2 566	2 994	131	179	209
Verarbeitendes Gewerbe	31 719	40 677	48 856	53 092	128	154	167
Baugewerbe	4 758	5 343	5 337	5 985	112	112	126
Handel	23 846	27 480	32 088	36 699	115	135	154
Großhandel und Handelsvermittlung	14 265	16 609	18 946	21 703	116	133	152
Einzelhandel	9 581	10 871	13 142	14 996	113	137	157
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 465	1 832	2 140	2 510	125	146	171
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	265	346	468	516	131	177	195
Dienstleistungen	4 057	4 826	5 875	7 784	119	145	192
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	441	582	798	870	132	181	197
Insgesamt	68 683	83 689	99 132	111 615	122	144	163
Umsatzsteuervorauszahlung (1 000 DM)							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	19 134	20 084	24 213	39 867	105	127	208
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	16 332	23 184	41 607	54 541	142	255	334
Verarbeitendes Gewerbe	744 069	711 732	856 293	1 080 074	96	115	145
Baugewerbe	227 580	260 029	238 059	258 211	114	105	113
Handel	317 933	385 478	368 132	492 532	121	116	155
Großhandel und Handelsvermittlung	146 867	179 056	141 600	195 839	122	96	133
Einzelhandel	171 066	206 422	226 532	296 693	121	132	173
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	54 367	60 919	62 874	74 246	112	116	137
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3 791	5 817	10 064	1 273	153	265	34
Dienstleistungen	168 494	171 664	254 154	395 595	102	151	235
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	900	- 1 614	- 111	268	.	.	.
Insgesamt	1 552 600	1 637 293	1 855 285	2 396 607	105	119	154

1) Regelbesteuerter: Nettoumsatz (ohne Umsatzsteuer); nach § 19 UStG Besteuerter: Bruttoumsatz (einschl. Umsatzsteuer).

für den geringeren Anstieg des Umsatzes im Jahre 1978 dürfte unter anderem die Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. Januar 1978 gewesen sein, die zu einem zeitlichen Vorziehen ohnehin geplanter Käufe geführt hat.

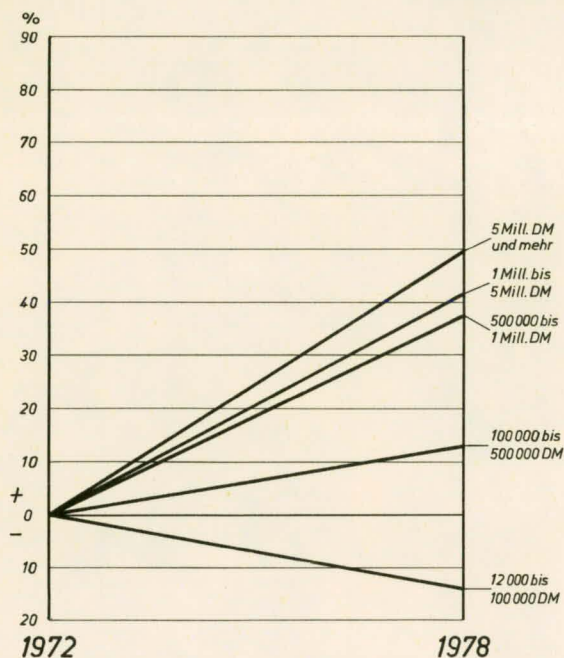
Bei den Umsatzsteigerungen handelt es sich allerdings zum Teil nur um eine nominelle Erhöhung. Die nominellen Umsatzsteigerungen müßten deflationiert werden, da reale Umsatzerhöhungen eine bessere Aussagekraft haben. Die Inflationsbereinigung müßte für die einzelnen Branchen getrennt erfolgen. Da dies nicht möglich ist, weil nicht für alle Wirtschaftsbereiche Preisindizes vorliegen (zum Beispiel für den Dienstleistungssektor), kann nur eine globale Preisbereinigung über den Lebenshaltungsindex erfolgen. Der steuerbare Umsatz erhöhte sich seit 1970 um 93,3%,

bei einem Anstieg des Preisniveaus für alle privaten Haushalte um 49,5%. Damit ist fast die Hälfte der Umsatzerhöhung auf Preissteigerungen zurückzuführen und nicht auf eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistung.

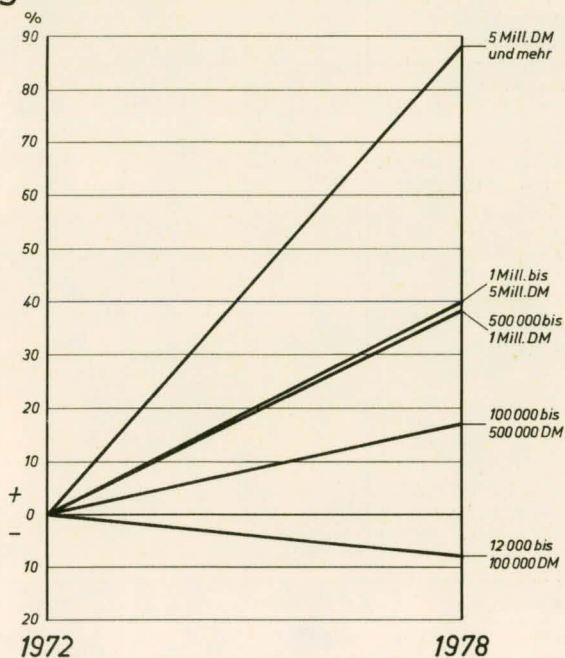
Gemäß § 18 Abs. 2 UStG haben die Unternehmen in jedem Kalendermonat eine Umsatzsteuervorauszahlung zu leisten. Seit der Neuregelung der Umsatzbesteuerung 1968 erhöhten sich die Umsatzsteuervorauszahlungen um 165%. Die Umsatzsteuerpflichtigen haben für 1978 2,4 Mrd. DM Umsatzsteuer gezahlt, was einer Steigerung gegenüber 1976 von 29,2% entspricht. Die Umsatzsteuervorauszahlungen sind stärker als die Umsätze gestiegen. Das ist zum Teil auf die Heraufsetzung des Steuertarifs zurückzuführen. Aber auch Veränderungen des Ausfuhr- und Einfuhr-

Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz nach Umsatzgrößenklassen

Veränderung 1972-1978

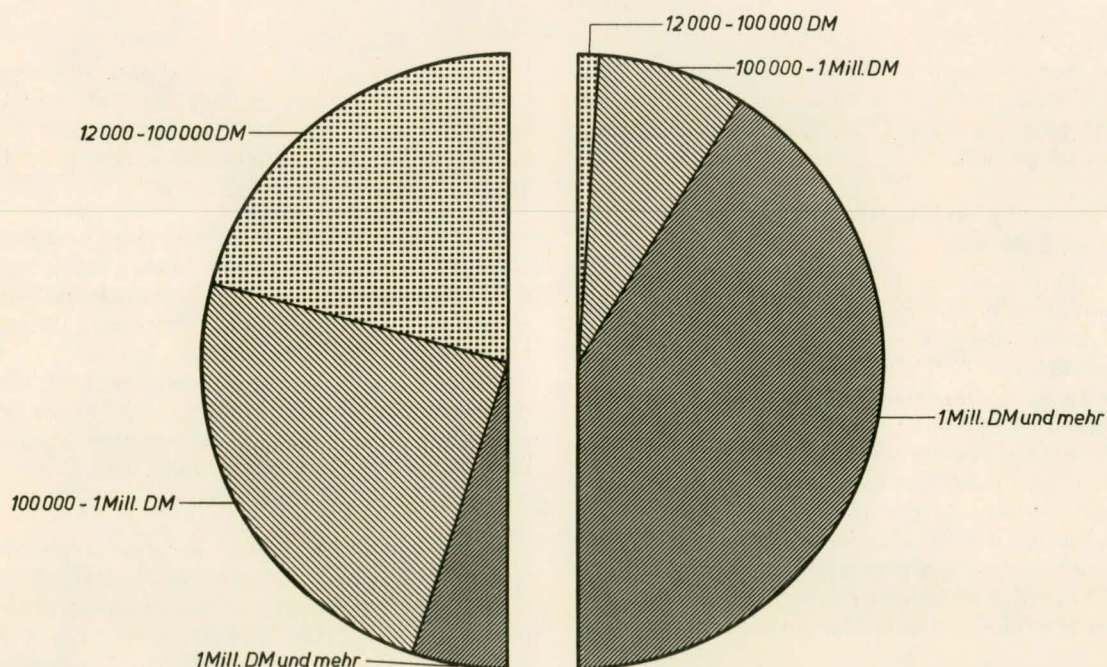


Steuerpflichtige



Steuerbarer Umsatz

Verteilung 1978



Umsatzsteuerpflichtige nach Wirtschaftsbereichen und Umsatzgrößenklassen 1972 - 1978

Umsatzgrößenklasse	1972	1974	1976	1978	1972	1974	1976	1978
	Anzahl				Anteil der Umsatzgrößenklassen in %			
Insgesamt								
12 000 - 50 000 DM	32 548	28 133	25 250	25 294	29,6	26,5	23,4	22,3
50 000 - 100 000 "	22 528	21 164	21 412	22 136	20,5	20,0	19,9	19,5
100 000 - 250 000 "	26 267	25 930	26 921	28 176	23,9	24,4	25,0	24,8
250 000 - 500 000 "	13 150	13 996	14 942	16 314	12,0	13,2	13,9	14,3
500 000 - 1 000 000 "	7 397	7 996	9 062	10 180	6,7	7,5	8,4	9,0
1 000 000 - 5 000 000 "	6 310	7 019	7 988	8 933	5,8	6,6	7,4	7,9
5 000 000 und mehr "	1 656	1 866	2 164	2 481	1,5	1,8	2,0	2,2
I n s g e s a m t	109 856	106 104	107 739	113 514	100,0	100,0	100,0	100,0
Produzierendes Gewerbe								
12 000 - 50 000 DM	5 431	4 568	3 871	3 650	17,2	14,9	12,9	11,9
50 000 - 100 000 "	5 027	4 497	3 891	3 725	15,9	14,7	13,0	12,2
100 000 - 250 000 "	9 289	8 785	8 289	7 743	29,3	28,7	27,7	25,4
250 000 - 500 000 "	5 402	5 776	6 034	6 543	17,1	18,8	20,2	21,4
500 000 - 1 000 000 "	2 939	3 185	3 660	4 214	9,3	10,4	12,2	13,8
1 000 000 - 5 000 000 "	2 696	2 876	3 152	3 501	8,5	9,4	10,5	11,5
5 000 000 und mehr "	863	952	1 029	1 156	2,7	3,1	3,5	3,8
I n s g e s a m t	31 647	30 639	29 926	30 532	100,0	100,0	100,0	100,0
Handel								
12 000 - 50 000 DM	6 856	5 968	5 666	5 621	19,4	17,7	16,9	16,3
50 000 - 100 000 "	6 413	5 753	5 222	5 171	18,1	17,0	15,5	15,0
100 000 - 250 000 "	9 506	8 839	8 455	8 412	26,9	26,1	25,1	24,5
250 000 - 500 000 "	5 420	5 460	5 551	5 679	15,3	16,1	16,5	16,5
500 000 - 1 000 000 "	3 475	3 609	3 861	4 131	9,8	10,7	11,5	12,0
1 000 000 - 5 000 000 "	2 999	3 375	3 911	4 265	8,5	10,0	11,6	12,4
5 000 000 und mehr "	699	798	982	1 143	2,0	2,4	2,9	3,3
I n s g e s a m t	35 368	33 802	33 648	34 422	100,0	100,0	100,0	100,0
Dienstleistungsbereich								
12 000 - 50 000 DM	12 003	11 145	10 542	11 073	38,0	34,6	31,0	29,5
50 000 - 100 000 "	9 202	9 176	9 412	9 847	29,1	28,5	27,7	26,3
100 000 - 250 000 "	6 690	7 415	8 632	9 978	21,2	23,0	25,4	26,6
250 000 - 500 000 "	2 131	2 521	3 004	3 624	6,7	7,8	8,8	9,7
500 000 - 1 000 000 "	910	1 103	1 412	1 698	2,9	3,4	4,2	4,5
1 000 000 - 5 000 000 "	574	725	867	1 099	1,8	2,3	2,5	2,9
5 000 000 und mehr "	90	111	144	175	0,3	0,4	0,4	0,5
I n s g e s a m t	31 600	32 196	34 013	37 494	100,0	100,0	100,0	100,0

volumens beeinflussen den steuerbaren Umsatz und die Umsatzsteuervorauszahlungen, so daß sich nicht unbedingt eine parallele Entwicklung dieser beiden Größen ergeben muß.

Überdurchschnittlicher Umsatzzanstieg im Dienstleistungsbereich

Eine Differenzierung der Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen ergibt, daß sich seit 1976 der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Umsatz um 1,7 Prozentpunkte auf 47,5% verringerte, der Anteil der Dienstleistungsunternehmen dagegen um einen Prozentpunkt auf 6,9% stieg. Die Umsatzsteigerung im verarbeitenden Gewerbe war von 1976 bis 1978 mit 8,7% nur unterdurchschnittlich. Besonders gering war der Umsatzzuwachs in der chemischen Industrie mit 5,9%, während der Straßenfahrzeugbau mit 27,1% eine wesentlich größere Umsatzsteigerung verbuchen konnte. Diese Zahlen zeigen deutlich die unterschiedlich konjunkturelle Situation im verarbeitenden Gewerbe.

Einen überdurchschnittlichen Umsatzzanstieg von 32,5% konnten die Unternehmen der Wirtschaftsab-

teilung Dienstleistungen verzeichnen. Allerdings muß hierbei beachtet werden, daß die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen mit 11,2% besonders stark gestiegen ist, so daß sich eine Umsatzsteigerung je Umsatzsteuerpflichtigen von 19,1% ergibt.

Die Unternehmen im Bauhauptgewerbe konnten ihre Umsätze um 11,2% steigern und entsprachen damit der durchschnittlichen Gesamtentwicklung der Wirtschaft. Während jedoch der Hoch- und Tiefbau seine Umsätze nur um 9,7% erhöhen konnte, verzeichnete das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe mit 15% eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung. Hierdurch wird deutlich das gestiegene Bedürfnis nach Verbesserung des Wohnstandards, nicht zuletzt unter Energiespargesichtspunkten, sichtbar.

Eine wesentliche Stütze der konjunkturellen Entwicklung im Jahre 1978 war der Handel, der mit 36,7 Mrd. DM seinen Anteil am Gesamtumsatz (32,9%) stabilisieren konnte. Die Umsatzsteigerung war im Handel mit 14,4% überdurchschnittlich. Auf Bundesebene stieg der Handelsumsatz lediglich um 11,9%. Die Umsatzentwicklung verlief im Großhandel und bei der

Umsatzgrößenklasse	1972	1974	1976	1978	1972	1974	1976	1978
	Mill. DM				Anteil der Umsatzgrößenklassen in %			
Insgesamt								
12 000 - 50 000 DM	951	833	771	770	1,4	1,0	0,8	0,7
50 000 - 100 000 "	1 623	1 534	1 551	1 603	2,4	1,8	1,5	1,4
100 000 - 250 000 "	4 209	4 172	4 335	4 558	6,1	5,0	4,4	4,1
250 000 - 500 000 "	4 614	4 929	5 261	5 766	6,7	5,9	5,3	5,2
500 000 - 1 000 000 "	5 133	5 581	6 326	7 105	7,5	6,7	6,4	6,4
1 000 000 - 5 000 000 "	12 988	14 327	16 369	18 179	18,9	17,1	16,5	16,3
5 000 000 und mehr "	39 166	52 312	64 520	73 634	57,0	62,5	65,1	65,9
Insgesamt	68 683	83 688	99 132	111 615	100,0	100,0	100,0	100,0
Produzierendes Gewerbe								
12 000 - 50 000 DM	161	137	118	110	0,4	0,3	0,2	0,2
50 000 - 100 000 "	371	333	289	276	1,0	0,7	0,5	0,5
100 000 - 250 000 "	1 528	1 454	1 389	1 315	4,0	3,0	2,4	2,1
250 000 - 500 000 "	1 898	2 037	2 135	2 325	5,0	4,3	3,8	3,7
500 000 - 1 000 000 "	2 031	2 204	2 546	2 930	5,4	4,6	4,5	4,7
1 000 000 - 5 000 000 "	5 691	6 035	6 657	7 332	15,0	12,6	11,7	11,8
5 000 000 und mehr "	26 233	35 702	43 625	47 781	69,2	74,5	76,9	77,0
Insgesamt	37 913	47 901	56 759	62 071	100,0	100,0	100,0	100,0
Handel								
12 000 - 50 000 DM	207	181	170	169	0,9	0,7	0,5	0,5
50 000 - 100 000 "	470	424	385	379	2,0	1,5	1,2	1,0
100 000 - 250 000 "	1 541	1 445	1 387	1 385	6,4	5,3	4,3	3,8
250 000 - 500 000 "	1 905	1 938	1 968	2 021	8,0	7,0	6,1	5,5
500 000 - 1 000 000 "	2 435	2 548	2 727	2 921	10,2	9,3	8,5	7,9
1 000 000 - 5 000 000 "	6 098	6 786	7 918	8 624	25,6	24,7	24,7	23,5
5 000 000 und mehr "	11 190	14 157	17 534	21 201	46,9	51,5	54,7	57,8
Insgesamt	23 846	27 480	32 088	36 699	100,0	100,0	100,0	100,0
Dienstleistungsbereich								
12 000 - 50 000 DM	368	345	329	339	5,9	4,5	3,5	2,9
50 000 - 100 000 "	653	657	676	708	10,5	8,7	7,3	6,1
100 000 - 250 000 "	1 022	1 138	1 328	1 553	16,4	15,0	14,3	13,3
250 000 - 500 000 "	742	873	1 041	1 262	11,9	11,5	11,2	10,8
500 000 - 1 000 000 "	618	758	963	1 160	9,9	10,0	10,4	9,9
1 000 000 - 5 000 000 "	1 131	1 427	1 685	2 110	18,2	18,8	18,2	18,1
5 000 000 und mehr "	1 693	2 387	3 262	4 549	27,2	31,5	35,1	38,9
Insgesamt	6 228	7 586	9 282	11 680	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Regelbesteuerte: Nettoumsatz (ohne Umsatzsteuer); nach § 19 UStG Besteuerte: Bruttoumsatz (einschl. Umsatzsteuer).

Handelsvermittlung zusammen mit 14,6% etwas besser als im Einzelhandel mit 14,1%. Der Durchschnittsumsatz je Steuerpflichtigen war im Großhandel einschließlich Handelsvermittlung mit 1,7 Mill. DM erwartungsgemäß erheblich höher als im Einzelhandel mit nicht ganz 686 000 DM.

Verarbeitendes Gewerbe mit 45% am Umsatzsteueraufkommen beteiligt

Den größten Anteil am Umsatzsteueraufkommen hatte wie schon 1976 auch 1978 das verarbeitende Gewerbe mit 45,1%. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes waren die chemische Industrie, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sowie der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau die Branchen mit den höchsten Umsatzsteuervorauszahlungen. Etwa jede fünfte Mark Umsatzsteuer wurde wie schon 1976 vom Handel zu dem gesamten Umsatzsteueraufkommen beigetragen. Die Dienstleistungsunternehmen konnten ihren Anteil am Umsatzsteueraufkommen von 13,7% im Jahre 1976 auf 16,5% im Jahre 1978 steigern. Dies ist eine Folge des überdurchschnittlichen Anwachsens der

Umsatzsteuerpflichtigenzahl wie der überdurchschnittlichen Umsatzsteigerung im Dienstleistungssektor.

60% des steuerbaren Umsatzes im produzierenden Gewerbe wurden von Umsatzmillionären getätigt

Die Veränderungen in der Größenstruktur werden durch eine Gliederung der Steuerpflichtigen nach der Höhe ihres Umsatzes sichtbar gemacht. Die Aussagekraft des Umsatzes als Größenkriterium ist jedoch eingeschränkt, da sich durch Preisschwankungen die Preisrelationen zwischen den einzelnen Branchennmärkten verschieben können. Weiterhin wird die Umsatzhöhe vom Ausmaß der Vorleistungen und der indirekten Steuern beeinflusst.

In die Umsatzgrößenklassen bis 100 000 DM fielen 1978 41,8% der Steuerpflichtigen, die jedoch nur einen Anteil am Umsatz von 2,1% hatten. Sowohl der Anteil der Umsatzsteuerpflichtigen als auch der Anteil am Umsatz gingen in diesen Klassen seit 1972 zurück. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich in den Klassen bis 100 000 DM um Unternehmen des Dienstleistungsbereiches (44,1%). Mit nahezu einem Viertel

Art der Besteuerung	1972	1974	1976	1978	1974	1976	1978
	Anzahl bzw. Mill. DM				1972 = 100		
Umsatzsteuerpflichtige (Anzahl)							
Umsatzsteuerpflichtige mit steuerpflichtigen Umsätzen							
zu 12 % (11 %, 10 %)	79 751	80 542	83 905	89 720	101	105	113
zu 6 % (5,5 %, 5 %)	34 521	33 546	33 545	34 972	97	97	101
zu 4 %	14 335	11 447	9 636	8 710	80	67	61
nach § 24 UStG	11 354	9 499	9 972	10 696	84	88	94
in die DDR	393	112	147	91	28	37	23
Umsatzsteuerpflichtig mit steuerfreien Umsätzen							
mit Vorsteuerabzug	5 676	6 098	6 847	7 617	107	121	134
ohne Vorsteuerabzug	4 222	4 284	4 083	3 931	101	97	93
Insgesamt ¹⁾	109 856	106 104	107 739	113 514	97	98	103
Steuerbarer Umsatz ²⁾							
Steuerpflichtige Umsätze	61 486	72 595	86 667	97 650	118	141	159
zu 12 % (11 %, 10 %)	50 488	60 221	72 590	82 283	119	144	163
zu 6 % (5,5 %, 5 %)	10 014	11 440	12 951	14 174	114	129	142
zu 4 %	350	291	254	243	83	73	69
nach § 24 UStG	592	509	738	860	86	125	145
in die DDR	42	135	132	90	321	314	214
Steuerfreie Umsätze	7 064	10 991	12 381	13 895	156	175	197
mit Vorsteuerabzug	5 907	9 439	10 699	12 023	160	181	204
ohne Vorsteuerabzug	1 157	1 552	1 682	1 873	134	145	162
Freibetrag nach § 19 Abs.2 UStG	137	104	86	72	76	63	53
Insgesamt	68 683	83 689	99 132	111 615	122	144	163

1) Da ein Steuerpflichtiger sowohl steuerpflichtige als auch steuerfreie Umsätze haben kann, sind die Angaben nicht addierbar. -
2) Regelbesteuerter: Nettoumsatz (ohne Umsatzsteuer); nach § 19 UStG Besteuerter: Bruttoumsatz (einschl. Umsatzsteuer).

der Steuerpflichtigen war wie in den vorangegangenen Erhebungen die Umsatzgrößenklasse zwischen 100 000 DM und 250 000 DM am stärksten besetzt, die jedoch nur einen Anteil von 4,1% am steuerbaren Umsatz hatten.

Weniger als 250 000 DM setzten 1978 nur noch 49,5% der Unternehmen im produzierenden Gewerbe um, während 1972 noch 62,4% diese Umsatzgrenze nicht hatten überschreiten können. Im Handel verlief diese Entwicklung nicht so ausgeprägt. Hier verringerte sich der Anteil seit 1972 um 8,6 Prozentpunkte auf 55,8% im Jahre 1978. Auch in der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen verringerte sich der Anteilswert der unter 250 000 DM umsetzenden Unternehmen. In diese Klasse fielen 1978 aber immer noch 82,4% der Unternehmen mit 22,3% Umsatzanteil.

Mehr als 1 Mill. DM Umsatz hatten 1978 insgesamt 10,1% der Steuerpflichtigen, die 82,2% des steuerbaren Umsatzes auf sich vereinigten. Fast jeder zweite Umsatzmillionär war ein Handelsunternehmen. Mit 32,5% Anteil am Umsatz waren sie aber unterdurchschnittlich am gesamten steuerbaren Umsatz beteiligt. Dagegen hatten die Umsatzmillionäre aus dem produzierenden Gewerbe mit 60% einen überdurchschnittlichen Anteil am Umsatz, bei einem zahlenmäßigen Anteil von nur 41% der Umsatzmillionäre.

Fast 60% des Umsatzes in Rheinhessen-Pfalz

Da die Besteuerungseinheit das Unternehmen ist, werden diese in ihrer Gesamtheit, also einschließlich

Zweigniederlassungen und Filialen, dem Verwaltungsbezirk zugeordnet, in dem sie ihren Sitz haben. Dies beeinträchtigt den Aussagewert der Ergebnisse, da nicht der Umsatz, der von den in dem Verwaltungsbezirk liegenden Betrieben erzielt wurde, nachgewiesen wird. Um Betriebsergebnisse zu erhalten, die für einen regionalen Vergleich erheblich aussagekräftiger sind, werden im Bereich des Einzelhandels die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik mit den Ergebnissen der repräsentativen Erhebung der Einzelhandelsstatistik zusammengeführt¹⁾. Für den Bereich des produzierenden Gewerbes stehen außerdem aus den laufenden Betriebserhebungen Umsatzangaben über die örtlichen Betriebseinheiten in Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Der umsatzstärkste Regierungsbezirk war wie in den vorangegangenen Erhebungen Rheinhessen-Pfalz. Die 53 875 (47,5%) Umsatzsteuerpflichtigen waren mit 64,4 Mrd. DM (57,7%) Umsatz überdurchschnittlich am Umsatzvolumen beteiligt. Eine überragende Stellung hatte hier das verarbeitende Gewerbe (einschließlich Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau), dessen 9 025 (16,8%) Unternehmen 35,6 Mrd. DM (55,4%) Umsatz erbrachten. Auch im Regierungsbezirk Koblenz war das verarbeitende Gewerbe mit 45,2% die umsatzstärkste Branche. Lediglich im Regierungsbezirk Trier war der Handel mit 43% umsatzstärker als das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 37% am gesamten Umsatz. Die Umsatzanteile der einzelnen Sektoren in den Regierungsbezirken haben sich seit 1976 nur unwesentlich verändert. Die Abweichung lag durchweg unter einem Prozentpunkt, so daß man sagen kann, daß ein entscheidender Struk-

¹⁾ Vgl. K.-H. Speth: Absatzintensität und Unternehmensverflechtung des Einzelhandels 1970 bis 1978. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3, März 1980.

Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz nach Verwaltungsbezirken 1974 - 1978

Verwaltungsbezirk	Umsatzsteuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz ¹⁾		
	1974	1976	1978	1974	1976	1978
	Anzahl			Mill.DM		
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 240	3 438	3 498	4 314	4 751	4 944
Landkreise						
Ahrweiler	3 389	3 458	3 543	1 598	1 820	2 044
Altenkirchen (Ww.)	3 173	3 213	3 307	2 288	2 586	2 908
Bad Kreuznach	4 497	4 228	4 400	3 196	3 646	4 086
Bad Kreuznach, St	1 368	1 350	1 368	1 331	1 510	1 665
Birkenfeld	3 546	3 495	3 589	1 750	2 024	2 314
Idar-Oberstein, St	1 729	1 704	1 766	1 200	1 407	1 592
Cochem-Zell	2 552	2 501	2 711	1 051	1 142	1 330
Mayen-Koblenz	5 115	5 360	5 684	3 114	3 850	4 522
Andernach, St	847	831	919	895	1 050	1 180
Mayen, St	604	620	679	353	592	719
Neuwied	4 658	4 667	5 109	4 396	5 361	5 804
Neuwied, St	1 917	1 951	2 074	2 556	2 999	3 328
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 586	2 554	2 659	1 249	1 590	1 844
Rhein-Lahn-Kreis	3 221	3 308	3 367	1 738	2 055	2 245
Lahnstein, St	522	556	540	397	495	514
Westerwaldkreis	4 872	4 861	5 159	3 115	3 620	4 273
RB Koblenz	40 849	41 083	43 026	27 808	32 445	36 313
Kreisfreie Stadt Trier	2 781	2 886	2 964	2 684	3 018	3 447
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	4 741	5 212	5 284	2 079	2 563	2 844
Bitburg-Prüm	2 507	2 578	2 665	1 277	1 562	1 894
Daun	1 630	1 543	1 694	787	969	1 160
Trier-Saarburg	3 560	3 833	4 006	1 010	1 401	1 578
RB Trier	15 219	16 052	16 613	7 838	9 513	10 923
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	874	897	969	1 910	2 213	2 406
Kaiserslautern	2 832	2 813	2 970	2 744	3 094	3 261
Landau i.d.Pfalz	1 413	1 430	1 480	1 306	1 508	1 617
Ludwigshafen a.Rhein	3 444	3 511	3 664	14 228	17 796	18 862
Mainz	4 198	4 179	4 511	5 507	6 492	8 239
Neustadt a.d.Weinstr.	1 711	1 696	1 778	1 076	1 261	1 488
Pirmasens	2 031	2 006	2 086	1 830	2 186	2 549
Speyer	1 096	1 146	1 267	807	885	1 138
Worms	2 144	2 175	2 282	1 805	2 009	2 305
Zweibrücken	912	898	930	515	590	699
Landkreise						
Alzey-Worms	3 575	3 689	3 886	2 064	2 831	3 452
Bad Dürkheim	3 612	3 747	3 930	1 824	2 044	2 328
Donnersbergkreis	1 641	1 607	1 726	766	909	1 060
Germersheim	2 189	2 278	2 491	862	968	1 104
Kaiserslautern	2 286	2 333	2 510	811	952	1 119
Kusel	1 730	1 703	1 752	734	809	855
Südliche Weinstraße	3 776	3 794	4 278	1 526	1 809	2 102
Ludwigshafen	2 499	2 614	2 857	1 457	1 599	1 942
Mainz-Bingen	5 162	5 215	5 511	4 798	5 494	5 868
Bingen, St	849	862	884	1 235	1 412	1 408
Ingelheim am Rhein, St	555	574	581	1 310	1 460	1 569
Pirmasens	2 911	2 873	2 997	1 474	1 724	1 986
RB Rheinhessen-Pfalz	50 036	50 604	53 875	48 043	57 174	64 379
Rheinland-Pfalz	106 104	107 739	113 514	83 689	99 132	111 615
Kreisfreie Städte	26 676	27 075	28 399	38 726	45 803	50 954
Landkreise	79 428	80 664	85 115	44 963	53 329	60 660

1) Regelbesteuerter: Nettoumsatz (ohne Umsatzsteuer); nach § 19 UStG Besteuerter: Bruttoumsatz (einschl. Umsatzsteuer).

turwandel in einer bestimmten Region zum Vorteil oder Nachteil einer Wirtschaftsabteilung nicht stattgefunden hat.

Fast drei Viertel des steuerpflichtigen Umsatzes zu 12% versteuert

Etwa 80% der Umsatzsteuerpflichtigen versteuerten Umsätze zu 12% und etwa 30% zum ermäßigten Steuersatz von 6%. Die Anzahl der Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz, die ihre Umsätze zu 4% versteuern (§ 19 UStG), ist seit 1972 um fast 40% zurückgegangen und betrug 1978 nur noch 8 710. Im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung konnten immer weniger Unternehmen die Möglichkeiten, die § 19 UStG Kleinunternehmern gewährt, in Anspruch nehmen. Deshalb hat der Gesetzgeber die Besteuerung der Kleinunternehmen durch eine Neufassung des Umsatzsteuergesetzes ab dem Veranlagungszeitraum 1980 dahingehend neu geregelt, daß die für Umsätze geschuldete Umsatzsteuer nicht erhoben wird, wenn der Umsatz zuzüglich der darauf entfallenden Steuer im vorangegangenen Kalenderjahr 20 000 DM nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr 100 000 DM voraussichtlich nicht überstei-

gen wird. Der Unternehmer hat das Wahlrecht, ob er nach § 19 Abs. 1 UStG besteuert werden will oder nicht. Eine entsprechende Erklärung bindet ihn für fünf Jahre.

Von dem gesamten steuerbaren Umsatz des Jahres 1978 in Höhe von 112 Mrd. DM waren 98 Mrd. DM (87,5%) steuerpflichtige Umsätze und 13,9 Mrd. DM (12,4%) steuerfreie Umsätze sowie 71,7 Mill. DM (0,1%) Freibeträge gemäß § 19 Abs. 2 UStG. Bei 86,5% (12 Mill. DM) der getätigten steuerfreien Umsätze war ein Vorsteuerabzug möglich. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Ausfuhrlieferungen.

Zum Regelsteuersatz von 12% wurden 1978 insgesamt 82,3 Mrd. DM (84,3%) steuerpflichtige Umsätze erfaßt. Zum ermäßigten Steuersatz von 6% waren es 14,2 Mrd. DM oder 14,5%. Für die gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 3 UStG im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausgeführten Umsätze war Umsatzsteuer von 5,5% bzw. 4% lediglich für Umsätze bei Sägewerkerzeugnissen und Getränken zu entrichten. Umsätze in diesem Sinne wurden in Höhe von 860 Mill. DM getätigt.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Gebäude, Wohnungen und Mieten 1978

Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe 1978

Im Frühjahr 1978 fand in der Bundesrepublik Deutschland eine statistische Erhebung über die Wohnverhältnisse nach dem Stand vom April 1978 statt. Sie erfolgte aufgrund des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiet des Wohnungswesens (Wohnungsstichprobengesetz 1978) vom 14. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2562). Gemeinsam mit dem Mikrozensus, einer regelmäßigen Repräsentativerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens, wurde die Untersuchung als 1%ige Stichprobenerhebung vorgenommen. Ziel dieser Kopplung war eine kombinierte Auswertung von wohnungs- und bevölkerungsstatistischen Merkmalen, um eine tiefgehende Analyse zu ermöglichen.

Die seit 1950 in unterschiedlichem Abstand von mehreren Jahren durchgeführten vier Großzählungen der Gebäude bzw. Wohnungen lieferten jeweils Basismaterial über Angebot und Bedarf auf dem Wohnungsmarkt; sie brachten Hinweise auf sich anbahnende Entwicklungsrichtungen und bildeten die Grundlage notwendiger Entscheidungen. Jedoch änderten sich die Verhältnisse auf dem Wohnungssektor in einem Umfang, daß diese zeit- und kostenaufwendigen Totalzählungen nicht mehr ausreichten, um den aktuellen Informationsbedarf zu decken. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, zwischenzeitlich durch Stichprobenerhebungen neuere und - unter Verzicht auf tiefgegliederte Regionalergebnisse - wesentlich differenziertere Daten zu gewinnen.

Da die letzte allgemeine Gebäude- und Wohnungszählung im Jahre 1968 stattfand - für die für 1975 sowie für 1981 im Rahmen der geplanten Volkszählung

vorgesehenen Totalerhebungen kam eine Rechtsgrundlage nicht zustande - sind in der zunehmend schwieriger werdenden Situation des Wohnungsbaus und der Wohnungspolitik neue Entscheidungshilfen aus der amtlichen Statistik dringend erforderlich. Somit kommt der im Frühjahr 1978 durchgeführten 1%-Wohnungsstichprobe, der nach 1957, 1960, 1965 und 1972 fünften repräsentativen Untersuchung dieser Art auf dem Wohnungssektor, eine erhöhte Bedeutung zu.

Der folgende Beitrag enthält hochgerechnete Landesergebnisse. Bezüglich der Aussagekraft und Verwendbarkeit von Stichprobenergebnissen gilt, daß Auszählungen von weniger als 50 Fällen (hochgerechnet 5 000) nicht und solche von 50 bis unter 100 (hochgerechnet 5 000 bis 10 000) nur unter Vorbehalt zu Aussagen herangezogen werden sollten. Im ersten Fall werden daher die Ergebnisse ausgepunktet, im zweiten Fall in Klammern gesetzt. Für einen uneingeschränkten Nachweis ist stets eine Feldbesetzung von mindestens 100 (hochgerechnet 10 000) Voraussetzung.

Ausführliche Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe 1978 bringen die Statistischen Berichte „Gebäude, Wohnungen und Mieten“ (FO-1), „Haushalte und Familien“ (FO-2) sowie „Daten über das Wohnumfeld“ (FO-3).

785 000 Wohngebäude im Land

Für die Beurteilung der Wohnverhältnisse und des Wohnstandards eines Landes kann neben der Baualtersstruktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes auch die Aufgliederung nach Gebäudearten erste An-

Gebäude und Wohnungen nach Gebäudeart, Zahl der Wohnungen, Baualtersgruppen, Geschößzahl, Haupt- und Zweitwohnungen, Belegung mit Haushalten und Personen und öffentlicher Förderung 1978

Gebäudeart Zahl der Wohnungen Baualtersgruppe	Gebäude oder bewohnte Unterkünfte			Wohnungen				
	ins- gesamt	mit ... Vollgeschossen		ins- gesamt	bewohnte Haupt- und Zweit- wohnungen	belegt mit		öffentl lich ge- fördert
		1 oder 2	3 und mehr			Haus- halten	Per- sonen	
	1 000							
Nichtlandwirtschaftliche Wohn- gebäude	755,0	660,0	95,0	1 287,5	1 237,0	1 252,7	3 353,3	140,7
mit 1 Wohnung	485,1	468,3	16,8	485,1	472,5	479,0	1 515,4	33,0
mit 2 Wohnungen	186,8	168,9	17,9	373,6	357,7	361,1	889,8	20,4
mit 3 und mehr Wohnungen	83,1	22,8	60,3	428,8	406,8	412,6	948,1	87,3
Baujahr des Gebäudes								
bis 1918	256,1	226,4	29,7	387,4	366,2	372,8	957,4	.
1919 - 1948	125,8	107,3	18,5	211,5	203,1	205,2	522,7	.
1949 - 1964	193,0	164,3	28,7	361,8	350,4	355,3	939,0	79,0
1965 - 1971	89,8	80,8	(9,0)	159,1	155,2	156,4	459,8	20,6
1972 und später	90,3	81,2	(9,1)	167,7	162,1	163,0	474,4	40,0
Landwirtschaftliche Wohngebäude	29,4	27,5	.	39,3	38,5	38,7	132,0	.
Sonstige Gebäude mit Wohnraum	17,4	10,8	(6,6)	28,2	26,5	27,3	72,5	.
I n s g e s a m t	802,3	698,5	103,8	1 360,2	1 302,3	1 319,0	3 558,6	143,2
darunter:								
Nach 1948 errichtete Gebäude mit öffentlich geförderten Wohnungen 1)								
Nichtlandwirtschaftliche Wohn- gebäude	57,2	44,7	12,5	153,7	151,0	152,2	428,4	139,6
Gebäude zusammen	58,6	45,6	13,0	157,0	154,1	155,4	438,4	142,1

1) Bei Gebäuden mit teilweiser öffentlicher Förderung werden auch die nicht oder nicht mehr öffentlich geförderten Wohnungen nachgewiesen.

haltungspunkte liefern. Die bei der Stichprobe im Frühjahr 1978 ermittelten 802 000 Gebäude mit Wohnraum können in drei Gruppen untergliedert werden. Den höchsten Anteil erreichen die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit 755 000 oder 94% des Gesamtbestandes; bei der letzten Stichprobe im Jahre 1972 waren es 90% und bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 erst 83% gewesen. In etwa gleichem Maße verringerte sich die Quote der landwirtschaftlichen Wohngebäude. Hatte diese Gruppe vor zehn Jahren noch einen Anteil von 14% erreicht, so waren es vier Jahre später nur noch gut 6% und im April 1978 knapp 4% (29 000). Hierbei spielt auch, ohne dies quantifizieren zu können, die Tatsache eine Rolle, daß damals wie diesmal erfaßte Gebäude seinerzeit noch als landwirtschaftliche, nunmehr aber wegen zwischenzeitlicher Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebs als nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude zu klassifizieren waren. Der Rest entfiel auf sonstige Gebäude mit Wohnraum, das sind Nichtwohngebäude mit mindestens einer Wohnung.

Diese Verschiebung innerhalb der Gebäudestruktur ist auch in der Altersgruppengliederung zu beobachten. Nicht zuletzt durch die Neubautätigkeit der letzten Jahre und Abrisse älterer Gebäude ist eine Verjüngung des Gebäudebestandes eingetreten. So lag der Anteil der bis 1918 errichteten Wohngebäude mit 34% um 7 Prozentpunkte niedriger als im Jahre 1972; umgekehrt ist eine Steigerung der Neubauquote (Baujahr 1965 und später) von 12 auf 24% festzustellen.

Zwei von drei Gebäuden sind Einfamilienhäuser

Die noch weithin ländliche Struktur in Rheinland-Pfalz mit einer Vielzahl von kleineren Gemeinden und

entsprechend wenigen Ballungsräumen schlägt sich erwartungsgemäß in der Struktur des Gebäudebestandes nieder. Von den nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden rechnen 64% zu den Ein- und 25% zu den Zweifamilienhäusern, in denen sich 36 bzw. 28% aller Wohnungen befinden. Die restlichen 11% der Gebäude entfallen auf Mehrfamilienhäuser, die jedoch knapp ein Drittel des Gesamtwohnungsbestandes aufweisen. Im Vergleich zu 1972 hat sich das Verhältnis geringfügig weiter zu Gunsten der Einfamilienhäuser verschoben. Diese Entwicklung konnte auf Grund der Ergebnisse der Baufertigstellungsstatistik der letzten Jahre erwartet werden, da in den Jahren 1972 bis 1977 von den 86 300 neuerstellten Wohngebäuden immerhin 61 900 oder 72% auf Einfamilienhäuser entfielen. Für Zwei- und Mehrfamilienhäuser errechnen sich Quoten von 20 bzw. 8%.

Analog der Gebäudestruktur überwiegen Häuser mit ein oder zwei Vollgeschossen (87%); innerhalb der Altersklassen gibt es bei den Wohngebäuden mit drei und mehr Geschossen etwas über dem Durchschnitt (13%) liegende Werte für die Baualtersgruppen 1919 bis 1948 und 1949 bis 1964 mit jeweils 15%.

Wohnungsbestand erhöhte sich auf 1,36 Millionen

In den 802 000 Gebäuden befinden sich 1,36 Mill. Wohnungen, das sind 153 000 mehr als 1972. Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude vereinigten 95% aller Wohnungen auf sich, wobei mit 38% der höchste Anteil auf Einfamilienhäuser entfällt. Für Zwei- und Mehrfamilienhäuser ergeben sich Werte von 29 bzw. 33%.

Etwa jede zweite Wohnung in nichtlandwirtschaftlichen Gebäuden (54%) ist nach der Währungsreform

fertiggestellt worden; auf den Zeitraum 1965 und später bezogen ist es jede vierte. Durch die rege Neubautätigkeit hat sich die Altersstruktur des Wohnungsbestandes verschoben. 1968 stammten noch 37% der Wohnungen aus der Zeit vor 1919, zehn Jahre später waren es 30%.

Vom Gesamtwohnungsbestand erfüllt jede zehnte Wohnung noch die Voraussetzung, als öffentlich gefördert zu gelten; 1972 hatte dieser Wert bei 14% und 1968 bei 15% gelegen. Etwas mehr als drei Fünftel von ihnen befanden sich in Mehrfamilienhäusern, knapp ein Viertel in Ein- und der Rest (15%) in Zweifamilienhäusern. Im sozialen Wohnungsbau hat sich in den letzten Jahren eine deutliche Schwerpunktverschiebung durchgesetzt, da aus dem allgemeinen sozialen Wohnungsbau für breite Schichten der Bevölkerung heute praktisch immer mehr eine gezielte Bautätigkeit für bestimmte Gruppen geworden ist. Zu diesen Gruppen zählen kinderreiche und bedürftige Familien, ältere Menschen, Behinderte, Ausländer sowie neuerdings die Spätaussiedler. Diese Konzentration hat es mit sich gebracht, daß die Intensität der Förderung im Einzelfall verbessert wurde, aber auch mit der Auswirkung, daß weniger Sozialwohnungen gebaut wurden.

Eigentümerwohnungen überwiegen

In Rheinland-Pfalz liegt der Anteil der Eigentümerwohnungen seit jeher sehr hoch. Wurden 1972 insgesamt 49% ermittelt, so waren es 1978 sogar 51%. Damit überschritt die Zahl der Eigentümerwohnungen diejenige der Mietwohnungen. Inwieweit diese Entwicklung weiter anhält, dürfte in nicht unerheblichem Maße von der weiteren Entwicklung der Bau- und Baulandpreise, von den Finanzierungskosten und auch von der Entwicklung der Mietgesetzgebung abhängen.

Das Ausstattungsniveau der Wohnungen hat sich in der Vergangenheit ständig verbessert. In gut jeder zweiten Wohnung sind Sammelheizung und Bad installiert; ohne eine solche Heizung, aber mit Bad sind knapp 40% der Wohnungen ausgestattet. In etwas

mehr als jeder fünften Wohnung befindet sich bereits mehr als ein WC; in der Baualtersklasse 1972 und später ist es schon jede zweite Wohnung. Allgemein ist festzustellen, daß die qualitative Versorgung der Eigentümerwohnungen besser ist als die der Mietwohnungen. Hinsichtlich der Altersstruktur werden in den älteren Wohnungen vermutlich in den nächsten Jahren im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen weitere Verbesserungen vorgenommen werden, so daß der derzeit noch bestehende Ausstattungsunterschied zwischen Alt- und Neubauten sich vermindern wird.

Im Rahmen der Energiesparmaßnahmen dürfte der Anteil der Wohnungen mit Doppelfenstern - zum Zählungszeitpunkt waren es 25% - weiter zunehmen. Insbesondere in Altbauten sind diese Fenster vielfach noch nicht vorhanden. In den Wohnungen neuesten Baualters (1972 und später) liegen die Quoten bereits bei knapp 70%.

Durchschnittliche Wohnfläche 88 m²

Die Wohnungsversorgung der Bevölkerung hat sich nicht nur im Hinblick darauf verbessert, daß im Laufe der Zeit ein zahlenmäßiger Ausgleich von Haushalten und Wohnungen erreicht wurde. Gleichzeitig nahm auch die Zahl der Personen, die durchschnittlich zusammen in einer Wohnung leben, weiter ab. Für 1968 errechnete sich ein Quotient von 3,2 Personen je Wohnung, der im Jahre 1972 auf 3 sank und 1978 nochmals auf 2,7.

In den letzten zehn Jahren sind die Haushalte im Durchschnitt kleiner geworden, da die Zahl der Mehr-Generationen-Haushalte abnahm und der Geburtenrückgang zu einer Reduzierung der Familien mit Kindern geführt hat. Dieser Entwicklung steht jedoch - bedingt durch gestiegene Ansprüche - eine Erhöhung der Wohnflächen gegenüber. Standen 1972 jedem Rheinland-Pfälzer im Mittel 26,8 m² zur Verfügung, so sind es jetzt 32,6 m².

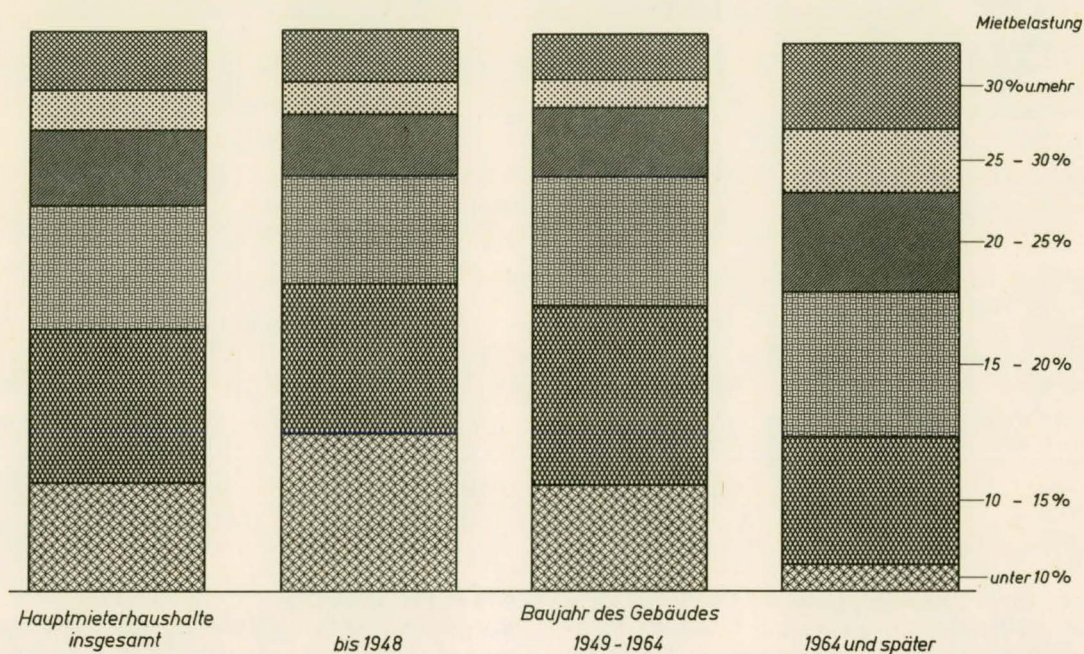
Der zunehmende Wohnstandard spiegelt sich auch in der Raumzahl der Wohnungen wieder. Schwer-

Wohnungen nach Gebäudeart, Wohnungsart, Baualtersgruppen und Ausstattung 1978

Gebäudeart Wohnungsart Baualtersgruppe	Wohnungen insgesamt	Mit Sammel- heizung und Bad	Ohne Sammelheizung		Mit mehr als 1 WC in der Wohnung	Mit Doppel-, Verbund- oder isolier- ver- glasten Fenstern	Mit Warmwasserversorgung				Mit Balkon, Loggia
			mit Bad	ohne Bad			zu- sammen	zentral für das Ge- bäude	zentral für die Woh- nung	Einzel- geräte	
	1 000					%					
Bewohnte Wohnungen in nichtlandwirtschaft- lichen Wohngebäuden	1 237,0	54,3	37,8	6,0	22,7	24,6	94,6	35,8	8,4	55,8	42,5
Mietwohnungen	607,9	50,1	40,0	7,6	8,4	21,2	92,9	28,9	11,7	59,4	40,1
Eigentümerwohnungen	629,1	58,3	35,8	4,5	36,5	27,9	96,2	42,2	5,3	52,5	44,9
Baujahr des Gebäudes											
bis 1918	366,2	32,5	52,8	12,4	10,5	12,8	88,9	17,3	6,4	76,3	19,4
1919 - 1948	203,1	41,9	48,5	7,4	14,1	18,8	93,2	25,0	7,2	67,8	31,5
1949 - 1964	350,4	52,9	41,9	3,7	22,0	14,3	97,0	29,1	11,1	59,8	49,5
1965 - 1971	155,2	84,4	13,5	.	36,5	37,4	99,0	59,6	8,3	32,1	68,9
1972 und später	162,1	93,0	(5,2)	.	49,2	68,9	99,5	77,1	8,3	14,6	68,4
Insgesamt ¹⁾	1 360,2	54,1	37,7	6,3	21,9	24,5	94,4	35,6	8,2	56,2	41,4

1) Einschließlich der Wohnungen in Wohnheimen, landwirtschaftlichen Wohngebäuden, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum, Freizeitwohnungen und leerstehender Wohnungen, jedoch ohne Wohnungen in Unterkünften.

Monatliche Mietbelastung im Verhältnis zum Nettoeinkommen



punktmäßig setzt sich der Wohnungsbestand aus Vier- und Fünfraumwohnungen zusammen, auf die knapp die Hälfte aller Wohnungen entfallen (47%). Sehr stark vertreten sind auch die großen Wohnungen mit sechs bzw. sieben und mehr Räumen (17 bzw. 16%). Der hohe Anteil an Großwohnungen führt zu einem Mittelwert von 4,9 Räumen je Wohnung. In der Unterscheidung nach Miet- und Eigentümerwohnungen ergibt sich ein Verhältnis von 4,1 zu 5,6.

Aufgrund der hohen Raumzahl erreichen die Wohnungsgrößen in zwei von zehn Fällen mehr als 120 m². Nahezu jede vierte Wohnung hat zwischen 60 und 80 m² und jede fünfte 80 bis 100 m². Nur jede sechzehnte Wohnung hat weniger als 40 m² Wohnfläche. Der Durchschnitt beträgt 88 m² (1968: 74 m², 1972: 79 m²); für Mietwohnungen liegt der Schnitt bei 71 m², während es Eigentümerwohnungen auf 105 m² bringen.

275 DM Miete

Im Landesdurchschnitt hatten die Mieterhaushalte im Frühjahr 1978 monatlich 275 DM Miete zu zahlen. Enthalten sind in diesem Mietpreis die Kosten für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinfeger, nicht jedoch Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenkosten sowie Zuschläge für Möblierung. Dieser Durchschnittsbetrag von 275 DM wurde unterschritten in den Baualtersgruppen bis 1948 und 1949 bis 1964 mit 228 bzw. 259 DM. Er lag höher in den Neubauten der Jahre 1965 bis 1971 (341 DM) sowie 1972 und später (393 DM).

Die Differenzierung ist auf den unterschiedlichen Zustand der Wohnungen und deren Größe zurückzuführen. Der für Vergleichszwecke heranzuziehende

Quadratmeterpreis zeigt, daß mit verbesserter Ausstattung der Wohnungen auch höhere Mieten verlangt werden. So lag für nicht öffentlich geförderte Wohnungen der besten Ausstattungskategorie, das heißt mit Bad, WC und Sammelheizung und Bezugsjahr ab 1972, der Quadratmeterpreis bei 5,05 DM, für Altbauten bei 3,84 DM. Bei fehlender Sammelheizung reduzieren sich diese Preise auf 4,39 bzw. 3,22 DM.

Die relativ meisten Mieterhaushalte (26%) hatten eine monatliche Quadratmetermiete von 3 bis 4 DM zu zahlen, 23% von 4 bis 5 DM und jeweils 25% unter 3 bzw. 5 und mehr DM.

Jeder fünfte Mieterhaushalt zahlt weniger als 10% des Nettoeinkommens für seine Wohnung

Im Budget der Haushalte spielen die monatlichen Mietbelastungen eine nicht unerhebliche Rolle. So nehmen im Wägungsschema des Preisindexes für die Lebenshaltung in der Gruppe der Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen die Ausgaben für Wohnungsmiete mit einem Anteil von 14,9% Rang zwei nach den Nahrungs- und Genußmitteln (30,3%) ein. Bei den Renten- und Sozialhilfeempfänger-Haushalten ist der Wert mit 22,3% noch höher.

Gut ein Viertel der Mieterhaushalte (27%) hatte eine monatliche Belastung von 10 bis 15% des Nettoeinkommens, 19% eine solche von unter 10%. Bei etwa jedem fünften Haushalt lagen die Mietausgaben zwischen 15 und 20% des verfügbaren Einkommens. Immerhin muß jeder zehnte Mieter eine Belastung von 30% und mehr tragen.

Erhebliche Unterschiede zeigen sich in der Differenzierung nach dem Baualter der Gebäude. Unter 10%

Gebäudeart Wohnungsart Baualtersgruppe	Ins- gesamt		Mit ... Räumen						Mit einer Fläche von ... bis ... unter m ²						Fläche je Woh- nung	Räume je Woh- nung
			1	3	4	5	6	7 und mehr	unter 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr		
	1 000		2												m ²	Anzahl
Bewohnte Wohnungen in nichtlandwirtschaft- lichen Wohngebäuden	1 237,0	100,0	5,0	15,1	25,5	22,0	17,1	15,3	5,9	14,9	23,6	21,5	14,2	19,9	88	4,9
Mietwohnungen	607,9	49,1	9,4	24,2	33,9	18,9	8,6	5,0	10,6	23,0	30,9	20,8	9,1	5,6	71	4,1
Eigentümerwohnungen	629,1	50,9	(0,9)	6,2	17,4	24,9	25,4	25,2	(1,3)	7,1	16,7	22,2	19,1	33,6	105	5,6
Baujahr des Gebäudes																
bis 1918	366,2	29,6	5,1	14,3	25,4	22,3	16,7	16,2	7,9	16,8	25,3	21,2	12,1	16,7	83	4,9
1919 - 1948	203,1	16,4	(4,0)	19,4	24,1	22,3	17,5	12,7	(4,7)	20,3	24,2	22,1	12,7	16,0	84	4,8
1949 - 1964	350,4	28,3	4,9	17,3	29,4	18,9	16,3	13,2	5,2	17,0	28,4	20,3	12,4	16,7	85	4,7
1965 - 1971	155,2	12,6	(5,5)	11,9	22,8	24,1	17,5	18,2	(4,7)	8,4	19,7	22,7	16,9	27,6	99	5,0
1972 und später	162,1	13,1	(6,3)	9,4	21,7	25,2	19,1	18,3	(5,4)	(5,7)	12,8	22,8	22,1	31,2	103	5,1
Gebäude mit 1 oder 2 Wohnungen	830,2	67,1	2,6	10,5	20,4	23,8	21,9	20,8	(3,6)	11,1	19,9	21,2	16,8	27,4	97	5,3
Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen	406,8	32,9	10,2	24,4	36,0	18,2	7,3	3,9	10,4	22,8	31,4	22,1	8,9	4,4	71	4,0
Insgesamt ¹⁾	1 360,2	-	5,6	14,9	25,3	21,6	17,0	15,6	6,3	14,9	23,4	21,3	14,1	20,0	88	4,9

1) Einschließlich der Wohnungen in Wohnheimen, landwirtschaftlichen Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum, leerstehender Wohnungen, Freizeitwohnungen, jedoch ohne Wohnungen in Unterkünften.

belastet waren in Altbauten (Baujahr bis 1948) 28% der Mieter, in Neubauten nur knapp 5%. Eine Mietbelastung bis zu 15% des Nettoeinkommens wurde für 54% der Haushalte in älteren Gebäuden ermittelt, in der Baualtersgruppe 1949 bis 1964 waren es 50%

und in den später errichteten Einheiten 27%. Aufwendungen von 30 % oder mehr mußte jeder siebte Mieter einer Neubauwohnung akzeptieren.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Im Straßenverkehr verunglückte Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind zunehmend durch den Straßenverkehr gefährdet. Wichtige Grundlage für die Untersuchung des Unfallgeschehens ist die Straßenverkehrs-unfallstatistik. Bei dieser auf den polizeilichen Unfallaufnahmen basierenden Statistik führt vor allem eine Darstellung der Ergebnisse nach Alter, Geschlecht, Schadenshöhe und Art der Verkehrsbeteiligung zu instruktiven Erkenntnissen.

Zahl der verunglückten Jugendlichen mehr als verdoppelt

Im Jahre 1979 verunglückten im rheinland-pfälzischen Straßenverkehr 31 805 Personen. Das sind 5,5% mehr als 1969, obwohl der Verkehr in diesen zehn Jahren ganz erheblich zugenommen hat. So stieg die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge in Rheinland-Pfalz in dieser Zeitspanne um 75%. Differenziert man die Verunglückten nach Altersgruppen, lassen die Jugendlichen von 15 bis einschließlich 17 Jahren den weitaus stärksten Anstieg erkennen, deren Zahl sich um 120% auf 4 832 erhöhte. Während sich in diesem Zeitraum auch für die 18- bis 20jährigen mit + 27% eine spürbare Zunahme ergab, ging die Zahl der verunglückten Kinder unter 15 Jahren um 4,3% zurück.

Da die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersjahrgängen laufenden Schwankungen unterwor-

fen ist, geben erst altersspezifische Verunglücktenziffern, wobei Bezug auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Jahrgangs genommen wird, exakten Aufschluß über die Entwicklung der relativen Schadenshäufigkeit. Dabei wird vereinfachend unterstellt, daß Rheinland-Pfälzer nur in Rheinland-Pfalz und in unserem Land nur Rheinland-Pfälzer verunglücken. Auch hier läßt die Zeitreihe die ausgeprägteste Steigerung für Jugendliche ab 15 Jahren erkennen.

Im Jahre 1979 verunglückten von 10 000 Einwohnern des Landes 88 Personen bei Straßenverkehrsunfällen, 1969 waren es 82 gewesen. Daraus errechnet sich eine Zunahme der Schadenshäufigkeit um 7,3%. Von 10 000 Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren wurden im Jahre 1979 insgesamt 244 im Straßenverkehr verletzt. Im Vergleich zu 1969, als 133 Verunglückte festgestellt worden waren, ergibt sich eine Steigerung von 84%. Für die 18- bis 20jährigen wurde 1979 gegenüber 1969 eine Zunahme der relativen Verunglücktenzahl um 11% errechnet. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei dieser Altersgruppe im Jahre 1979 ein Rückgang um 10% auf 299 Verunglückte je 10 000 Einwohner eingetreten ist. Von 10 000 Kindern unter 15 Jahren verunglückten 52 im Jahre 1979 im Straßen-

Im Straßenverkehr Verunglückte nach Altersgruppen 1969 – 1979

Jahr	Ins- gesamt	Altersgruppe in Jahren								
		unter 6	6 – 9	10 – 14	unter 15	15 – 17	unter 18	18 – 20	21 – 64	65 und mehr
Anzahl										
1969	30 090	990	1 468	1 191	3 649	2 199	5 848	4 362	17 699	1 391
1970	33 851	1 143	1 581	1 403	4 127	2 440	6 567	4 750	20 040	1 618
1971	32 887	1 012	1 435	1 487	3 934	2 675	6 509	4 754	18 959	1 627
1972	34 330	1 071	1 695	1 449	4 215	2 675	6 890	5 316	19 624	1 689
1973	31 794	943	1 460	1 489	3 892	2 895	6 787	4 820	18 195	1 681
1974	28 772	711	1 359	1 397	3 467	3 087	6 554	4 528	15 669	1 679
1975	29 840	777	1 337	1 433	3 547	3 769	7 316	5 236	15 624	1 652
1976	31 375	812	1 372	1 586	3 770	4 305	8 075	5 490	16 049	1 737
1977	33 021	774	1 326	1 706	3 806	4 649	8 455	5 748	16 871	1 917
1978	32 873	770	1 262	1 729	3 761	4 682	8 443	5 885	16 507	2 006
1979	31 804	698	1 155	1 638	3 491	4 832	8 323	5 569	16 032	1 840
Auf 10 000 Einwohner										
1969	82	27	57	41	40	133	54	269	90	30
1970	93	34	61	47	46	149	62	298	102	34
1971	89	31	56	49	44	160	63	298	96	33
1972	93	35	66	46	48	157	66	326	99	33
1973	86	34	58	46	46	166	66	292	91	33
1974	78	28	56	43	42	172	65	273	79	32
1975	81	33	57	44	45	206	75	314	79	31
1976	86	36	63	49	49	228	85	323	81	32
1977	91	37	65	53	52	242	91	329	85	35
1978	91	37	68	56	53	241	92	333	83	36
1979	88	34	68	55	52	244	95	299	80	32

verkehr. Angesichts von nur 40 Fällen im Jahre 1969 ergibt sich für den Betrachtungszeitraum eine 30%ige Steigerung.

Die besonders hohe altersspezifische Schadenshäufigkeit der 15- bis 17jährigen geht auch aus der Tatsache hervor, daß diese Altersgruppe 1979 mehr

Verunglückte Kinder und Jugendliche nach Art der Verkehrsbeteiligung 1979

Vollendetes Lebensjahr	Fußgänger			Radfahrer			Mitfahrer			Fahrzeugführer ¹⁾		
	Ge- tötete	Schwer- ver- letzte	Leicht- ver- letzte	Ge- tötete	Schwer- ver- letzte	Leicht- ver- letzte	Ge- tötete	Schwer- ver- letzte	Leicht- ver- letzte	Ge- tötete	Schwer- ver- letzte	Leicht- ver- letzte
unter 1	–	1	2	–	–	–	–	13	14	–	–	–
1	3	5	6	–	–	–	–	8	33	–	–	–
2	3	16	20	–	–	–	–	9	52	–	–	–
3	3	45	33	–	4	–	2	10	53	–	–	–
4	3	44	51	–	3	4	–	15	42	–	–	–
5	2	50	50	1	3	13	1	20	61	–	–	–
6	2	71	77	1	16	29	2	9	53	–	–	–
7	2	70	84	2	30	47	1	14	55	–	–	–
8	1	58	82	1	19	68	–	19	59	–	–	–
9	4	48	67	2	39	57	1	18	47	–	–	–
10	1	51	51	1	30	81	–	16	60	–	–	–
11	3	41	40	3	45	85	1	22	78	–	–	–
12	–	28	38	–	51	98	1	33	65	–	–	1
13	–	39	45	4	46	89	2	25	78	–	–	1
14	–	21	39	3	43	80	1	79	119	–	–	–
15	1	30	35	1	21	65	7	106	233	3	164	298
16	3	23	43	–	23	42	7	178	305	22	432	857
17	7	30	33	1	9	28	16	203	439	10	398	759
18	–	22	22	–	5	26	19	192	419	31	462	894
unter 19	38	693	818	20	387	812	61	989	2 265	66	1 456	2 810
darunter:												
unter 6	14	161	162	1	10	17	3	75	255	–	–	–
6 – 14	13	427	523	17	319	634	9	235	614	–	–	2
unter 15	27	588	685	18	329	651	12	310	869	–	–	2
15 – 17	11	83	111	2	53	135	30	487	977	35	994	1 914
18 – 20	2	59	88	–	15	61	38	501	1 079	77	1 315	2 332
Nachrichtlich: Insgesamt	168	1 418	1 801	53	612	1 364	184	2 637	6 389	399	5 294	11 485

1) Einschließlich sonstige Verkehrsteilnehmer.

Verunglückte Kinder und Jugendliche nach dem Geschlecht und der Ortslage 1975 und 1979

Vollendetes Lebensjahr	1975						1979					
	insgesamt		männlich	weiblich	innerhalb von Ortschaften	außerhalb	insgesamt		männlich	weiblich	innerhalb von Ortschaften	außerhalb
	Anzahl	%	Anzahl				%	Anzahl				
unter 1	18	0,1	9	9	13	5	30	0,1	18	12	14	16
1	36	0,2	23	13	17	19	55	0,2	36	19	33	22
2	99	0,3	55	44	62	37	100	0,3	47	53	68	32
3	158	0,5	93	65	120	38	150	0,5	88	62	113	37
4	180	0,6	109	71	139	41	162	0,5	107	55	124	38
5	286	1,0	163	123	239	47	201	0,6	106	95	161	40
6	358	1,2	222	136	299	59	260	0,8	159	101	223	37
7	351	1,2	216	135	296	55	305	1,0	206	99	251	54
8	320	1,1	196	124	250	70	307	1,0	198	109	250	57
9	308	1,0	190	118	235	73	283	0,9	175	108	215	68
10	290	1,0	186	104	207	83	291	0,9	181	110	229	62
11	288	1,0	167	121	202	86	318	1,0	181	137	253	65
12	294	1,0	175	119	200	94	315	1,0	209	106	243	72
13	255	0,9	162	93	176	79	329	1,0	192	137	245	84
14	306	1,0	164	142	201	105	385	1,2	202	183	254	131
15	635	2,1	375	260	408	227	964	3,0	619	345	658	306
16	1 562	5,2	1 186	376	1 037	525	1 935	6,1	1 524	411	1 393	542
17	1 571	5,3	1 207	364	977	594	1 932	6,1	1 499	433	1 287	645
18	1 864	6,2	1 456	408	882	982	2 091	6,6	1 566	525	1 052	1 039
19	1 832	6,1	1 361	471	805	1 027	1 867	5,9	1 433	434	881	986
20	1 537	5,2	1 184	353	639	898	1 610	5,1	1 211	399	767	843
unter 21	12 548	42,1	8 899	3 649	7 404	5 144	13 890	43,7	9 957	3 933	8 714	5 176
darunter:												
unter 6	777	2,6	452	325	590	187	698	2,2	402	296	513	185
6 - 14	2 770	9,3	1 678	1 092	2 066	704	2 793	8,8	1 703	1 090	2 163	630
unter 15	3 547	11,9	2 130	1 417	2 656	891	3 491	11,0	2 105	1 386	2 676	815
15 - 17	3 768	12,6	2 768	1 000	2 422	1 346	4 831	15,2	3 642	1 189	3 338	1 493
18 - 20	5 233	17,5	4 001	1 232	2 326	2 907	5 568	17,5	4 210	1 358	2 700	2 868
Nachrichtlich: Insgesamt	29 840	100,0	20 620	9 220	15 852	13 988	31 804	100,0	21 560	10 244	17 582	14 222

Verunglückte Kinder und Jugendliche 1975 und 1979

Vollendetes Lebensjahr	1975						1979					
	Getötete		Schwer-verletzte		Leicht-verletzte		Getötete		Schwer-verletzte		Leicht-verletzte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 1	1	0,1	5	0,1	12	0,1	-	-	14	0,1	16	0,1
1	3	0,3	5	0,1	28	0,1	3	0,4	13	0,1	39	0,2
2	5	0,5	32	0,4	62	0,3	3	0,4	25	0,3	72	0,3
3	7	0,7	65	0,7	86	0,4	5	0,6	59	0,6	86	0,4
4	10	1,0	56	0,6	114	0,6	3	0,4	62	0,6	97	0,5
5	10	1,0	113	1,2	163	0,8	4	0,5	73	0,7	124	0,6
6	9	0,9	149	1,6	200	1,0	5	0,6	96	1,0	159	0,8
7	7	0,7	149	1,6	195	1,0	5	0,6	114	1,1	186	0,9
8	6	0,6	115	1,3	199	1,0	2	0,2	96	1,0	209	1,0
9	5	0,5	121	1,3	182	0,9	7	0,9	105	1,1	171	0,8
10	4	0,4	116	1,3	170	0,9	2	0,2	97	1,0	192	0,9
11	6	0,6	93	1,0	189	1,0	7	0,9	108	1,1	203	1,0
12	8	0,8	103	1,1	183	0,9	1	0,1	112	1,1	202	1,0
13	3	0,3	91	1,0	161	0,8	6	0,7	110	1,1	213	1,0
14	1	0,1	96	1,1	209	1,1	4	0,5	143	1,4	238	1,1
15	13	1,4	203	2,2	419	2,1	12	1,5	321	3,2	631	3,0
16	44	4,6	576	6,3	942	4,8	32	4,0	656	6,6	1 247	5,9
17	30	3,1	525	5,8	1 017	5,1	34	4,2	640	6,4	1 259	6,0
18	43	4,5	648	7,1	1 174	5,9	50	6,2	681	6,8	1 361	6,5
unter 19	215	22,5	3 261	35,9	5 705	28,8	185	23,0	3 525	35,4	6 705	31,9
darunter:												
unter 6	36	3,8	276	3,0	465	2,3	18	2,2	246	2,5	434	2,1
6 - 14	49	5,1	1 033	11,4	1 688	8,5	39	4,9	981	9,8	1 773	8,4
unter 15	85	8,9	1 309	14,4	2 153	10,9	57	7,1	1 227	12,3	2 207	10,5
15 - 17	87	9,1	1 304	14,3	2 378	12,0	78	9,7	1 617	16,2	3 137	14,9
18 - 20	139	14,6	1 718	18,9	3 379	17,1	117	14,6	1 891	19,0	3 561	16,9
Nachrichtlich: Insgesamt	954	100,0	9 091	100,0	19 795	100,0	804	100,0	9 961	100,0	21 039	100,0

Verunglückte Kinder und Jugendliche nach Art der Verkehrsbeteiligung 1969 – 1979

Verkehrsbeteiligung Altersgruppe Unfallfolge	1969		1976		1977		1978		1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt										
Unter 6 Jahre	990	100,0	812	100,0	774	100,0	770	100,0	698	100,0
Fußgänger	576	58,2	435	53,6	411	53,1	360	46,8	337	48,3
Radfahrer	20	2,0	30	3,7	38	4,9	27	3,5	28	4,0
Mitfahrer	391	39,5	347	42,7	325	42,0	382	49,6	333	47,7
6 – 14 Jahre	2 659	100,0	2 958	100,0	3 032	100,0	2 991	100,0	2 793	100,0
Fußgänger	1 280	48,1	1 116	37,7	1 042	34,4	1 051	35,1	963	34,5
Radfahrer	722	27,2	971	32,8	1 090	35,9	1 003	33,5	970	34,7
Mitfahrer	652	24,5	870	29,4	899	29,7	936	31,3	858	30,7
15 – 17 Jahre	2 199	100,0	4 305	100,0	4 649	100,0	4 682	100,0	4 832	100,0
Fußgänger	194	8,8	186	4,3	176	3,8	205	4,4	205	4,2
Radfahrer	212	9,6	177	4,1	228	4,9	206	4,4	190	3,9
Mitfahrer	1 083	49,3	1 521	35,3	1 651	35,5	1 536	32,8	1 494	30,9
Fahrzeugführer von Motor- zweirädern	680	30,9	2 370	55,1	2 550	54,9	2 691	57,5	2 886	59,7
15 – 17 Jahre										
Verunglückte Fußgänger	194	100,0	186	100,0	176	100,0	205	100,0	205	100,0
Getötete	9	4,6	7	3,8	9	5,1	14	6,8	11	5,4
Schwerverletzte	88	45,4	90	48,4	68	38,6	89	43,4	83	40,5
Leichtverletzte	97	50,0	89	47,8	99	56,3	102	49,8	111	54,1
Verunglückte Radfahrer	212	100,0	177	100,0	228	100,0	206	100,0	190	100,0
Getötete	6	2,8	1	0,6	5	2,2	3	1,5	2	1,1
Schwerverletzte	49	23,1	61	34,4	66	28,9	54	26,2	53	27,9
Leichtverletzte	157	74,1	115	65,0	157	68,9	149	72,3	135	71,0
Verunglückte Mitfahrer	1 083	100,0	1 521	100,0	1 651	100,0	1 536	100,0	1 494	100,0
Getötete	13	1,2	44	2,9	33	2,0	37	2,4	30	2,0
Schwerverletzte	367	33,9	473	31,1	576	34,9	519	33,8	487	32,6
Leichtverletzte	703	64,9	1 004	66,0	1 042	63,1	980	63,8	977	65,4
Verunglückte Fahrzeugführer von Motorzweirädern	680	100,0	2 370	100,0	2 550	100,0	2 691	100,0	2 886	100,0
Getötete	14	2,1	43	1,8	40	1,6	35	1,3	34	1,2
Schwerverletzte	246	36,2	805	34,0	909	35,6	943	35,0	977	33,9
Leichtverletzte	420	61,7	1 522	64,2	1 601	62,8	1 713	63,7	1 875	64,9
Mofas	28	100,0	628	100,0	778	100,0	880	100,0	889	100,0
Getötete	2	7,1	8	1,3	7	0,9	12	1,4	10	1,1
Schwerverletzte	8	28,6	203	32,3	266	34,2	313	35,6	293	33,0
Leichtverletzte	18	64,3	417	66,4	505	64,9	555	63,0	586	65,9
Mopeds	175	100,0	401	100,0	620	100,0	946	100,0	1 191	100,0
Getötete	1	0,6	7	1,7	9	1,5	8	0,8	7	0,6
Schwerverletzte	60	34,3	149	37,2	221	35,6	282	29,8	381	32,0
Leichtverletzte	114	65,1	245	61,1	390	62,9	656	69,4	803	67,4
Krafträder	477	100,0	1 341	100,0	1 152	100,0	865	100,0	806	100,0
Getötete	11	2,3	28	2,1	24	2,1	15	1,7	17	2,1
Schwerverletzte	178	37,3	453	33,8	422	36,6	348	40,2	303	37,6
Leichtverletzte	288	60,4	860	64,1	706	61,3	502	58,1	486	60,3

als 15% aller bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückten stellte, während sie mit nur 5,5% an der rheinland-pfälzischen Bevölkerung beteiligt war. Noch ausgeprägter ist diese Diskrepanz bei den 18- bis 20jährigen Jugendlichen, die 18% der Verunglückten bei einem nur 5%igen Einwohneranteil hatten. Indessen zeigen die 21- bis 64jährigen Erwachsenen einen entgegengesetzten Trend, bei 51% der Verunglückten stellten sie 55% der Bevölkerung.

Mädchen verhalten sich vorsichtiger

Von den im Jahre 1979 bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten 31 805 Personen waren 68% männlichen und 32% weiblichen Geschlechts. Während für verunglückte Kinder unter 15 Jahren eine Relation von etwa 60 zu 40% gilt, zeigen die jugendlichen Jahrgänge hier eine noch stärkere Abweichung. Von den 4 830 verunglückten Jugendlichen zwischen 15 und

17 Jahren waren 75% Jungen. Auch bei den 5 570 unfallgeschädigten 18- bis 20jährigen handelte es sich zu drei Vierteln um Männer. Ein wichtiger Grund für diese überproportionalen Anteile an den verunglückten Jugendlichen liegt darin, daß die männlichen Angehörigen dieser Jahrgänge in besonders starkem Maße Mopeds und Kleinkrafträder fahren. Hinzu kommt, daß sich Frauen im allgemeinen im Straßenverkehr vorsichtiger verhalten.

Die 31 805 Verunglückten des Jahres 1979 waren zu 55% innerhalb und zu 45% außerhalb von Ortschaften zu Schaden gekommen. Von den 15- bis 17jährigen verunglückten allerdings 69% innerorts, während bei den 18- bis 20jährigen die auf freien Strecken überwogen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Jugendliche ab 18 Jahren zunehmend Personenkraftwagen fahren und als Führerschein-Neulinge häufig noch nicht über die Erfahrungen der älteren Fahrzeugführer verfügen. Die Darstellung nach einzelnen Altersjahrgängen läßt bei den 18jährigen den Übergang zu höheren Außer-

An Straßenverkehrsunfällen mit motorisierten
Zweirädern Beteiligte und Verunglückte 1969 – 1979

Jahr	Beteiligte ¹⁾			Verunglückte ²⁾		
	ins- gesamt	15-17 Jahre	18-20 Jahre	ins- gesamt	15-17 Jahre	18-20 Jahre
	Anzahl	%	%	Anzahl	%	%
Insgesamt						
1969	2 837	27,6	23,2	3 024	28,8	23,0
1970	2 905	27,6	22,8	3 072	29,8	22,3
1971	3 266	31,3	21,6	3 483	33,2	21,4
1972	3 622	25,8	29,6	3 904	28,8	28,1
1973	3 902	34,1	25,1	4 160	36,1	24,4
1974	4 178	37,0	25,7	4 465	38,5	25,0
1975	4 801	43,8	22,6	5 190	45,2	22,7
1976	5 601	46,8	21,4	6 057	47,2	21,9
1977	5 981	48,2	21,5	6 322	48,7	21,8
1978	6 211	49,3	21,9	6 506	49,0	22,6
1979	6 550	49,6	19,9	6 918	49,7	21,9
Krafträder						
1969	1 565	34,5	29,1	1 739	36,1	28,0
1970	1 521	34,6	30,0	1 677	37,2	28,3
1971	1 819	36,6	28,3	2 018	38,9	27,3
1972	2 037	27,7	37,5	2 321	32,3	34,3
1973	2 270	35,6	33,0	2 528	38,6	31,1
1974	2 524	37,8	33,3	2 850	40,4	31,4
1975	2 672	44,3	31,9	3 060	46,9	30,5
1976	3 320	44,5	29,3	3 790	45,4	28,9
1977	3 114	41,7	31,9	3 487	44,0	30,9
1978	2 775	35,2	34,8	3 096	37,2	34,4
1979	2 833	31,3	34,8	3 198	34,7	33,8
Mopeds/Mofas						
1969	1 272	19,1	15,8	1 285	19,0	16,3
1970	1 384	20,0	14,9	1 395	20,9	15,1
1971	1 447	24,7	13,2	1 465	25,5	13,2
1972	1 585	23,4	19,5	1 583	23,8	19,1
1973	1 632	31,9	14,3	1 632	32,0	14,1
1974	1 654	35,7	14,1	1 615	35,3	13,7
1975	2 129	43,2	10,9	2 130	42,9	11,6
1976	2 281	50,1	10,0	2 267	50,2	10,1
1977	2 867	55,1	10,3	2 835	54,5	10,7
1978	3 436	60,7	11,5	3 410	59,7	11,8
1979	3 717	63,5	11,3	3 720	62,7	11,7

1) Bei Unfällen mit Personenschaden. – 2) Fahrzeugführer und Mitfahrer.

orts-Anteilen klar erkennen. Während im Jahre 1979 noch 67% der 17jährigen innerhalb von Ortschaften verunglückten, waren es bei den 18jährigen nur 50%. Bei den 19- und 20jährigen Jugendlichen überwogen die auf freien Strecken Verunglückten spürbar.

Todesfälle unter Jugendlichen rückläufig

Von den im Jahre 1979 im rheinland-pfälzischen Straßenverkehr Verunglückten wurden 804 getötet, was einem Anteil von 2,5% entspricht. Im Jahre 1975, als 954 Verkehrstote gezählt worden waren, hatte sich ein Anteil von 3,2% ergeben. Dieser Rückgang betrifft alle Altersgruppen. Während im Jahre 1979 unter den 15- bis 17jährigen Jugendlichen 78 Verkehrstote zu beklagen waren, hatte 1975 deren Zahl 87 betragen. Bei den 18- bis 20jährigen war gleichzeitig ein Rückgang von 139 auf 117 Tote zu verzeichnen.

Von den im Jahre 1979 verunglückten 31 805 Personen waren 9 961 schwer- und 21 040 leichtverletzt. Das entspricht Anteilen von 31,4 und 66,1%. Für die Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren stellen sich diese Relationen auf 33,4 und 65%, für die 18- bis

20jährigen auf 34,0 und 63,9%. Beide Altersgruppen der Jugendlichen sind also überdurchschnittlich an den Getöteten und Schwerverletzten beteiligt.

Drei Fünftel der verunglückten 15- bis 17jährigen waren Fahrzeugführer

Von den im Jahre 1979 Verunglückten waren 54% Fahrzeugführer. Weitere 30% verunglückten als Mitfahrer. Fußgänger und Radfahrer hatten Anteile von 11 bzw. 6%. Bei den verunglückten 15- bis 17jährigen handelte es sich zu drei Fünfteln um Fahrzeugführer. Während dort auch der Anteil der Mitfahrer überproportional war, hatten verunglückte jugendliche Fußgänger und Radfahrer eine vergleichsweise geringe Beteiligung. Von den verunglückten 15- bis 17jährigen Fahrzeugführern hatten 1 191 ein Moped, 889 ein Mofa und 806 ein Kraftrad gefahren. Unter den jugendlichen Zweiradfahrern gab es 34 Tote und 977 Schwerverletzte.

Zwei Drittel der im Jahre 1979 verunglückten 5 568 Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren waren Fahrzeugführer. Der Anteil der Mitfahrer belief sich auf knapp 30%, während Fußgänger und Radfahrer zusammen nur eine Quote von etwa 4% aufwiesen. Unter den 3 724 verunglückten Fahrzeugführern dieser Altersgruppe wurden 77 getötet und 1 315 schwerverletzt. 1975 waren bei den 18- bis 20jährigen Jugendlichen 97 Fahrzeugführer getötet worden. Im Jahre 1979 verunglückten 2 793 schulpflichtige Kinder zwischen sechs und 14 Jahren, je ein Drittel Fußgänger, Radfahrer und Mitfahrer. 39 Kinder mußten sterben.

Drei Viertel der mit motorisierten Zweirädern Verunglückten sind Jugendliche

Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist die Zahl der Verunglückten einschließlich der Beteiligten mit motorisierten Zweirädern beträchtlich gestiegen. Dabei haben die Anteile der 15- bis 17jährigen Jugendlichen stark zugenommen, was auf die Entwicklung der Unfälle mit Mopeds und Mofas zurückzuführen ist. Bei den Unfällen mit Krafträdern zeigen die 18- bis 20jährige wachsende Quoten.

Im Jahre 1979 waren 6 550 Personen an Personenschadensunfällen mit motorisierten Zweirädern beteiligt, das sind 131% mehr als 1969. Beteiligt waren zu 50% Jugendliche von 15 bis 17 Jahren und zu 20% junge Männer zwischen 18 und 20 Jahren. Zehn Jahre zuvor hatten diese Altersgruppen Anteile von jeweils rund einem Viertel gehabt. Die langfristige Darstellung der verunglückten Fahrzeugführer und Mitfahrer läßt eine ähnliche Entwicklung erkennen.

Die Zahl der an Unfällen mit Krafträdern Beteiligten und Verunglückten hat sich zwischen 1969 und 1979 annähernd verdoppelt. An 2 833 Unfallbeteiligten und 3 198 Verunglückten des Jahres 1979 hatten die beiden jugendlichen Altersgruppen Anteile von jeweils etwa einem Drittel. Im Vergleich zu den Vorjahren sind hier keine größeren Verschiebungen festzustellen. Bei den Unfällen mit Mopeds und Mofas haben sich die Beteiligten- und Verunglücktenzahlen im Zehnjahreszeitraum mehr als verdreifacht. Die Quote der 15- bis 17jährigen stieg kontinuierlich von knapp 20% im Jahre 1969 auf mehr als 60% im Jahre 1979.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 632	3 630	3 630	3 630	3 635
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 801	1 896	1 850	1 749	2 632	1 406 ^D	1 756 ^D	1 711 ^D	3 050 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,9	6,3	6,0	5,9	8,5	4,9 ^D	5,7 ^D	5,7 ^D	9,9 ^D
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 862	2 900	2 903	2 860	3 022	2 918 ^D	3 045 ^D	3 217 ^D	3 101 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,6	9,4	9,6	9,8	10,1 ^D	9,9 ^D	10,8 ^D	10,0 ^D
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 669	3 592	4 119	3 635	3 641	3 670 ^D	3 746 ^D	3 645 ^D	3 572 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,1	11,9	13,4	12,2	11,8	12,7 ^D	12,1 ^D	12,2 ^D	11,6 ^D
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	50	36	43	30	37	33 ^D	41 ^D
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	17,7	12,6	15,0	10,9	12,6	12,0 ^D	13,5 ^D
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 807	- 692	- 1 216	- 775	- 619	- 752 ^D	- 701 ^D	- 428 ^D	- 471 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,3	- 3,9	- 2,6	- 2,0	- 2,6 ^D	- 2,3 ^D	- 1,4 ^D	- 1,5 ^D
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 491	7 947	7 673	7 565	6 562	6 954
Ausländer	Anzahl	1 869	2 253	2 107	1 724	1 923	2 466
Erwerbspersonen	Anzahl	3 916	4 182	4 391	4 109	3 568	4 044
* Fortgezogene	Anzahl	7 384	7 110	6 641	6 672	6 076	5 748
Ausländer	Anzahl	1 702	1 500	1 432	1 284	1 325	1 218
Erwerbspersonen	Anzahl	4 128	4 014	3 942	3 886	3 500	3 358
* Wanderungssaldo	Anzahl	107	837	1 032	893	486	1 206
Ausländer	Anzahl	167	754	675	440	598	1 248
Erwerbspersonen	Anzahl	- 212	168	449	223	68	686
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 445	10 515	9 562	9 935	9 677	9 135
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	55 749	48 262	51 139	45 803	39 977	56 562	47 004	44 307	40 995
* Männer	Anzahl	27 299	23 121	25 368	20 879	17 304	30 084	22 520	20 460	18 601
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 183	1 396	952	570	485	2 117	876	670	660
Bauberufe	Anzahl	2 636	2 064	2 345	1 653	1 161	3 620	2 331	1 955	1 793
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	19 818	17 031	19 056	16 507	14 425	20 995	17 438	16 158	14 815
Arbeitslosenquote	%	4,3	3,7	4,0	3,5	3,1	4,3	3,6	3,4	3,1
Offene Stellen	Anzahl	12 232	15 375	16 217	16 427	16 776	16 518	17 942	18 136	17 079
Männer	Anzahl	7 691	10 052	10 662	10 606	10 865	10 750	11 719	11 604	10 880
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	463	587	955	721	666	560	582	529	452
Bauberufe	Anzahl	989	1 366	1 731	1 727	1 605	1 108	1 291	1 268	1 175
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 722	6 198	6 021	6 304	6 590	6 900	7 227	7 312	6 997
Kurzarbeiter	Anzahl	6 984	4 731	9 483	5 205	3 721	8 087	7 289	7 025	6 641
Männer	Anzahl	5 075	3 095	6 494	3 221	2 081	6 364	5 116	5 457	4 543
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	682	678
* Milchkühe	1 000	238	236
* Schweine	1 000	729	687	.	737	.	.	.	725	.
Mastschweine	1 000	254	238	.	242	.	.	.	238	.
* Zuchtsauen	1 000	81	79	.	82	.	.	.	81	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	52	51	.	51	.	.	.	52	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 357	15 621	16 573	15 099	15 738	14 630	16 627	14 933	15 582
* Kälber	Anzahl	486	393	461	520	421	359	438	367	429
* Schweine	Anzahl	105 305	109 399	114 839	113 350	112 410	103 417	121 846	105 816	116 464
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 164	12 917	17 843	12 591	11 072	14 291	15 195	11 300	9 744
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 177	13 593	14 315	13 952	13 970	12 692	14 807	13 128	14 199
* Kälber	t	4 529	4 633	4 885	4 578	4 715	4 328	4 957	4 482	4 664
* Schweine	t	48	38	45	45	37	34	40	34	40
	t	8 521	8 836	9 302	9 249	9 139	8 263	9 723	8 529	9 422
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	60	49	84	73	40	90	115	41	87
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	77	79	82	84	91	73	84	86	95
* an Molkereien und Händler geliefert	%	93,2	94,2	93,7	94,5	95,0	94,3	94,2	95,1	96,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,6	10,9	11,1	11,7	12,3	10,7	11,5	12,1	13,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 456	1 336	1 320	1 407	1 788	1 241	1 765	1 239	1 436
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 138	1 016	1 024	1 085	1 373	936	1 314	894	1 068
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	259	265	240	266	335	261	362	285	289
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	56	56	56	80	44	89	60	79
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 423	1 306	1 321	1 377	1 776	1 202	1 686	1 277	1 574
* Wohnfläche	1 000 qm	227	212	206	217	292	192	270	206	243
* Wohnräume	Anzahl	10 675	9 912	9 721	10 045	13 628	8 984	12 503	9 516	11 742
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	308	314	306	325	422	296	430	326	408
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	9	4	7	3	5	2	11	2	3
Unternehmen	Anzahl	251	198	168	186	299	136	417	130	175
Private Haushalte	Anzahl	1 196	1 135	1 145	1 218	1 484	1 103	1 337	1 107	1 258
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	237	218	194	180	227	217	239	181	265
* Umbauter Raum	1 000 cbm	896	879	703	550	780	549	1 054	636	1 028
* Nutzfläche	1 000 qm	164	147	129	102	137	112	184	115	182
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	130	122	88	79	105	117	168	87	202
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	36	31	26	30	27	24	29	23	60
Unternehmen	Anzahl	194	136	90	91	157	158	171	127	174
Private Haushalte	Anzahl	7	51	78	59	43	35	39	31	31
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 361	2 076	2 135	2 066	3 057	1 900	2 901	2 073	2 605
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 362	1 552	1 701	1 492	1 586	1 783	1 877	1 918	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74	89	98	88	99	103	99	106	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 287	1 463	1 603	1 405	1 487	1 680	1 778	1 813	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	15	16	18	15	19	18	...
* Halbwaren	Mill. DM	71	101	101	91	111	96	112	99	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 202	1 347	1 487	1 298	1 358	1 569	1 648	1 695	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	406	492	524	484	524	547	597	591	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	796	855	963	813	834	1 022	1 050	1 104	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG - Länder	Mill. DM	610	742	791	723	812	870	900	907	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	104	129	131	121	136	132	159	145	...
Dänemark	Mill. DM	28	31	33	29	30	30	32	33	...
Frankreich	Mill. DM	188	214	230	207	230	256	270	275	...
Großbritannien	Mill. DM	84	110	112	104	131	132	127	131	...
Irland	Mill. DM	5	8	8	8	6	9	9	8	...
Italien	Mill. DM	98	125	141	130	138	181	171	176	...
Niederlande	Mill. DM	102	124	135	123	141	130	133	139	...
Österreich	Mill. DM	57	71	60	65	69	79	79	91	...
Schweiz	Mill. DM	58	72	68	66	74	81	90	87	...
USA und Kanada	Mill. DM	88	81	92	86	89	64	83	100	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	280	275	346	225	226	369	361	391	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	77	89	86	96	90	97	114	88	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	868	1 132	1 096	1 091	1 147	1 390	1 411	1 388	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	136	155	172	169	145	166	189	177	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	732	977	924	922	1 002	1 224	1 222	1 210	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	484	601	614	573	622	742	738	711	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	116	154	148	144	166	176	195	155	...
Dänemark	Mill. DM	9	10	10	9	10	14	11	12	...
Frankreich	Mill. DM	129	166	176	158	166	205	223	213	...
Großbritannien	Mill. DM	25	32	38	25	32	57	60	66	...
Irland	Mill. DM	2	3	2	4	3	5	5	4	...
Italien	Mill. DM	91	101	108	102	103	117	107	116	...
Niederlande	Mill. DM	112	135	132	131	143	168	137	145	...
Österreich	Mill. DM	25	34	27	34	38	53	53	48	...
Schweiz	Mill. DM	17	21	27	21	21	20	29	26	...
USA und Kanada	Mill. DM	61	74	85	96	69	93	90	113	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	181	272	227	255	275	360	365	326	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	22	41	21	21	35	34	24	29	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 893	2 880	2 881	2 875	2 900	2 898	2 894	...
* Beschäftigte	1 000	386	392	388	387	388	396	396	395	...
* Arbeiter 2)	1 000	274	278	275	275	275	281	282	281	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	39 906	40 261	41 950	38 981	41 650	40 534	41 989	41 082	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	931	1 006	916	919	991	957	990	1 005	...
* Löhne	Mill. DM	571	618	562	561	624	587	605	619	...
* Gehälter	Mill. DM	360	388	354	358	367	370	385	386	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	74	76	85	74	75	85	80	82	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	119	143	163	138	119	141	159	134	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	193	199	219	208	200	214	214	198	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	28	36	31	25	31	29	24	...
* schweres Heizöl	1 000 t	163	171	183	177	175	183	185	174	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	941	1 009	1 040	1 007	1 052	1 024	1 059	1 006	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	274	285	252	282	323	311	278	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 810	5 478	5 617	5 339	5 555	6 064	6 460	6 106	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 355	1 599	1 661	1 553	1 617	1 935	2 016	1 812	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	124	133	131	141	138	134	143	146 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	128	137	134	142	138	140	147	150 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	126	134	131	140	136	137	144	147 ^P	142 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	125	134	132	143	142	136	144	146	134 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	97	105	83	110	123	79	109	121	125 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	129	135	138	146	140	145	143	139	123 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	130	138	131	137	131	140	148	153	151 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	139	140	127	133	132	131	145	148	143 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	117	123	123	128	123	130	133	133	133 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	63	71	66	61	67	69	64	64 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	139	151	141	154	148	145	158	174	173 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	98	111	113	136	137	101	115	128	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	100	99	96
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	vjD 1970 = 100	175	185	151
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	320	307	373	367	382	361	385	321	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 848	2 060	2 240	1 990	1 996	2 121	2 184	2 157	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	688	799	915	827	868	852	920	884	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 460	1 550	1 679	1 512	1 493	1 610	1 628	1 578	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	247	300	347	304	247	370	386	305	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	233	281	326	288	237	334	347	272	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	70 664	73 875	71 791	73 281	73 761	73 660	74 676 ^P	74 588 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	39 639	40 132	38 899	40 256	40 458	39 029	39 919 ^P	39 523 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 521	16 970	16 614	16 711	16 938	17 081	17 250 ^P	17 655 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 094	9 665	10 666	10 914	12 088	8 588	9 684 ^P	10 202 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 674	5 950	6 457	6 431	7 057	5 567	6 085 ^P	6 381 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 834	4 036	4 444	4 457	4 953	3 739	4 041 ^P	4 195 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	84	76	61	72	95	55	70 ^P	77 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 756	1 838	1 952	1 902	2 009	1 773	1 974 ^P	2 109 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 420	3 715	4 209	4 483	5 031	3 021	3 599 ^P	3 821 ^P	...
Hochbau	1 000	696	766	849	907	925	700	736 ^P	738 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 724	2 949	3 360	3 576	4 106	2 321	2 863 ^P	3 083 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 459	1 687	1 973	2 150	2 466	1 162	1 533 ^P	1 687 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	145	166	156	167	193	151	166 ^P	175 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	125	143	135	147	171	129	144 ^P	153 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	20	23	21	20	22	22	22 ^P	22 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	385	433	321	323	406	326	436 ^P	476 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 =100	107	108	105	105	105	108	108	107	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 =100	195	208	210	207	211	189	219	217	...
Waren verschiedener Art	1970 =100	211	226	204	210	206	190	222	216	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 =100	191	201	205	196	204	192	212	214	...
Textilwaren und Schuhe	1970 =100	175	182	181	189	186	138	196	187	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 =100	202	217	218	212	234	205	228	234	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 =100	186	189	169	171	171	189	179	173	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 =100	198	209	273	247	240	201	244	231	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 =100	135	139	142	139	141	122	140	138	...
Waren verschiedener Art	1970 =100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 =100	135	140	143	137	144	131	144	144	...
Textilwaren und Schuhe	1970 =100	114	113	114	119	117	83	117	111	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 =100	139	143	146	142	156	130	143	146	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 =100	142	141	128	129	129	131	123	118	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 =100	139	142	188	168	163	133	159	149	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 =100	97	97	94	96	102	93	93	97	...
Teilbeschäftigte	1970 =100	133	134	125	132	142	133	128	134	...
* Umsatz	1970 =100	143	148	126	152	175	134	131	155	...
Beherbergungsgewerbe	1970 =100	157	164	126	164	207	129	135	175	...
Gaststättengewerbe	1970 =100	133	136	125	143	151	137	128	141	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	313	318	187	298	401	161	198	305	...
* Ausländer	1 000	63	58	22	50	68	18	24	47	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 144	1 194	659	1 098	1 399	584	726	1 090	...
* Ausländer	1 000	184	172	50	123	158	49	58	136	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 634	1 656	1 686	1 679	1 959	1 424	1 721	1 812	...
* Gütersend	1 000 t	1 423	1 498	1 546	1 626	1 821	1 246	1 755	1 584	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 468	14 383	23 508	19 455	17 958	15 024	18 959	17 334	15 427
Krafträder und Motorroller	Anzahl	558	642	1 283	1 379	1 165	751	1 448	1 750	1 451
* Personen- und Kombinationskraft-wagen	Anzahl	12 795	12 575	20 499	16 678	15 491	12 932	15 859	14 167	12 692
* Lastkraftwagen	Anzahl	604	687	952	802	798	750	838	822	799
Zugmaschinen	Anzahl	417	375	622	466	366	494	670	462	339
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 940	1 898	1 614	1 763	2 326	1 509	1 745	1 860	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 003	7 253	6 948	6 721	7 773	6 067	6 820	7 066	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 739	2 650	2 249	2 461	3 252	2 044	2 368	2 545	...
* Getötete	Anzahl	80	67	57	64	68	69	60	61	...
Pkw - Insassen	Anzahl	42	34	31	28	32	35	41	23	...
Fußgänger	Anzahl	19	14	17	12	6	18	11	15	...
* Verletzte	Anzahl	2 659	2 583	2 192	2 397	3 184	1 975	2 308	2 484	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 589	1 481	1 378	1 360	1 718	1 199	1 390	1 352	...
Fußgänger	Anzahl	279	268	261	236	310	276	263	209	...
Schwerverletzte	Anzahl	853	830	686	820	1 016	628	734	809	...
Pkw - Insassen	Anzahl	452	427	373	392	507	327	397	401	...
Fußgänger	Anzahl	129	118	113	111	125	135	115	91	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	48 370	55 404	50 025	50 254	50 693	55 682	56 318	56 771	...
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	47 559	54 354	49 182	49 389	49 808	54 639	55 242	55 687	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	38 898	44 592	40 146	40 354	40 781	44 964	45 546	45 873	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 661	9 762	9 036	9 035	9 027	9 675	9 697	9 814	...
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 380	11 102	9 783	9 610	9 580	10 937	11 285	11 286	...
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 171	10 786	9 556	9 403	9 380	10 655	10 977	10 992	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	208	316	227	207	199	282	309	294	...
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 860	6 412	6 081	6 155	6 228	6 328	6 353	6 423	...
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 924	5 360	5 075	5 145	5 213	5 297	5 349	5 404	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	936	1 052	1 007	1 010	1 015	1 030	1 004	1 019	...
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 319	36 839	33 318	33 623	34 001	37 374	37 604	37 977	...
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	24 803	28 446	25 516	25 806	26 188	29 012	29 220	29 477	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 516	8 393	7 802	7 817	7 813	8 362	8 384	8 500	...
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	42 302	45 323	42 510	43 074	43 731	45 811	45 832	45 320	...
* Sichteinlagen	Mill. DM	6 972	7 183	6 531	7 072	6 888	7 154	7 163	6 638	...
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 449	6 680	6 071	6 517	6 264	6 595	6 723	6 099	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	523	503	460	555	625	559	440	538	...
* Termingelder	Mill. DM	9 752	11 866	10 045	10 111	10 954	12 818	13 050	13 367	...
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 539	10 705	8 851	8 994	9 210	11 574	11 790	12 191	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 213	1 160	1 195	1 117	1 745	1 244	1 260	1 176	...
* Spareinlagen	Mill. DM	25 578	26 275	25 933	25 892	25 888	25 840	25 619	25 316	...
bei Sparkassen	Mill. DM	14 813	15 201	15 038	15 011	15 009	14 990	14 862	14 681	...
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 174	1 202	1 120	1 021	1 018	1 090	1 130	1 143	...
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 035	1 147	1 097	1 062	1 027	1 214	1 362	1 447	...
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	38	35	34	49	26	38	32	33	...
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	17 487	10 005	4 395	11 795	3 982	6 266	15 387	4 878	...
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	1	-	.	-	1	-	...
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	882	834	868	837	854	760	865	871	...
* Wechselsumme	1 000 DM	4 293	5 184	4 790	4 883	16 638	3 666	5 560	5 770	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	932 837	1 021 729	1 137 893	590 505	885 947	1 307 687	1 215 087	675 255	976 052
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	654 466	701 283	875 932	317 944	587 495	860 554	949 243	349 944	631 064
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	395 172	416 416	263 279	257 806	471 524	807 240	313 811	310 045	581 201
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	63 884	67 459	-	-	188 326	466 475	-	-	255 827
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	157 763	161 587	398 061	16 306	27 586	7 675	408 290	5 643	7 438
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	11 674	13 410	4 301	7 436	7 381	4 309	3 376	11 323	10 216
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	89 857	109 870	210 291	36 396	81 004	41 330	223 766	22 933	32 209
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	22 887	25 899	-	-	57 186	34 562	-	-	23 033
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	278 372	320 446	261 961	272 561	298 452	447 133	265 844	325 311	344 988
Umsatzsteuer	1 000 DM	201 841	221 286	179 489	185 194	191 477	295 816	145 699	209 336	212 945
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	76 531	99 160	82 472	87 367	106 975	151 317	120 145	115 975	132 043
* Bundessteuern	1 000 DM	116 109	137 390	140 719	122 621	136 548	160 316	132 485	123 781	146 570
Zölle	1 000 DM	7 624	8 982	9 032	9 056	10 486	24 659	6 720	8 720	10 455
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	106 298	126 386	130 698	111 592	124 215	143 414	122 517	112 963	134 569
* Landessteuern	1 000 DM	64 528	72 986	61 587	58 132	91 589	74 581	55 445	49 178	85 078
Vermögensteuer	1 000 DM	15 163	15 501	3 789	2 967	33 462	33 498	3 875	3 097	37 710
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	32 048	40 047	37 195	35 040	43 813	20 772	30 274	27 720	30 386
Biersteuer	1 000 DM	6 348	6 242	5 225	5 600	6 268	5 145	5 593	5 684	6 464
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	449 367	468 559	434 448	.	.	.	528 027	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 701	8 016	5 680	.	.	.	6 674	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	67 943	69 308	61 913	.	.	.	61 477	.	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	313 697	333 622	307 276	.	.	.	402 362	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 260	21 658	23 835	.	.	.	20 530	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 622	25 393	25 725	.	.	.	27 336	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	610 293	683 252	709 208	496 155	599 564	838 092	732 530	538 913	652 041
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	287 871	309 411	391 578	139 094	258 290	371 303	420 297	150 610	270 655
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	187 906	216 307	176 830	183 985	201 461	301 823	179 451	219 591	232 873
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	81	50 455	3 265	4 650	297	44 931	1 943
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	489 800	536 057	559 301	362 257	480 455	602 335	604 068	381 152	506 252
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	286 796	308 085	390 305	138 270	257 324	369 687	419 665	148 481	269 497
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 068	134 843	107 328	115 400	128 277	153 417	128 661	138 562	149 734
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	18 407	20 143	81	50 455	3 265	4 650	297	44 931	1 943
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	571 486	593 880	555 568	.	.	.	729 249	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	203 584	216 181	199 704	.	.	.	308 638	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	232 232	242 761	228 692	.	.	.	294 945	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	106,5	110,9	109,3	109,9	110,2	114,9	115,6	116,3	116,8
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	107,7	108,2	108,6	111,5	111,8	112,6	113,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	159,7	173,1	.	.	172,0
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	489	516	.	518	.	.	.	544	.
* Männliche Arbeiter	DM	523	554	.	555	.	.	.	581	.
* Facharbeiter	DM	553	586	.	585	.	.	.	615	.
* Angelernte Arbeiter	DM	501	530	.	535	.	.	.	556	.
* Hilfsarbeiter	DM	425	453	.	451	.	.	.	474	.
* Weibliche Arbeiter	DM	346	366	.	365	.	.	.	386	.
* Hilfsarbeiter	DM	334	354	.	355	.	.	.	374	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,59	12,28	.	12,29	.	.	.	12,96	.
* Männliche Arbeiter	DM	12,23	12,99	.	12,99	.	.	.	13,67	.
* Facharbeiter	DM	12,92	13,70	.	13,67	.	.	.	14,38	.
* Angelernte Arbeiter	DM	11,73	12,46	.	12,54	.	.	.	13,17	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,02	10,70	.	10,58	.	.	.	11,29	.
* Weibliche Arbeiter	DM	8,69	9,20	.	9,18	.	.	.	9,74	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,34	8,88	.	8,88	.	.	.	9,47	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,9	.	42,2	.	.	.	42,0	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,6	42,5	.	42,7	.	.	.	42,5	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,7	.	39,8	.	.	.	39,6	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 475	2 615	.	2 601	.	.	.	2 791	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 210	2 345	.	2 333	.	.	.	2 499	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 704	2 861	.	2 854	.	.	.	3 060	.
* männlich	DM	1 745	1 856	.	1 835	.	.	.	1 964	.
* weiblich	DM	3 098	3 259	.	3 231	.	.	.	3 463	.
* Technische Angestellte	DM	3 173	3 337	.	3 306	.	.	.	3 549	.
* männlich	DM	2 132	2 246	.	2 248	.	.	.	2 331	.
* weiblich	DM	2 871	3 028	.	3 017	.	.	.	3 228	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 584	2 735	.	2 739	.	.	.	2 921	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 037	3 221	.	3 226	.	.	.	3 457	.
* männlich	DM	2 047	2 165	.	2 163	.	.	.	2 279	.
* weiblich	DM	3 153	3 313	.	3 287	.	.	.	3 521	.
* Technische Angestellte	DM	3 218	3 381	.	3 353	.	.	.	3 596	.
* männlich	DM	2 243	2 351	.	2 345	.	.	.	2 447	.
* weiblich	DM	1 988	2 114	.	2 091	.	.	.	2 246	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 974	2 099	.	2 075	.	.	.	2 231	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 449	2 593	.	2 574	.	.	.	2 755	.
* männlich	DM	1 586	1 693	.	1 662	.	.	.	1 797	.
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 327	61 359 ^P	61 320	61 317	61 317
Eheschließungen 1)	Anzahl	27 351	28 682 ^P	16 940 ^P	26 733 ^P	25 989 ^P	14 808 ^P	21 200 ^P	26 250 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 039	48 392 ^P	43 803 ^P	47 329 ^P	48 659 ^P	52 076 ^P	48 375 ^P	50 464 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 268	59 197 ^P	58 625 ^P	64 075 ^P	60 244 ^P	64 201 ^P	57 870 ^P	62 138 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 12 229	– 10 805 ^P	– 14 822 ^P	– 16 746 ^P	– 11 585 ^P	– 12 125 ^P	– 9 495 ^P	– 11 674 ^P	...
Arbeitslose	1 000	993	876	1 134	958	875	1 037	993	876	825
Männer	1 000	489	417	629	482	409	557	527	434	389
Offene Stellen	1 000	246	304	267	302	313	282	313	337	346
Männer	1 000	154	198	168	195	201	183	203	218	222
Kurzarbeiter	1 000	191	88	167	170	122	98	102	94	92
Männer	1 000	149	59	124	117	80	76	76	69	64
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 641	22 374	.	.	23 247	.	.	.	23 633
Schlachtmenge 4)	1 000 t	349	364	327	372	361	381	334	375	...
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	117	123 ^P	116	122	129	115	123	131	132 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	119	125 ^P	122	126	131	120	128	133	134 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	116	122 ^P	117	122	128	115	124	129	130 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	117	125 ^P	119	125	133	117	127	133	132 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	121 ^P	116	122	127	114	124	131	133 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	120 ^P	116	121	125	114	122	130	128 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	122	126 ^P	119	119	131	121	124	126	132 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	103	109 ^P	70	97	118	73	88	112	118 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 584	7 608	7 549	7 561	7 548	7 631	7 650	7 662	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	772	771	750	816	755	791	783	806	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	83 379	92 121	79 922	94 763	88 172	94 601	97 531	104 346	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	20 018	22 131	19 145	23 376	20 718	22 150	23 484	25 637	...
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 451	31 062	33 048	34 351	30 217	36 830
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 590	3 780	4 456	4 401	3 946	4 508	4 083 ^P
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 190	1 240	1 150	1 221	1 238	1 208	1 209	1 240 ^P	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	141	144	79	147	157	92	126	153 ^P	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 499	7 673	3 365	4 871	5 606	5 706	5 126
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 114	14 427	.	.	15 885
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 149	13 525	.	.	14 938
Wohnfläche	1 000 qm	2 796	2 443	.	.	2 684
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 057	2 308	.	.	2 170
Wohnungen insgesamt (alle Bau­maßnahmen)	Anzahl	29 232	25 402	.	.	27 285
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	23 714	26 218	23 226	28 027	25 949	27 970	29 596	31 292	30 137
EG-Länder	Mill. DM	10 864	12 647	11 550	13 679	12 759	13 850	14 762	15 655	15 032
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 961	2 230	2 174	2 410	2 377	2 376	2 467	2 695	2 593
Dänemark	Mill. DM	527	570	496	617	570	587	600	651	572
Frankreich	Mill. DM	2 907	3 333	3 122	3 548	3 409	3 858	3 870	4 206	4 229
Großbritannien	Mill. DM	1 403	1 753	1 565	1 955	1 708	1 862	2 185	1 981	1 991
Irland	Mill. DM	84	109	95	128	112	99	112	142	125
Italien	Mill. DM	1 619	2 045	1 790	2 182	1 962	2 354	2 597	2 662	2 565
Niederlande	Mill. DM	2 363	2 608	2 308	2 839	2 621	2 715	2 931	3 318	2 957
Österreich	Mill. DM	1 218	1 372	1 222	1 459	1 265	1 428	1 581	1 680	1 607
Schweiz	Mill. DM	1 201	1 367	1 292	1 434	1 294	1 587	1 739	1 798	1 667
USA und Kanada	Mill. DM	1 857	1 935	1 626	1 948	2 203	2 039	2 075	2 181	2 255
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 956	3 757	3 192	3 915	3 317	3 851	4 125	4 180	4 198
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 470	1 570	1 271	1 735	1 536	1 545	1 560	1 706	1 460

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1978	1979				1980			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	20 320	24 347	20 843	24 634	22 621	27 628	29 136	29 287	29 042
EG-Länder	Mill. DM	9 981	11 778	10 285	12 701	11 146	12 438	13 811	13 701	14 003
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 711	1 951	1 717	2 223	1 885	1 985	2 243	2 167	2 409
Dänemark	Mill. DM	334	386	312	432	340	451	519	496	455
Frankreich	Mill. DM	2 357	2 766	2 541	3 093	2 806	2 899	3 278	3 326	3 219
Großbritannien	Mill. DM	1 005	1 435	1 047	1 327	1 191	1 573	1 891	1 957	1 944
Irland	Mill. DM	80	98	70	105	85	106	116	121	121
Italien	Mill. DM	1 931	2 150	1 936	2 293	1 981	2 007	2 433	2 358	2 424
Niederlande	Mill. DM	2 562	2 990	2 661	3 229	2 859	3 417	3 332	3 276	3 432
Österreich	Mill. DM	593	701	645	716	644	755	821	840	828
Schweiz	Mill. DM	790	886	778	919	807	971	1 006	1 218	1 000
USA und Kanada	Mill. DM	1 617	1 948	1 845	1 989	1 828	2 559	2 502	2 530	2 527
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 641	4 531	3 818	4 018	4 170	5 892	5 974	5 950	5 587
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 044	1 337	910	1 022	1 073	1 375	1 368	1 304	1 403
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	180,7	191,6	157,9	197,7	189,2	187,7	174,0 ^P	200,5 ^P	198,1 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	151,5	160,4	133,0	148,3	158,6	132,7	155,6 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 212	1 351	1 216	1 230	1 239	1 341	1 352	1 361	1 373 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	929	1 041	932	943	951	1 030	1 039	1 049	1 058 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	283	311	284	287	288	311	313	311	315 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	902	959	894	895	897	934	938	937	935 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	466	478	473	473	473	474	472	468	463 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	19 555	21 262	15 340	24 346	15 513	19 259	17 172	27 303	17 224 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 719	13 445	7 628	18 789	7 650	11 517	8 077	20 206	8 773 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	7 668	8 089	6 572	5 961	6 232	9 250	7 460	7 053	7 536 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 119	3 129	621	8 017	610	1 183	464	7 825	449 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	6 106	7 017	7 527	5 507	6 259	7 913	8 944	7 076	7 264 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 886	4 250	5 075	3 083	3 577	5 095	5 385	3 640	3 658 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 578	3 723	3 639	3 428	3 721	1 960	3 915	3 069	3 593 ^P
Zölle	Mill. DM	306	343	314	349	336	328	384	321	378 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 084	3 185	2 942	2 864	3 188	1 442	3 107	2 522	3 009 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	151,6	157,6	154,5	155,3	156,1	161,8	163,3 ^P	164,0 ^P	164,2 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	137,0	139,6	138,6	139,6	139,3	144,8	144,6	144,6 ^P	141,7 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	146,3	153,6	149,6	150,9	151,8	160,2	161,5	162,7	164,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	157,4	170,5	162,5
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	159,7	173,1	164,9
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	139,5	153,9	144,4
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	106,5	110,9	108,8	109,3	109,9	113,7	113,9	115,6	116,3
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,4	108,2	107,2	107,7	108,2	110,8	111,5	111,8	112,6
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	109,4	114,2	112,0	112,5	113,1	117,8	118,6	119,5	119,9
Wohnungsmiete	1976 = 100	106,4	109,8	108,2	108,5	108,8	112,9	113,5	114,1	114,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	103,3	124,8	115,3	119,4	120,7	134,8	135,3	135,2	135,9
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	106,8	110,2	108,8	109,3	109,5	113,8	114,6	115,4	115,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	105,1	110,0	106,7	107,3	108,5	109,7	114,1	116,1	117,2
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	108,0	112,6	110,8	111,2	111,6	115,9	116,7	117,4	118,1
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	103,4	106,1	105,5	105,6	105,8	107,3	107,7	108,2	108,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	109,4	114,5	112,5	112,5	112,6	118,5	119,2	120,0	120,3

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Güterumschlag erstmals über 100 Mill. Tonnen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1979 von den Verkehrsträgern Straßengüterfernverkehr, Binnenschifffahrt, Eisenbahn und Rohrfernleitungen 100 Mill. t Güter umgeschlagen. Dabei sind Leistungen des Straßengüter- und des Werkfernverkehrs nicht einmal enthalten. Diese Umschlagsleistung war um 5,8 Mill. t oder 6% höher als im Vorjahr. Verladen wurden 49 Mill. t (+ 5,4%), entladen 51 Mill. t (+ 6,9%). Die Binnenschifffahrt und der Güterfernverkehr waren mit 37,6 bzw. 36,4 Mill. t hier am stärksten beteiligt. Es folgten die Eisenbahn mit 18,8 Mill. t und der Transport mit Rohrfernleitungen mit 7,4 Mill. t.

Der Güterumschlag der Binnenschifffahrt verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr mit + 2,9% unter allen Verkehrsträgern die geringste Zunahme. 18 Mill. t Güter kamen zum Versand (+ 4,6%) und 20 Mill. t wurden gelöscht (+ 1,3%). Bedeutendstes Versand- und Empfangsgebiet war der Verkehrsbezirk Ludwigshafen mit Anteilen von 43 bzw. 36%.

Beim Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen nahm die Umschlagsmenge mit + 4% nicht so stark zu wie in den Vorjahren (Versand + 3,7%, Empfang + 4,5%). Hier lag der Verkehrsbezirk Koblenz mit 8,1 Mill. t beim Versand und mit 4,5 Mill. t beim Empfang weit vorn.

Der Eisenbahnverkehr erzielte 1979 im Güterversand und -empfang erstmals wieder Zunahmen, und zwar um je 10%. Auf der Versandseite registrierte der Verkehrsbezirk Mainz mit + 17% die höchste Steigerung, beim Empfang lag der Verkehrsbezirk Ludwigshafen mit + 21% an der Spitze. gz

Über eine halbe Million Gästeübernachtungen mehr

Im Winterhalbjahr 1979/80 hatten die Beherbergungsbetriebe aller Berichtsgemeinden 1,6 Mill. Gäste und 5,6 Mill. Übernachtungen. Das sind 8 bzw. 12% mehr als im Winterhalbjahr 1978/79 (Ausländer — 1 bzw. + 14%). Während die Hotels (+ 9%), Gasthäuser (+ 10%), Pensionen (+ 9%) und Kuranstalten (+ 5%) unterdurchschnittliche Übernachtungszunahmen verzeichneten, erzielten die Ferienhäuser eine Ausweitung um 55% und lagen damit weit vor den Privatquartieren (+ 17%) und den Ferienheimen (+ 12%).

Mehr als ein Fünftel aller Übernachtungen entfallen auf das Gebiet Eifel/Ahr mit dem Naturpark Südeifel. An der Entwicklung dieses Raumes hat der Landkreis Daun (+ 46%) vor Bitburg/Prüm (+ 27%) den größten Anteil. Besonders erwähnenswert ist in diesem Gebiet der Luftkurort Stadtkyll, der bei gleicher Bettenkapazität wie im Vorjahr seine Gäste- und Übernachtungszahl um 115 bzw. 127% steigerte und somit eine Bettenausnutzung von über 50% erzielte. san

Drei Viertel aller Führerscheinverluste infolge Trunkenheit im Straßenverkehr

Im Jahre 1979 haben die rheinland-pfälzischen Gerichte und Verwaltungsbehörden 14 861 Personen das Führen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen für eine begrenzte Zeit oder immer untersagt. Gegenüber dem Vorjahr ging diese Zahl um 3,6% zurück.

In 9 044 Fällen handelte es sich um Entzug der Fahrerlaubnis (— 6,7%). 2 011 Personen waren von zeitlichen Sperren (— 1,9%) und 2 957 von Fahrverboten (+ 2,3%) betroffen. 849 mal mußte die Fahrerlaubnis versagt werden (+ 7,3%). Der vorübergehende Entzug der Fahrerlaubnis bezieht sich im allgemeinen auf einen Zeitraum von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, beim Fahrverbot sind es ein bis drei Monate.

Bei der Mehrzahl der Fälle ist Trunkenheit im Straßenverkehr Grund des Entzuges der Fahrerlaubnis. Im Jahre 1979 wurden 11 000 Führerscheine wegen Trunkenheit eingezogen. In 1 315 Fällen erfolgte der Führerscheinentzug wegen Unfallflucht. 711 Entscheidungen lag keine Verkehrsstrafe zugrunde. In 657 Entzugsfällen wegen körperlicher, geistiger und charakterlicher Mängel kam es überwiegend zum Versagen der Fahrerlaubnis.

Im Bundesgebiet haben die Gerichte sowie die Bußgeldstellen und Verwaltungsbehörden im Jahre 1979 in 298 960 Fällen das Führen von Kraftfahrzeugen vorübergehend oder für immer untersagt (— 0,6%). gz

Zahl der verunglückten Jugendlichen um 120% gestiegen

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verunglückten 1979 insgesamt 31 805 Personen. Das sind 5,7% mehr als 1969, obwohl der Verkehr in diesen zehn Jahren ganz erheblich zugenommen hat. So stieg allein die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge in Rheinland-Pfalz in dieser Zeit um 75%. Für die 15- bis 17jährigen Jugendlichen wurde mit + 120% die weitaus stärkste Zunahme ermittelt. Auch für die 18- bis 20jährigen war mit + 27% noch eine überdurchschnittliche Zunahme zu verzeichnen.

Insgesamt 804 Personen (2,5%) erlitten schweren Verletzungen. Die Anteile der Schwer- und Leichtverletzten betrugen 31,4 bzw. 66,1%. Von 4 831 verunglückten Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren starben 1,6%, jeder Dritte (33,4%) erlitt schwere Verletzungen. Gleiches gilt für die 5 568 verunglückten 18- bis 20jährigen.

Während im Durchschnitt 54% der Verunglückten Fahrzeugführer waren, hatten von den verunglückten 15- bis 17jährigen mehr als 60% ein motorisiertes Zweirad gefahren. 1 191 hatten ein Moped, 889 ein Mofa und 806 ein Kraftrad benutzt. Unter den jugendlichen Zweiradfahrern gab es 34 Tote und 977 Schwerverletzte. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 170

Jeder dritte Verkehrstote ein Motorradfahrer

Die steigende Beteiligung motorisierter Zweiradfahrer am Straßenverkehr schlägt sich zunehmend in der Unfallstatistik nieder, und zwar insbesondere bei den schweren Unfällen. Bei neun von zehn Verkehrsunfällen mit Motorrädern werden Personen verletzt bzw. getötet. Hauptursachen sind nichtangepaßte Geschwindigkeit, Alkoholeinfluß, Nichtbeachten der Verkehrsregeln und Überholfehler.

Im April 1980 verunglückten in Rheinland-Pfalz 61 Verkehrsteilnehmer tödlich, jeder dritte von ihnen war ein motorisierter Zweiradfahrer. 70% waren zwischen 15 und 20 Jahre alt. Außerdem verunglückten 25 Insassen von Personenkraftwagen, 14 Fußgänger und zwei Radfahrer tödlich.

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle erhöhte sich im April 1980 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 5% auf 8 930, darunter 7 067 Sachschadensunfälle (+ 5%). Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden erhöhte sich um 6%, die der Verunglückten um 3%. Von den 2 469 Verletzten mußten 801 stationär behandelt werden. gz

Autobahnnetz auch 1979 weiter ausgebaut

Anfang 1980 gab es in Rheinland-Pfalz 18 664 km Straßen für den überörtlichen Verkehr. Das sind 46 km mehr als vor einem Jahr. Im einzelnen handelt es sich um 645 km Bundesautobahnen (+ 34 km), 3 248 km Bundesstraßen (— 19 km), von denen 149 km vierspurig angelegt sind, 6 910 km Landesstraßen (+ 18 km) und 7 861 km Kreisstraßen (+ 13 km).

Die Veränderungen des Straßennetzes betreffen insbesondere den verstärkten Ausbau von Ortsumgehungen und den Neubau von Autobahnabschnitten. So waren im Jahre 1979 Erweiterungen der A 652 Ludwigshafen - Wörth um 21,6 km und der A 8 von Zweibrücken - Karlsruhe um 11 km bis Autobahnkreuz Walhausen (A 62) zu verzeichnen.

Insgesamt gibt es hierzulande 16 Autobahn-Abschnitte, 57 Bundesstraßen, 500 Landesstraßen und 2 350 Kreisstraßen. Bei den Bundesstraßen gibt es noch 89 Bahnübergänge, bei den Landesstraßen 209 und bei den Kreisstraßen 219. Diese Bahnübergänge sind teils beschränkt, teils mit Blinklicht- oder Lichtzeichenanlagen ausgerüstet. 55% aller Bahnübergänge befinden sich innerhalb von Ortschaften. gz

In 453 rheinland-pfälzischen Gemeinden halten Personenzüge

Am 1. Januar 1980 gab es in 453 der insgesamt 2 303 rheinland-pfälzischen Gemeinden Bahnhöfe, Haltepunkte oder Haltestellen der Deutschen Bundesbahn. An 133 Bahnhöfen halten außer Personenzügen auch Eilzüge, in 27 Städten D-Züge. Intercity-Züge bedienen zehn rheinland-pfälzische Bahnhöfe.

Bei drei von vier Gemeinden ohne eigenen Bahnhof ist die Entfernung zum nächsten Bahnhof kleiner als 10 km. Bis zu 25 km Entfernung sind es bei einem knappen Viertel. Nur 2% aller Gemeinden liegen mehr als 25 km vom nächsten Bahnhof entfernt.

Auf 153 rheinland-pfälzischen Bahnhöfen wird Expressgut- und auf 36 Bahnhöfen Stückgutverkehr abgewickelt. Ans Container-Terminal sind bis jetzt vier Bahnhöfe angeschlossen.

Das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn in Rheinland-Pfalz ist 2 587 km lang. Davon sind 658 km elektrifiziert. Bahnübergänge gab es am 1. Januar 1980 insgesamt 2 220, von denen 1 048 mit technischen Sicherungen versehen waren.

Im Jahre 1979 verkaufte die Deutsche Bundesbahn in Rheinland-Pfalz 17,7 Mill. Fahrkarten im Schienenverkehr gegenüber 18,5 Mill. im Vorjahr (— 4,1%). Davon waren 16,4 Mill. oder 93% Einzelfahrausweise (— 4,5%). Weiterhin wurden 706 000 Monatskarten (— 1,8%) und 605 000 Wochenkarten (+ 3,8%) verkauft. gz

Kanalnetz für die öffentliche Abwasserentsorgung um 5 500 km erweitert

In den letzten zehn Jahren (von 1969 bis 1979) wurden in Rheinland-Pfalz weitere 5 500 km Kanalnetz für die öffentliche Abwasserbeseitigung gebaut. Damit können nunmehr die Abwässer von 90% der Einwohner des Landes entsorgt werden. Vor zehn Jahren hatte der Versorgungsgrad erst bei 76% gelegen.

Das Kanalnetz umfaßt jetzt 15 500 km und ist damit länger als ein Drittel des Erdumfanges. 13 000 der 15 500 km sind Mischkanalisation; dort werden sowohl Schmutzwasser als auch Regenwasser eingeleitet. Die Trennkanalisation von 2 500 km besteht zur Hälfte aus Schmutzwasser- und aus Regenwasserkanälen. sr

Mehr als tausend Kläranlagen sorgen für die Abwasserbeseitigung in Rheinland-Pfalz

Im Jahre 1979 wurden nahezu alle Einwohner von Rheinland-Pfalz aus dem öffentlichen Wasserleitungsnetz versorgt. Die künftigen Aufgaben bestehen darin, diesen Versorgungsgrad und die hohe Wasserqualität auf Dauer sicherzustellen.

Auch in der Abwasserentsorgung wurden in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erreicht. Im Jahre 1979 wurden die Abwässer von 90% der Einwohner des Landes in öffentliche Sammelkanalisationen geleitet. Vor zehn Jahren hatte dieser Prozentsatz erst bei 76 gelegen. Die Zahl der Kläranlagen für die öffentliche Abwasserbeseitigung erhöhte sich von 763 im Jahre 1969 auf 1 028 im Jahre 1979. Diese klären Abwässer von 2,7 Mill. Einwohnern, das sind 74% der Bevölkerung. Vor zehn Jahren hatte sich der entsprechende Vergleichswert erst auf 1,7 Mill. Einwohner bzw. 48% belaufen. sr

Jetzt mehr Eigentümer als Mieter

Im Frühjahr 1978 wurde in Rheinland-Pfalz ein Bestand von 802 000 Gebäuden mit Wohnraum ermittelt. Hiervon zählen 755 000 oder 94% zu den nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden; zehn Jahre zuvor waren es erst 83% gewesen. Zwei Drittel dieser Gebäude sind Ein- und ein Viertel Zweifamilienhäuser. Durch die starke Neubautätigkeit der letzten Jahre hat zwar eine Verjüngung des Gebäudebestandes stattgefunden, doch stammt noch gut ein Drittel der Gebäude aus der Zeit vor 1919.

In den über 800 000 Gebäuden befinden sich insgesamt 1,36 Mill. Wohnungen, von denen ein Zehntel mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde. Seit 1972 hat sich das Eigentümer-Mieter-Verhältnis auf jetzt 51 zu 49% umgekehrt. Die Ausstattung der Wohnungen mit Bad, Dusche, Toilette und Sammelheizung hat sich ebenso verbessert wie die Wohnungsversorgung insgesamt. So teilen sich 2,7 Personen eine Wohnung, die im Durchschnitt 88 m² Wohnfläche aufwies. Nicht ganz die Hälfte des Wohnungsbestandes setzt sich aus Vier- und Fünfraumwohnungen zusammen.

Mieterhaushalte hatten 1978 im Mittel eine monatliche Mietbelastung von 275 DM. Für Neubauwohnungen (ab Baujahr 1972) errechnete sich ein Betrag von 393 DM. In dieser Kategorie wurde für Wohnungen der besten Ausstattungsstufe ein Quadratmeterpreis von 5,05 DM ermittelt. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 166

54 Mill. DM für die Kriegsofferfürsorge

Für die Kriegsofferfürsorge 1979 in Rheinland-Pfalz wurde ein Betrag von 53,8 Mill. DM ausgegeben. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber 1978 um 1 Mill. DM oder 1,9%. Von den Gesamtausgaben wurden 96,8% als Beihilfen, der Rest als Darlehen gewährt, wobei sich der Darlehensanteil im Vergleich zum Vorjahr um 8,2% verringerte und die Beihilfen um 2,2% zunahmen. Die größte finanzielle Belastung mit fast 30 Mill. DM brachten die für die Hilfen in besonderen Lebenslagen nach § 27 d des Bundesversorgungsgesetzes aufzubringenden Mittel.

Dem Aufwand der Kriegsofferfürsorge standen im Jahre 1979 insgesamt 11,8 Mill. DM Einnahmen gegenüber. Sie deckten die Ausgaben zu 22%.

Die Anzahl der Empfänger von laufenden Leistungen der Kriegsofferfürsorge verringerte sich 1979 auf 9 761 Personen (1978: 10 040). Auch die Fälle einmaliger Leistungen gingen auf 11 880 (1978: 13 496) zurück. Einen überdurchschnittlichen Rückgang verzeichnete die Erholungshilfe, die nur noch von 6 972 Personen in Anspruch genommen wurde (1978: 9 101). ki

Themen der letzten Hefte**Heft 1/Januar 1980**

Amtliche Wahlstatistik und Wahlforschung
Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe
Außenhandel mit den EG-Anwärtern 1970 bis 1978
Landwirtschaftliche Betriebe 1975 bis 1979
Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 1
Todesursachen 1968 bis 1978

Heft 2/Februar 1980

Ausländer 1979
Tätigkeit der Verwaltungsgerichte 1969 bis 1978
Vorausschätzung der regionalen Geburtenhäufigkeit - Teil 2
Regionale Bevölkerungsprognose

Heft 3/März 1980

Personal von Land und Gemeinden 1979
Absatzintensität und Unternehmensverflechtung im Einzelhandel 1970 bis 1978
Beheizung der Wohnungen
KREK-Kreditorenbuchhaltung in Krankenhäusern

Heft 4/April 1980

Sozialprodukt 1979
Beurteilung der Wohngegend
Schlüsselzuweisungen nach der Reform des kommunalen Finanzausgleichs
Fremdenverkehr in den Fördergebieten 1972 bis 1979
Das handwerksähnliche Gewerbe
Infektionskrankheiten 1979

Heft 5/Mai 1980

Ausbildungschancen der Abiturienten
Strukturwandel im Einzelhandel
Außenhandel mit dem Ostblock 1970 bis 1979
Nutzung der Bodenflächen 1979
Arbeitnehmerverdienste 1979

Heft 6/Juni 1980

Konsequenzen der bisherigen und künftigen Bevölkerungsentwicklung
Lehrernachwuchs 1980
Schulentlassungen ausländischer Schüler 1978/79
Baulandmarkt 1979
Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen
Viehwirtschaft 1979

Themen der folgenden Hefte

Branchenstruktur der Industrie 1950 - 1980
Kaufpreise landwirtschaftlicher Grundstücke 1977 - 1979
Forstbetriebe 1979
Ernteaussichten 1980
Soziale Struktur der Arbeiter 1978

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,80, Jahresabonnement DM 28,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.